

36. ordentlicher
Bundesparteitag



Tätigkeitsbericht



Inhalt

Bundesparteiobmann	5
Generalsekretariat	8
Parlamentsklub	12
Europa	20

Teilorganisationen

Österreichischer Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbund	24
Österreichischer Bauernbund	26
ÖVP Frauen	28
Junge Volkspartei	30
Österreichischer Seniorenbund	32
Österreichischer Wirtschaftsbund	34

Landesparteien

Burgenland	36
Kärnten	38
Niederösterreich	40
Oberösterreich	42
Salzburg	44
Steiermark	46
Tirol	48
Vorarlberg	50
Wien	52

Zweckorganisation

Politische Akademie der ÖVP	54
Friedrich Funder Institut	
Karl von Vogelsang Institut	
Kommunalpolitische Vereinigung	
Institut für Umwelt – Friede – Entwicklung	

Zukunft aus Tradition

Bundesparteibeamann Dr. Michael Spindelegger

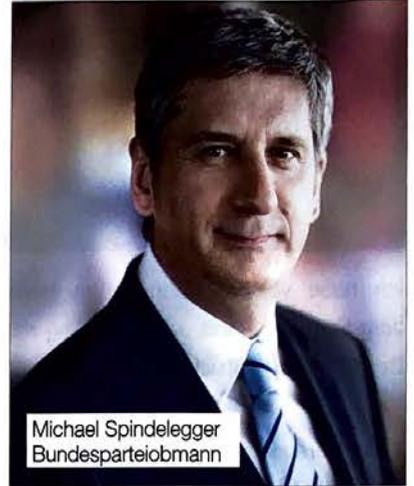
Ich habe mir die Entscheidung, am 26. August 2014 von allen meinen Ämtern zurückzutreten und damit der Politik den Rücken zu kehren, nicht leicht gemacht. Die Arbeit in der Politik und für Österreich hat mir immer sehr viel bedeutet, und die Zukunft zu gestalten und die Weichen für nachfolgende Generationen zu stellen, war ein großes Privileg, das ich nicht missen möchte. Letztlich war es eine persönliche Entscheidung, das Ruder zu übergeben. Nichtsdestotrotz bin ich davon überzeugt, dass es uns in den vergangenen Jahren gelungen ist, schwere Krisen zu bewältigen und wichtige Weichenstellungen für unser Land und für die Zukunft unserer Kinder vorzunehmen.

Über meine Zeit als Finanzminister

Die letzten Jahre waren keine einfachen Jahre für unser Land – ich denke hier speziell an die Finanz- und Wirtschaftskrise und ihre gravierenden Aus-

wirkungen auf Österreich. Es war notwendig, viele harte und auch schmerzhaft Entscheidungen zu treffen, um unsere Heimat wieder auf gesunde Beine zu stellen. Das hat vielen Menschen sehr viel abverlangt. Doch bin ich überzeugt, dass dieser nationale Schulterschluss notwendig war und dass wir etwa mit der Schuldenbremse und dem Reformpaket 2012 einen wesentlichen Grundstein für nachhaltigen Aufschwung gelegt haben – und mit dem Doppelbudget 2014/2015, das ich noch als Finanzminister verhandelt und verabschiedet habe, wird dieser Kurs fortgesetzt.

Auch die Schritte, die wir zur Aufarbeitung des Hypo-Finanzskandals gesetzt haben, waren keine leichten, aber ich stehe zu der von mir getroffenen Entscheidung: Sie war richtig und notwendig. Ein weiterer wichtiger Erfolg war es, Österreich aus dem Verfahren wegen übermäßigem Defizit herauszuführen und das Triple AAA für unser Land zu untermauern. Diese Schritte waren



Michael Spindelegger
Bundesparteibeamann

allesamt notwendig und sie bedeuten die Grundlage für eine bessere Zukunft.

Doch dürfen wir die Fakten nicht ausblenden: Der Schuldenstand unserer Republik hat die 80 Prozent bereits überschritten. Das ist eine unangenehme Wahrheit, eine Wahrheit aber, die wir den Menschen zumuten können und auch zumuten müssen. Denn gerade im Kontext der Debatte um eine Steuerreform und die geplante Entlastung ist Ehrlichkeit gegenüber den Menschen in Österreich unerlässlich. Denn wir brauchen Entlastung aber nicht um jeden Preis – nicht für neue Schulden, die unsere Kinder und Enkelkinder belasten und nicht für neue Steuern, die den Mittelstand treffen. Wer heute eine Entlastung auf Pump finanziert, der wird sich morgen vor unseren Kindern und Enkelkindern zu verantworten haben.

Wir müssen bei dem riesigen Schuldenberg ansetzen, der sich vor der Zukunft unserer Kinder auftürmt und ihn schrittweise abbauen. Nur so kann unser Land auch langfristig eine gute Zukunft haben.





Ich habe vollstes Vertrauen in Hans Jörg Schelling, dass er diesen Weg mit Bedacht und Weitsicht gehen wird.

Zudem brauchen wir die Entlastung auch für unsere Unternehmerinnen und Unternehmer, damit die Wirtschaft florieren und Arbeitsplätze entstehen können. Die Senkung der Lohnnebenkosten, die wir in diesem Jahr umgesetzt haben, war ein wichtiger erster Schritt, auch die Schaffung zweier Jungunternehmerfonds war wichtig. Hier gilt es auch in Zukunft konsequent weiterzumachen.

Über meine Zeit als Außenminister

Ein wichtiger Höhepunkt meiner Amtszeit als Außenminister war, als Österreich 2009 zum dritten Mal, nach 1973/74 und 1991/92, als nichtständiges Mitglied für zwei Jahre in den UN-Sicherheitsrat eingezogen ist und im November 2009 auch den Vorsitz in diesem wichtigen Gremium übernehmen konnte. Unter österreichischem Vorsitz hat der Sicherheitsrat ein umfangreiches Arbeitsprogramm reibungslos und erfolgreich bewältigt – trotz schwieriger Situationen wie etwa in Nahost und Afghanistan. Besonders freut mich, dass wir mit der österreichischen Initiative zum verbesserten Schutz der Zivilisten einen

substanziellen Beitrag leisten konnten: Die Resolution 1894, die am 11. November einstimmig beschlossen wurde, enthält konkrete Maßnahmen, wie der Schutz von Zivilisten in bewaffneten Konflikten vor allem im Rahmen von Friedensmissionen besser umgesetzt werden soll. Ein persönliches Anliegen war es mir auch, dass Österreich im Mai 2011 in den UN-Menschenrechtsrat gewählt wurde. Die Wahl in dieses Gremium war ein großer außenpolitischer Erfolg und ein internationaler Reputationsgewinn für unser Land.

Es ist mir wichtig, dass Österreich auch in Zukunft als verlässlicher, neutraler und solidarischer Partner, als ein modernes und vielfältiges Land und als Heimat kreativer und innovativer Menschen in der Welt positioniert wird. Ich bin überzeugt, dass dieser Weg mit

meinem Nachfolger als Außenminister, Sebastian Kurz, bestens vorgezeichnet ist und wünsche ihm für die Zukunft alles erdenklich Gute.

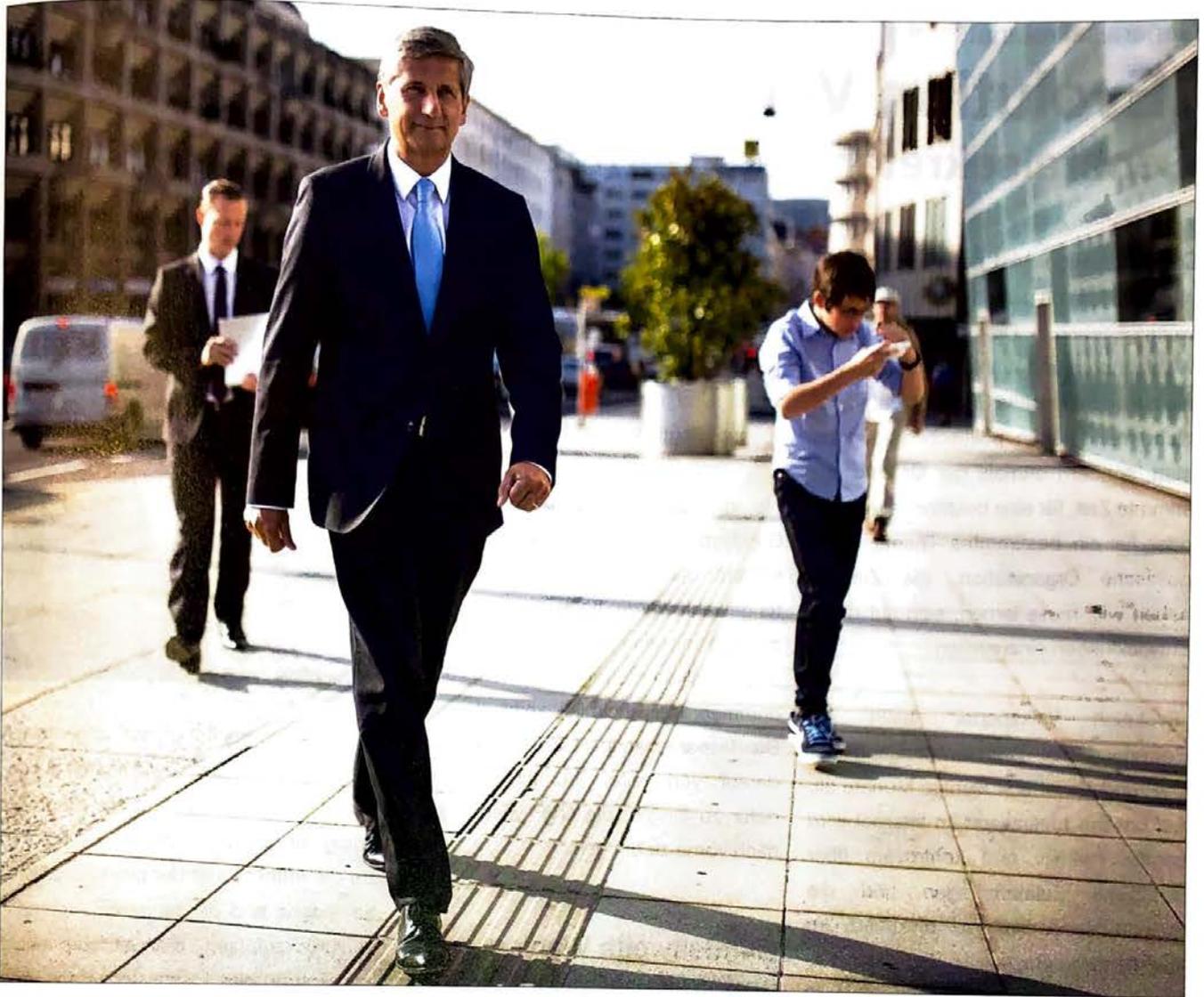
Über meine Zeit als Vizekanzler und Parteibmann

Als ich die ÖVP im Frühjahr 2011 übernommen habe, befand sich die Politik in einer tiefen Vertrauenskrise. Korruptionsskandale und das Fehlverhalten einiger weniger haben das Vertrauen der Menschen in die Politik nachhaltig erschüttert. Rasches und konsequentes Handeln war damals oberste Priorität. Mit dem Sauberkeitspaket haben wir damals die richtigen Antworten auf die Verfehlungen der Vergangenheit gegeben und einen wesentlichen Schritt gesetzt, um das Vertrauen der Menschen in die Politik zurückzugewinnen.

Als Parteibmann der Österreichischen Volkspartei bin ich darüber hinaus konsequent einen Schritt weitergegangen. Denn Anstand, Ehrlichkeit und Sauberkeit sind Werte, die gerade in unserer Volkspartei Tradition haben. Deshalb habe ich veranlasst, dass wir uns in der Volkspartei selbst einen Verhaltenskodex geben und einen Ethikrat schaffen. Rückblickend bin ich überzeugt, dass es uns damit gelungen ist, die Volkspartei wieder in ruhiges Fahrwasser zu lenken.



Fotos: ÖVP, ÖVP/Cluser



In den folgenden Jahren ist es uns als Partei gelungen, viele wesentliche Akzente zu setzen, die wichtig und richtig für Österreich waren: Ob in der Integrationspolitik, wo wir mit der Schaffung des Staatssekretariats für Integration (und in weiterer Folge eines Bundesministeriums) die Entwicklung einer völlig neuen Kultur des Dialogs vorangetrieben haben. Oder wie im Fall der Erhöhung der Familienbeihilfe, bei der wir den Familien bis 2018 insgesamt 830 Millionen Euro mehr zur Verfügung stellen. Oder im Bereich der Verwaltungsvereinfachung,

wo wir etwa mit der Polizeireform, der Reform der Verwaltungsgerichte, der Zusammenlegung von Bezirksgerichten und dem Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl, wichtige Schritte hin zu einem schlankeren Staat machen konnten.

Ich beschränke mich hier bewusst auf einige aus meiner Sicht wesentliche Punkte, da eine Aufzählung der ÖVP-Regierungserfolge hier klar den Rahmen sprengen würde. Klar ist jedenfalls: Wir haben einiges geschafft, vieles ist in Fluss und noch mehr gilt es in Zukunft anzupacken. Für diese Auf-

gabe wünsche ich der Österreichischen Volkspartei und meinem Nachfolger als Parteiobmann, Dr. Reinhold Mitterlehner, alles Gute und viel Kraft. Denn um die bevorstehenden Herausforderungen zu meistern und unser Land in eine gute Zukunft zu führen, braucht es eine starke Volkspartei.

Ihr

Michael Spindelegger

Generalsekretariat

„Evolution Volkspartei“

Generalsekretär Mag. Gernot Blümel



Das Parteibuch wird heute nicht mehr automatisch von den Eltern an die Kinder weitergegeben. Die Mobilität der Wählerinnen und Wähler ist so groß wie nie zuvor. Politisches Engagement findet nicht mehr nur in politischen Parteien statt, sondern oftmals nur für eine bestimmte Zeit, für eine bestimmte Person, oder für ein bestimmtes Thema. Jede politische Organisation, die Zukunft haben will, muss lernen, sich auf diese Entwicklungen einzustellen.

„Evolution Volkspartei“ heißt die Bewegung zur Weiterentwicklung der ÖVP und sie ist erst wenige Monate alt. Auf unserer Ideenwand im Internet wird bereits intensiv und kontrovers über inhaltliche Zukunftsfragen und die Zukunft der Volkspartei diskutiert. Im kommenden Jahr werden die Ergebnisse in einem ersten Schritt auf einem Reformparteitag in Form gegossen. Doch dürfen wir nicht vergessen, dass eine Evolution kein abgeschlossener Prozess, sondern eine dauerhafte Bewegung ist. Weder ist der Reformparteitag 2015 der Endpunkt der Bewegung, noch war die Kick-Off-

Veranstaltung am 4. September 2014 der Beginn. Die Bewegung „Evolution Volkspartei“ ist Teil eines größeren Ganzen – sie ist Teil der Entwicklung unserer Volkspartei. Und dabei ist der Blick zurück ebenso wichtig wie der Blick nach vorne.

Als ich am 6. Dezember 2013 vom Bundesparteivorstand zum Generalsekretär der Österreichischen Volkspartei gewählt wurde, habe ich eine Partei-zentrale mit einem jungen, engagierten und wahlkampfproben Team übernommen. Der Rückblick zeigt, dass die Bundespartei auch in Zukunft bestens darauf vorbereitet ist, ihren Beitrag dafür zu leisten, die ÖVP wieder ganz nach vorne zu bringen.

Bundesweite Wahlen und Volksbefragung

Volksbefragung: Klares Ja zu Wehrpflicht und Zivildienst

Am 20. Jänner 2013 haben sich die Österreicherinnen und Österreicher in der ersten bundesweiten Volksbefragung mit überwältigender Mehrheit von 59,7 Prozent



Gernot Blümel
Generalsekretär

für die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht und des Zivildienstes ausgesprochen. Dieses Ergebnis war ein großer Erfolg für die ÖVP und ist letztendlich auf die Authentizität der pro-Wehrpflicht-Kampagne und die besseren Argumente zurückzuführen. Klar ist aber auch: Im Zentrum der Diskussion stand eine Sachentscheidung – und kein parteipolitisches Match zwischen ÖVP und SPÖ. Gleichzeitig war die Volksbefragung zur Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht und des Zivildienstes kein Schlusstrich unter einer Debatte, sondern ein klarer Auftrag an die Politik: Das Bundesheer im Allgemeinen und der Grundwehrdienst im Besonderen müssen reformiert werden. Deshalb ist auch der Verteidigungsminister gefordert, die entsprechenden Maßnahmen umzusetzen.

Solides Ergebnis bei der Nationalratswahl 2013

Bei der Nationalratswahl am 29. September 2013 erreichte die ÖVP 24 Prozent der Wählerstimmen. Das Wahlziel der ÖVP, Erster zu werden und den Bundeskanzler der Republik



20. Jänner 2013: 60 Prozent sprechen sich für den Erhalt von Wehrpflicht und Zivildienst aus.

Österreich zu stellen, konnte damit leider nicht erreicht werden. Dennoch war das Endergebnis unter den gegebenen Rahmenbedingungen durchaus respektabel. Eine zukunftsorientierte Kampagne konnte insbesondere auch jüngere Wählerinnen und Wähler gut ansprechen und die Ausrichtung und Strategie des ÖVP-Wahlkampfes – mit einer werte- und zukunftsorientierten Kampagne – war durchaus richtig. Deshalb möchte ich auch meinem Vorgänger, Mag. Hannes Rauch, der von April 2011 bis Dezember 2013 als Generalsekretär der ÖVP die Bundespartei geführt hat, herzlich für seinen Einsatz danken. Für die Zukunft wird es notwendig sein, dass wir ein verstärktes Augenmerk auf den bürgerlich-urbanen Raum legen, um die in diesem Segment an neue Parteien verloren gegangene Wählerinnen und Wähler zurückzugewinnen.

Europawahl 2014: pro Europa – pro ÖVP

Bei den Europawahlen am 25. Mai 2014 konnten wir trotz der schwierigen Ausgangslage Platz 1 behaupten. Mit 27 Prozent der Stimmen konnte die ÖVP mit ihrem klaren und unverkennbaren proeuropäischen Kurs deutlich vor der zweitplatzierten SPÖ landen. Es war dies meine erste Wahl als Generalsekretär der ÖVP und es ist mir darum eine umso größere Freude, dass wir dieses Ergebnis erzielen konnten. Denn es tut der Volkspartei und Österreich gut, dass wir wieder als Nr. 1 durchs Ziel gegangen sind. Belohnt wurde auch der großartige Einsatz unseres Spitzenkandidaten Othmar Karas, unseres Kandidatenteams und vor allem unserer Funktionärinnen und Funktionäre. Das Ergebnis der Europawahl 2014 zeigt ganz klar: Wenn wir als ÖVP auf unsere Stärken setzen und alle an einem Strang ziehen, dann sehen wir, dass wir gemeinsam auch Erfolge feiern können!

Landtags- und Gemeinderatswahlen

Absolute Mehrheit bei Landtagswahlen in Niederösterreich

Am 3. März 2013 fanden in Niederösterreich Landtagswahlen statt. Landeshauptmann Erwin Pröll konnte dabei die absolute Mehrheit mit 50,8 Prozent der Stimmen erfolgreich verteidigen. Die SPÖ hingegen rutschte weiter auf 21,6 Prozent der Stimmen ab. Die Menschen in Niederösterreich wissen wofür Erwin Pröll und die ÖVP steht: Für Verlässlichkeit, Ehrlichkeit und Berechenbarkeit.

Wahlziel in Kärnten erreicht

In Kärnten ist es Gabriel Obernosterer trotz der schwierigen Ausgangslage gelungen, die Kärntner ÖVP neu aufzustellen und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zurückzugewinnen. Bei den Landtagswahlen am 3. März 2013 konnte das erklärte Wahlziel, das Halten des Regierungssitzes, erreicht werden. Damit ist in Kärnten der Neustart geglückt.

Platz 1 in Tirol souverän verteidigt

In Tirol ist es der ÖVP bei den Landtagswahlen am 28. April 2013 gelungen, trotz starken Gegenwinds die Landtagswahlen klar für sich zu entscheiden. Landeshauptmann Günther Platter hat es mit fast 40 Prozent der Stimmen geschafft, dreimal so stark wie die zweitstärkste Partei im Landtag zu werden. Zum ersten Mal in der Geschichte Tirols kam es daraufhin zu einer schwarz-grünen Landesregierung.

Landeshauptmann in Salzburg zurückerobert

In Salzburg konnte Wilfried Haslauer am 5. Mai 2013 den Landes-

hauptmann zurückerobern. Mit einem Ergebnis von 29 Prozent der Stimmen erreichte die ÖVP klar den ersten Platz. Die SPÖ schlitterte mit hohen Verlusten von minus 15,6 Prozent weit abgeschlagen auf den 2. Platz. Wilfried Haslauer hat damit bewiesen, dass auch in schwierigen Zeiten die Menschen auf ihn und die ÖVP vertrauen können.

ÖVP bleibt klare Nummer 1 in Vorarlberg

Bei den Landtagswahlen in Vorarlberg am 21. September 2014 sah sich die ÖVP mit einer schwierigen Ausgangslage und neuen Mitbewerbern konfrontiert. Mit 41,8 Prozent der Stimmen verlor die ÖVP Vorarlberg die absolute Mehrheit im Land. Dennoch konnten mit Landeshauptmann Markus Wallner an der Spitze der erste Platz klar verteidigt werden.

Gemeinderatswahlen in St. Pölten, Salzburg, Innsbruck, Graz und Burgenland

In St. Pölten konnte die ÖVP bei der Gemeinderatswahl am 3. Juli 2011 ein Mandat dazugewinnen. In Innsbruck konnte die ÖVP am 15. April 2012 mit plus 7,3 Prozent der Stimmen den ersten Platz zurückgewinnen. In Graz wurde am 25. November 2012 der erste Platz verteidigt und auch in Salzburg lag die ÖVP am



9. März 2014 klar auf dem ersten Platz und hat ein Drittel mehr Stimmen als die zweitplatzierte SPÖ. Im Burgenland konnte das Gesamtergebnis am 7. Oktober 2012 auf hohem Niveau gehalten werden. Den wenigen Verlusten von Bürgermeister*innen stehen ebenso viele Zugewinne gegenüber. Insgesamt zeigt sich das klare Bild, dass die ÖVP auch in den Gemeinden sehr gute Arbeit leistet und die Menschen das honorieren.

Themen und Inhalte

Staatstragende Reden

Mit zwei großen Österreich-Reden in der Wiener Hofburg im Mai 2012 und zum zweiten Mal im Mai 2013 setzte Bundesparteiohmann Dr. Michael Spindelegger wichtige politische Akzente und setzte die in der ÖVP bereits bewährte Tradition der großen staatstragenden Rede fort. Auch im Mai 2014 wurde an diese Tradition angeknüpft, und ergänzt um einen starken Europa-Fokus gemeinsam mit dem ÖVP-Spitzenkandidaten für die EU-Wahl 2014, Mag. Othmar Karas, in der Wiener Hofburg veranstaltet.

Eine erfolgreiche Wirtschaft ist die Grundlage für Arbeit, Wohlstand, Wachstum, soziale Sicherheit, eine vernünftige Bildung für unsere Jugend und sichere

Pensionen. Bei seiner Wirtschaftsrede am 24. Oktober 2012 formulierte Bundesparteiohmann Dr. Michael Spindelegger unter dem Motto „Wirtschaft – Wohlstand – Werte“ 10 Impulse, um den Wohlstand in Österreich halten und ausbauen zu können.

Veranstaltungsreihen der ÖVP-Bundespartei

Unter dem Motto „fragen.antworten.netzwerken“ fanden in der ÖVP-Bundespartei von 20. März 2012 bis 18. Juni 2013 insgesamt 10 ÖVP „f.a.n.Treffs“ und im August und September 2013 sieben weitere „f.a.n.Treffs Spezial“ statt. Der ÖVP „f.a.n.Treff“ war als Veranstaltungsformat für politische Gespräche und unkompliziertes Netzwerken konzipiert. In regelmäßigen Abständen gab es die Gelegenheit, ÖVP-Spitzenpolitiker*innen und Spitzenpolitikern ganz konkrete Fragen zu stellen, Antworten zu bekommen und in einen politischen Dialog einzutreten.

Themenkonferenzen

Aktuelle politische Themen in großer Breite zu diskutieren ist der Österreichischen Volkspartei ein wichtiges Anliegen. Zu diesem Zweck veranstaltete die ÖVP

von 14. Oktober 2011 bis 8. Mai 2012 insgesamt vier Themenkonferenzen zu wichtigen Fragen der Tagespolitik. Zum Auftakt lud Bundesparteiohmann Dr. Michael Spindelegger zur Themenkonferenz „Sicherheit und Kinderschutz“ ins Wiener Museumsquartier. Am 13. Dezember 2011 folgte die Themenkonferenz „Familie und Integration“



im Congress Center Messe Wien, wobei bessere Rahmenbedingungen für Familien und neue Wege in der Integrationspolitik im Zentrum standen. Am 24. April 2012 lud der Bundesparteiohmann zur Themenkonferenz „Wirtschaft“ in die Burg Perchtoldsdorf nach Niederösterreich und am 8. Mai 2012 folgte der Abschluss der Veranstaltungsreihe im Joanneumsviertel in Graz zum Thema „Europa“.

Neuer Schwung durch die Foren der ÖVP

Von 20. Mai 2011 bis 29. September 2013 hat die ÖVP-Bundespartei unter Vorsitzführung der jeweiligen Fachminister und Bereichssprecher 33 Fachausschüsse und 8 „Fachausschüsse spezial“ organisiert und durchgeführt. Um dem Wunsch nach mehr interner Diskussion nachzukommen, habe ich nach der Nationalratswahl im September 2013 veranlasst, das Format der Fachausschüsse der ÖVP zu erneuern und unter dem neuen Namen „Foren der ÖVP“ als Ideen- und Impulsgeber neu aufzustellen. Seither haben bereits 12 Foren zu den unterschiedlichsten Themenbereichen wie „Bildung und Wissenschaft“, „Verkehr und Infrastruktur“ oder „Frauen“ stattgefunden – deren Ergebnisse dem Bundesparteivorstand laufend berichtet wurden.



Offene Diskussion bei „Evolution Volkspartei“.



Bundesminister Sebastian Kurz und Staatssekretär Harald Mahrer unterstützen „Evolution Volkspartei“.

Parteiorgane,

Geschäftsführersitzungen

Seit 20. Mai 2011 haben 23 Bundesparteivorstandssitzungen stattgefunden. Zudem gab es im gleichen Zeitraum 23 Geschäftsführersitzungen und eine Geschäftsführerreise in die Bundesrepublik Deutschland. Diese regelmäßigen Treffen werden ca. alle 6 Wochen unter dem Vorsitz des Generalsekretärs abgehalten und haben das Ziel, Informations- und Kommunikationsabläufe weiter zu optimieren.

Europa & Internationales

Die europäische und internationale Vernetzung der ÖVP wurde in den vergangenen Jahren durch gezielte Schwerpunktsetzung weiter gestärkt und ausgebaut. Höhepunkt der europäischen Kooperation war die Organisation des Gipfeltreffens der Europäischen Volkspartei (EVP) am 20. Juni 2013 in Wien, das mit EVP-Präsident Wilfried Martens, Kommissionspräsident José Manuel Barroso und Bundeskanzlerin Angela Merkel hochrangig besucht war und die unangefochtene Stellung der ÖVP als Österreichs Europapartei eindrucksvoll unterstrich. Diese Erfolgslinie setzte sich auch in den darauffolgenden Vorbereitungen und Veranstaltungen zum Europawahlkampf fort. Die Europäische Volkspartei organisierte

am 30. Jänner 2014 ein vielbeachtetes Treffen der Wahlkampfmanager in Wien, mit besonderem Fokus auf Wahlkampfstrategie und -koordinierung des erstmaligen EVP-Spitzenkandidaten bei den Europawahlen, Jean-Claude Juncker, der vom EVP-Kongress im März in Dublin gewählt wurde. Anlässlich seiner europaweiten Kampagnentour traf Juncker am 7. Mai in Wien auch mit dem ÖVP-Spitzenkandidaten Othmar Karas zusammen und besuchte das Friedensfest für Europa in Laxenburg. Angesichts der Europawahl ist auch das Gedenkjahr 2014, das an den Fall des Eisernen Vorhangs und Österreichs EU-Abstimmung erinnert, besonders ins Bewusstsein gerückt, sowie auch der 80. Geburtstag Alois Mocks, den die ÖVP mit europäischen Freunden und Wegbegleitern ihres Ehrenparteiobmanns am 10. Juni 2014 in der Wiener Hofburg feierte.

Neben dem Engagement in europäischen (EVP) und internationalen (International Democrat Union IDU) Dachverbänden, setzte die ÖVP auch in der regionalen und bilateralen Zusammenarbeit auf traditionelle, aber auch auf neue Schwerpunkte. Die Bundespartei leistete wichtige Netzwerkarbeit beim Aufbau und der Stärkung gleichgesinnter Parteien am Balkan. Die regelmäßige Teilnahme an den Treffen der Generalsekretäre der

deutschsprachigen Schwesterparteien legte die Basis für neue Kooperationen, die auch für „Evolution Volkspartei“ wertvolle Inputs lieferten. Auf bilateraler Ebene war die ÖVP insbesondere mit einem Treffen Vitali Klitschkos mit der ÖVP-Spitze im September 2013 Wegbereiter für die europäische Einbindung seiner UDAR-Partei in die Europäische Volkspartei und hat durch die enge außenpolitische Kooperation mit der Politischen Akademie in vielen internationalen Bereichen erfolgreiche Aufbauarbeit geleistet.

Service & Bürgernähe

Die Nähe zu unseren Funktionären und Mitgliedern und den Bürgerinnen und Bürgern ist uns ein wesentliches Anliegen. Tagtäglich steht die Bundespartei daher im direkten Kontakt mit den Bürgern, betreut Funktionäre und stellt Informationen zur Verfügung. 36.000 beantwortete E-Mails, 10.000 Anrufe, tausende Briefe sowie individuell abgestimmte Informationen legen Zeugnis über die umfangreichen Serviceleistungen der ÖVP-Bundespartei ab. Unzählige Bundesländertage der ÖVP-Teammitglieder mit Tausenden Kontakten waren daher die Grundlage für echte Bürgernähe. Die ÖVP ist die einzige Partei, die in allen Gemeinden stark verwurzelt ist und das Ohr tagtäglich beim Bürger hat. Diese Chance auch in Zukunft bestmöglich zu nutzen ist unser oberstes Ziel.

Bei allen, die zu unseren Erfolgen beigetragen haben, bedanke ich mich sehr herzlich und freue mich auf weitere gute Zusammenarbeit in der Zukunft!

Ihr

Gernot Blümel

Der Parlamentsklub der Österreichischen Volkspartei

Mit Engagement und Freude politisch gestalten



Vorbereitung auf die Plenartage: Präsident Kopf, Vizekanzler Dr. Mitterlehner, Klubobmann Dr. Lopatka, Klubdirektor Mag. Falb

Die Volkspartei im Parlament

„Nicht nur das Programm ist in der Politik entscheidend, sondern auch und vor allem die Menschen, die Politik gestalten. Persönlichkeiten, die ihr Ohr nahe an den Bürgerinnen und Bürgern haben, verantwortungsvoll handeln, auf Unvorhergesehenes richtig reagieren, entscheidungsfreudig sind und Nervenstärke beweisen. Das Regierungsteam der ÖVP, ebenso wie die Mandatäre des ÖVP-Parlamentsklubs müssen sich diesen Herausforderungen Tag für Tag stellen.“ Mit diesen Worten skizzierte Dr. Reinhold Lopatka, Klubobmann der ÖVP in der 25. Legislaturperiode, seine Auffassung der Arbeit des ÖVP-Teams.

Änderungen aufgrund der Nationalratswahl 2013

Reinhold Lopatka wurde in der Klub-sitzung am 12. Dezember 2013 in

geheimer Wahl mit 98 Prozent der Stimmen zum neuen Klubobmann gewählt und folgte in dieser Funktion Karlheinz Kopf, der als Zweiter Präsident des Nationalrates in das Nationalratspräsidium einzog. Kopf übernahm dieses Amt von Fritz Neugebauer, der in den Jahren davor als Zweiter Präsident tätig war.

Die Stellvertreter-Riege des Klubobmannes bilden die Obleute der Arbeitsgemeinschaften des Klubs



Der damalige II. Nationalratspräsident Fritz Neugebauer bei der Hildegard Burjan Festveranstaltung

Jakob Auer, Peter Haubner und August Wöginger. Seit Beginn der Legislaturperiode gibt es mit dem Fraktionsvorsitzenden der ÖVP-Bundesräte Gottfried Kneifel und seit Oktober 2014 mit ÖVP-Frauenchefin Dorothea Schittenhelm zwei weitere Klubobmann-Stellvertreter.

Neue Mandatsverteilung im Nationalrat

Die personellen Neuerungen waren die Folge der Nationalratswahl vom 29. September 2013, die eine neue Mandatsverteilung im Nationalrat brachte. Das BZÖ hat den Einzug ins Parlament nicht mehr geschafft, dennoch gibt es im Parlament nun sechs Fraktionen. Die Mandatsverteilung: 52 Mandate SPÖ, 47 Mandate ÖVP, 40 Mandate FPÖ, 24 Mandate Die Grünen, 11 Mandate Team Stronach und 9 Mandate NEOS.



Seit 12. Dezember 2013 Klubobmann des ÖVP-Parlamentsklubs:
Dr. Reinhold Lopatka

Dr. Beatrix Karl, Karlheinz Kopf, Mag. Josef Lettenbichler, Dr. Reinhold Lopatka, Gabriel Obernosterer, Mag. Friedrich Ofenauer, Andreas Ottenschläger, Dipl.-Kffr. (FH) Elisabeth Pfurtscheller, Nikolaus Prinz, Johann Rädler, Dr. Erwin Rasinger, Mag. Johannes Rauch, Dorothea Schittenhelm, Johannes Schmuckenschlager, Mag. Bernd Schönegger, Ing. Hermann Schultes, Norbert Sieber, Johann Singer, Mag. Michaela Steinacker, Dipl. Ing. Georg Strasser, Gabriele Tamandl, Dr. Karlheinz Töchterele, Dr. Angelika Winzig, August Wöginger und Mag. Andreas Zakostelsky.



In der XXIV G.P. Klubobmann, heute II. Präsident des Nationalrates:
Karlheinz Kopf

Die Liste der 47 ÖVP-Nationalratsabgeordneten nach aktuellem Stand (Oktober 2014):

Werner Amon MBA, Mag. Gertrude Aubauer, Jakob Auer, Dipl. Ing. Nikolaus Berlakovich, Martina Diesner-Wais, Claudia Durchschlag, Asdin El Habbassi B.A., Franz Leonhard Eßl, Dr. Maria Fekter, Angela Fichtinger, Hermann Gahr, Mag. Wolfgang Gerstl, Fritz Grillitsch, Ing. Mag. Werner Groß, Mag. Michael Hammer, Mag. Andreas Hanger, Peter Haubner, Eva-Maria Himmelbauer BSc, Johann Höfingler, Ing. Manfred Hofinger, Dr. Franz-Joseph Huainigg, KommR Brigitte Jank,

Nach der Nationalratswahl 2013 ausgeschieden sind Dr. Martin Bartenstein, Mag. Katharina Cortolezis-Schlager, Karl Donabauer, Thomas Einwallner, Anna Franz, Adelheid Irina Fürntrath-Moretti, Franz Glaser, Wolfgang Großruck, Mag. Silvia Grünberger, Mag. Karin Hakl, Anna Höllerer, Franz Hörl, Erwin Hornek, Mag. Michael Ikrath, Oswald Klikovits, Günter Kößl, Christine Marek, Peter Mayer, Fritz Neugebauer, Jochen Pack, Michael Praßl, Dr. Michael Spindelegger, Ridi Maria Steibl, Konrad Steindl,

Dipl.-Kfm. Dr. Günter Stummvoll und Ing. Franz Windisch.

Zu den Mitgliedern des ÖVP-Parlamentsklubs gehören nicht nur die 47 Abgeordneten zum Nationalrat und die 25 Bundesräte, sondern auch die fünf ÖVP-Abgeordneten zum Europäischen Parlament: Heinz K. Becker, Mag. Othmar Karas, Elisabeth Köstinger, Dr. Paul Rübiger und Mag. Claudia Schmidt. Auch nach der EU-Wahl im Mai 2014 ist Othmar Karas Delegationsleiter. Der Südtiroler Europaabgeordnete Herbert Dorfmann gehört auch der ÖVP-Delegation und somit dem ÖVP Klub an.



Die Abgeordneten zum Nationalrat zu Beginn der XXV. Legislaturperiode

Der Vollständigkeit halber nachstehend die **Liste der ÖVP-Bereichssprecher**, ebenfalls nach aktuellem Stand (Oktober 2014):

Außen- und Europapolitik:

Dr. Reinhold Lopatka

Berufsausbildung/Lehrlinge:

Dr. Angelika Winzig

Bildung/Unterricht:

KommR. Brigitte Jank

Budget: Gabriele Tamandl

Energie und Industrie:

Mag. Josef Lettenbichler

Entwicklungszusammenarbeit:

Dr. Franz-Joseph Huainigg

Familie: Dipl.Ing. Georg Strasser

Finanzen: Mag. Andreas Zakostelsky

Föderalismus: Gottfried Kneifel

Frauen: Dorothea Schittenhelm

Gemeinden: Nikolaus Prinz

Gesundheit: Dr. Erwin Rasinger

Inneres und Sicherheit:

Werner Amon, MBA

Innovation und Telekommunikation:

Eva-Maria Himmelbauer, BSc

Jugend: Asdin El Habbassi, B.A.

Justiz: Mag. Michaela Steinacker

Konsumentenschutz: Angela Fichtinger

Kultur: Dr. Maria Fekter

Landesverteidigung:

Mag. Bernd Schönegger

Landwirtschaft und ländlicher Raum:

Jakob Auer

Medien: Mag. Gernot Blümel MBA

Menschen mit Behinderung:

Dr. Franz-Joseph Huainigg

Menschenrechte:

Dipl.-Kffr. (FH) Elisabeth Pfurtscheller

Migration und Integration: Johann Rädler

Öffentlicher Dienst: Dr. Beatrix Karl

Rechnungshof: Hermann Gahr

Regionalpolitik und Volksgruppen:

Dipl.Ing. Nikolaus Berlakovich

Senioren: Mag. Gertrude Aubauer

Soziales: August Wöginger

Sport: Mag. Johannes Rauch

Tierschutz: Franz Leonhard EBl

Tourismus: Gabriel Obernosterer

Umwelt: Johann Höfinger

Verfassung: Mag. Wolfgang Gerstl

Verkehr: Andreas Ottenschläger

Vertriebene: Mag. Michael Hammer

Volksanwaltschaft: Norbert Sieber

Wirtschaft: Peter Haubner

Wissenschaft und Forschung:

Dr. Karlheinz Töchterle

Wohnen: Johann Singer

Zivildienst/Freiwillige:

August Wöginger

Mit **Dr. Gertrude Brinek** wurde am 26. Juni 2013 zudem eine Frau aus den Reihen der ÖVP-Abgeordneten zur **Volksanwältin** wiedergewählt.

Der ÖVP-Klub als treibende Kraft

Seit Mai 2011 fanden zahlreiche **Klubklausuren**, Tagungen, ÖVP-Klub-entzeten und andere Veranstaltungen statt. Bei den Klubklausuren standen wichtige Zukunftsthemen im Zentrum wie „Leistung. Unsere Verantwortung.“ (Saalfelden, September 2011), „Wohlstand. Wachstum. Werte.“ (Saalfelden, September 2012) oder „Auf geht's“ (Schladming, August 2013). Die Klubklausur in Loipersdorf von 22. bis 24. Jänner 2014 widmete der Klub

der Umsetzung des neuen Arbeitsprogramms der Bundesregierung. Weitere fünf Klubtagungen diskutierten wichtige Zukunftsfragen wie etwa „Energie. Zukunft. Österreich“, „Weniger Schulden – mehr Zukunft“, „Demokratie“ oder zuletzt im September 2014 „Erfolgreiches Österreich – bürgerorientiertes Arbeiten“.

Klubentzeten mit zahlreichen in- und ausländischen Experten bereiteten bedeutende Sachfragen auf:

21. September 2011: „Schule und Sport“ (gemeinsam mit der Sportunion)

15. Dezember 2011: „Bio-Ethik und Menschenwürde – für eine Politik des Lebens“

25. Jänner 2012: „Wir schließen die Einkommensschere der Frauen in der Pension“ (gemeinsam mit allen Teilorganisationen)

26. April 2012: „Urheberrecht“

29. Jänner 2013: Themenkonferenz „Sicherheit“

14. Februar 2013: „Alterswohlfahrt“

6. Juni 2013: Themenkonferenz „Reform der Wehrpflicht“

Aufgrund des Wunsches vieler Mandatare nach Diskussion bestimmter Themen abseits der Tagespolitik hat der Klub 2014 die **„Klublounge“** als neues Veranstaltungsformat unmittelbar im



Klubklausur der ÖVP in Saalfelden 2012



Anschluss an die regulären Klubssitzungen eingerichtet. Themen waren etwa „Die Christlichsozialen und die Volkspartei – Brüche und Gemeinsamkeiten“ oder „Gemeinnützigkeit und Stiftungen“.

Neben Veranstaltungen wie Tagungen, Klausuren und Enqueten editiert der ÖVP-Parlamentsklub auch eigene Schriftstücke wie **Bilanzen**, welche die bedeutendsten Gesetzesbeschlüsse listen, „**ÖVPositionen**“ zu den wichtigsten politischen Themen und Broschüren. Die **Broschüren** der letzten Jahre waren folgenden Themen gewidmet:

- „Verfolgte Christen – Einsatz für die Religionsfreiheit“ – Nachlese zum Kongress am 30. April 2013 in Salzburg und DVD
- „Alterswohlfahrt. Ein neuer Weg.“ – Nachlese zur Enquete vom 14. Februar 2013
- „Schutz geistigen Eigentums.“ – Enquete zum Urheberrecht am 26. April 2012
- „Hildegard Burjan.“ – Nachlese zur Festsitzung aus Anlass der Seligsprechung am 17. Jänner 2012

- „Wohlstand.Wachstum.Werte.“ – Nachlese ÖVP-Klubklausur Saalfelden / September 2012
- „Leistung. Unsere Verantwortung.“ – Nachlese zur Klubklausur in Saalfelden vom 14. bis 16. September 2011

Bilanz über Gesetzesbeschlüsse auf www.oevpklub.at

Diese Broschüren, die „ÖVPositionen“ und die Tagungsbilanzen, in welchen der Parlamentsklub auch Bilanz über die wichtigsten Gesetzesbeschlüsse legt, sind auch auf der Homepage des ÖVP-Parlamentsklubs (www.oevpklub.at) zu finden. Die Arbeit des ÖVP-Parlamentsklubs wird sichtbar durch die **Ausschuss- und vor allem die Plenarsitzungen** des Nationalrates und des Bundesrates. In den letzten Tagungsperioden (September 2011 bis Oktober 2014) tagte der Nationalrat in 89 Sitzungen, davon waren 25 Sondersitzungen. Von September und Oktober 2014 kommen nochmals sechs Sitzungen dazu – davon drei Sondersitzungen. Der Bundesrat tagte in ebendiesem Zeitraum rund 30 Mal.

Inhaltliche Schwerpunkte der Arbeit des Klubs

Die inhaltlichen Schwerpunkte der Arbeit des Klubs, sprich die bedeutendsten Gesetzesbeschlüsse im Zeitraum Mai 2011 bis heute, waren:

Arbeit und Soziales

- Rehabilitation statt Invaliditätspension für unter 50-jährige
- Wochengelderhöhung für Bäuerinnen und Selbstständige
- Einführung Pflegekarenz, Pflegekarenzgeld
- Sonderpensionen: Begrenzung mit 9.060 Euro

- Freiwilligengesetz: rechtlicher Rahmen für freiwilliges soziales Jahr
- Weitgehende Gleichstellung von Leiharbeitskräften

Außenpolitik

- Auslandseinsatzgesetz: mehr Rechtssicherheit für Soldaten bei Diensten außer Landes
- Waffenhandelsvertrag: erstmals internationale Regeln für den Handel mit konventionellen Waffen

Europa

- Europäische-Bürgerinitiative-Gesetz (EBIG): Tätigwerden der Europäischen Kommission bei mindestens einer Million Unterschriften in sieben Mitgliedstaaten
- EU-Informationsgesetz: mehr Informationsrechte für das Parlament in EU-Angelegenheiten, Subsidiaritätsklage beim Europäischen Gerichtshof und Subsidiaritätsrüge in der Geschäftsordnung verankert.
- Rederecht für Europaabgeordnete

Budget

- Budgets der Jahre 2012, 2013, 2014, 2015
- Schuldenbremse
- Europäischer Stabilitätsmechanismus
- Fiskalpakt
- Aufstockung der Hilfen für Hochwasser- und Dürre-Opfer
- Handwerkerbonus

Familie

- Rechtsgrundlage für bundesweite Umsetzung des TOP-Jugendtickets
- Neues Bundes-Kinder- und Jugendhilfegesetz
- Direktauszahlung der Familienbeihilfe an Volljährige
- Verlängerung Gratiskindergartenjahr
- Erhöhung der Familienbeihilfe
- 305 Millionen Euro Ausbauoffensive Kinderbetreuung

ESM

- Einrichtung eines ESM-Ausschusses
- ESM – Finanzhilfe an die Republik Zypern

Finanzen

- Steuerabkommen mit Schweiz und Liechtenstein
- Rechnungslegungs-Kontrollgesetz („Bilanzpolizei“)
- Verbesserung der Pendlerpauschale
- Basel III
- Bankeninterventions- und -restrukturierungsgesetz
- Hyposondergesetz
- aufkommensneutrale Reform Grunderwerbsteuergesetz

Gesundheit

- ELGA Einführung
- Gesundheitsreform: integrierte Versorgungsplanung für Spitals- und niedergelassenen Bereich, „Geld folgt Leistung“
- Zahnspangen für Kinder bis 18 als Krankenversicherungs-Leistung
- Ärztliche Hausapotheken: bis 2018 abgesichert

- Berufsrechtsreformen: Ärzteausbildung, Psychologen und Assistenzberufe

Gleichbehandlung

- Neue geschlechtergerechte Bundeshymne
- Änderung des Gleichbehandlungsgesetzes: Einführung von Einkommensberichten, verpflichtende Angabe bei Ausschreibung des Arbeitgebers oder Arbeitsvermittlers von Mindestentgelten, Erhöhung der Strafen bei sexueller Belästigung, Verkleinerung der Senate.

Inneres

- Sicherheitspolizeigesetz (Schutz kritischer Infrastruktur, Bekämpfung von rassistischen und fremdenfeindlichen Akten bei Sportgroßveranstaltungen, Reform der DNA-Analyse)
- Sicherheitsbehörden-Neustrukturierung, Schaffung des Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl
- Schaffung des zentralen Personenstandsregisters
- Reform der Vorzugsstimmen bei Nationalratswahlen

Justiz

- Anti-Terror-Paket
- Familienrechtspaket mit Neuregelung des Namensrechts und gemeinsamer Obsorge
- Strafprozessrechtsänderungsgesetz

Konsumentenschutz

- Rücktrittsrecht bei Versicherungen innerhalb von zwei Wochen
- Umsetzung Verbraucherrichtlinie: weitreichende Verbesserungen im Konsumentenschutz

Kultur

- Neugestaltung der Publikumsbeteiligung in den Bundestheatern
- Beitragszuschuss auch für weiterarbeitende Künstler/innen in Pension
- Einrichtung eines Literaturmuseums der Nationalbibliothek
- Winterpalais in der Himmelfortgasse wird zu Barockmuseum

Landesverteidigung

- Änderung von Wehrgesetz und Waffengesetz
- Österreichische Sicherheitsstrategie

Sport

- Reform der Bundessportförderung

Landwirtschaft

- Agrarrechtsänderungsgesetz: Anpassung von Materiengesetzen an aktuelle Entwicklungen
- Reform der land- und forstwirtschaftlichen Einheitswerte (Novelle zum Bewertungsgesetz, Abgabenänderungsgesetz 2012)
- Marktordnungsgesetz-Novelle zur Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik

Rechnungshof

- In fast jeder Plenarwoche werden die zahlreich einlangenden Berichte des Rechnungshofes, die die verschiedensten Ressorts betreffen, im Rech-



Eine Enquete im Großen Klubsitzungssaal

nungshofausschuss mit dem Präsidenten des Rechnungshofes sowie dem/r zuständigen Minister/in behandelt und anschließend auch im NR-Plenum diskutiert.

Umwelt

- Klimaschutzgesetz für mehr Energieeffizienz
- UVP-Novelle für höheres Umweltschutzniveau
- AWG-Novelle für die Verwertung von Haushaltsverpackungen

Unterricht

- Beschluss über die Einführung der modularen Oberstufe
- Übernahme Neue Mittelschule in das Regelschulwesen
- Neues Dienst- und Besoldungsrecht für neu eintretende Pädagog/innen
- Ausbau ganztägiger Schulformen

Verfassung

- Medientransparenzgesetz
- Erweiterung der Kompetenzen der Volksanwaltschaft (OPCAT)
- Verwaltungsgerichtsbarkeitsnovelle

Verkehr

- Eisenbahngesetz – Mehr Rechte für Bahnfahrer/innen
- Straßenverkehrsordnung: Einrichtung von Begegnungszonen

Wirtschaft

- Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie
- Ökostromgesetz
- Gewerbeordnungsnovelle mit Erleichterungen bei Unternehmensgründungen und Betriebsübergaben
- Energieeffizienzgesetz
- Parlamentsgebäudesanierungsgesetz

Wohnrecht/Bauten

- Energieausweis-Vorlage-Gesetz 2012



Aktiv beim Straßenwahlkampf

Wissenschaft

- Verbesserung der Betreuungsqualität in stark nachgefragten Studienfeldern sowie mehr Transparenz in der Finanzierung der Universitäten (Testphase „Studienplatzfinanzierung“)
- Änderung ÖH-Wahlrecht
- Pädagog/innenbildung NEU

Forschung, Innovation und Technologie

- Novelle Telekommunikationsgesetz – Mehr Rechtssicherheit für Verbraucher/innen
- Institute of Science and Technology Austria – Finanzierungssicherheit für Spitzenforschung

Untersuchungsausschuss

Der im Herbst 2011 eingesetzte Untersuchungsausschuss zur Klärung von Korruptionsvorwürfen beendete im Oktober 2012 nach Aufarbeitung von Akten im Umfang von 1.331.581 Seiten, 53 Sitzungen mit einer Gesamtdauer von 360 Stunden und der Befragung von 131 Auskunftspersonen seine Arbeit. Zusätzlich wurde die Causa Kampusch im ständigen Unterausschuss des Innen-

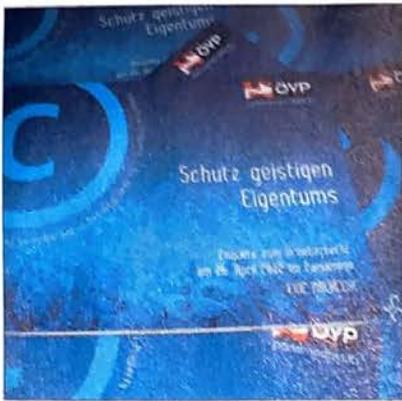
ausschusses (= „Stapo-Ausschuss“) beraten. Für kommende Untersuchungsausschüsse gelten aller Voraussicht nach schon die neuen Bestimmungen für Untersuchungsausschüsse, die im Dezember 2014 beschlossen werden sollen.

parlament:aktiv

Klubobmann Reinhold Lopatka hat mit „parlament:aktiv“ gemeinsam mit dem SPÖ-Klub eine Initiative gestartet, um in wichtigen Themen im Sinne eines lebendigen Parlaments rasch Lösungen zu finden. Ziel ist die Aufwertung des demokratischen Prozesses. Eingesetzt wurden im Herbst 2014 auch zwei parlamentarische Enquete-Kommissionen zu den Themen „Würde am Ende des Lebens“ und „Direkte Demokratie“. Das Modell für ein Rederecht für Europaabgeordnete wurde präsentiert.

Zusammenarbeit mit der CDU/CSU-Fraktion

In den vergangenen Jahren haben wir auch den Kontakt zu unseren Schwester-



parteien verstärkt. Explizit soll die hervorragende Zusammenarbeit mit der CDU/CSU-Fraktion hervorgehoben werden, die ihre Höhepunkte in wechselseitigen Besuchen fand:

24. – 25. Oktober 2011: Besuch des ÖVP-Klubs bei der CDU/CSU Bundestagsfraktion in Berlin

7. – 8. Juli 2014: CDU/CSU Bundestagsfraktion besucht den ÖVP-Klub in Wien

Weiters reiste der ÖVP-Klub von 23. – 25. Mai 2012 zu einem politischen Arbeitsbesuch nach Stockholm.

Darüber hinaus nehmen die Mandatäre und Mitarbeiter des ÖVP-Parlamentsklubs auch an anderen Veranstaltungen und Aktionen aktiv teil, so natürlich an den bundesweit geführten ÖVP-Wahlkämpfen wie der **Nationalratswahl 2013** oder der **Europawahl 2014**, beim **Tag der Offenen Tür**, der vom Parlament veranstaltet wird, oder bei Konzerten des Parlamentschores, der seinerzeit von der ehemaligen Abgeordneten Christine Marek ins Leben gerufen wurde.

Eine neue kleine Tradition haben die Junge Volkspartei und der ÖVP-Parlamentsklub gemeinsam in **Alpbach** institutionalisiert: insbesondere für junge Teilnehmer wurden Diskussionen zu den Themen „Berufung Politik. Politik als Beruf“ (2012), „Wohin die Reise geht. Jugend als Motor gesellschaftlicher Veränderung.“ (2013) und „Start ups in Österreich“ (2014) unter Beteiligung spannender Experten veranstaltet.

Aus- und Weiterbildung für Mandatäre & Parlamentarische Mitarbeiter

Zu den zahlreichen Service-Aufgaben des Klubs für seine Mandatäre zählt ein umfangreiches und zielgerichtetes **Aus- und Weiterbildungsprogramm**, das der Klub gemeinsam mit der **Politischen Akademie** entwickelt hat. Das Angebot reicht von „Rundfunk- und Fernsehtraining“ über „Wahlkreismanagement“ bis hin zu „Social Media in der politischen Praxis“. 2014 wurde erstmals auch ein Lehrgang „Parlamentarische Mitarbeiter für Abgeordnete des ÖVP-Parlamentsklubs“ angeboten. Die Teilnehmer erhielten nach erfolgreich absolviertem Lehrgang ein Zertifikat.

Die ÖVP – stärkste Fraktion im Bundesrat

Der Mandatsstand im Bundesrat (auf Grund der Volkszählung 2011 nunmehr 61 statt 62 Mandate) sieht mit Ende Oktober 2014 folgendermaßen aus: 25 ÖVP, 22 SPÖ, 9 FPÖ, 4 Grüne, 1 Team Stronach.

Die 25 ÖVP-Mandate entfallen auf die Bundesländer wie folgt: Burgenland 1,

Kärnten 1, Niederösterreich 7, Oberösterreich 5, Salzburg 1, Steiermark 4, Tirol 3, Vorarlberg 2, Wien 1.

Funktionen in der Bundesrats-Fraktion

Die Funktionen in der Bundesrats-Fraktion standen in der Fraktionssitzung im Mai 2012 jeweils für die Dauer von drei Jahren wieder zur Wahl, bei der Gottfried Kneifel erneut zum Vorsitzenden der BR-Fraktion gewählt wurde. Zu seinen Stellvertretern wurden Martin Preineder und Edgar Mayer bestimmt. Die Bundesrats-Fraktion sprach Mag. Harald Himmer abermals das Vertrauen in seiner Funktion als Vizepräsident des Bundesrates aus.

Bundesrats-Präsidentschaften

2012: Gregor Hammerl (1. Halbjahr) / Georg Keuschnigg (2. Halbjahr)

2013: Edgar Mayer (1. Halbjahr)

Bundesrats-Enqueten und Veranstaltungen

Auf Initiative von Präsident Georg Keuschnigg fand am 10. Oktober 2012 die Enquete „Zukunft Land: Trends, Herausforderungen und Lösungen“ statt. Während der Präsidentschaft von Edgar Mayer beschäftigte sich der Bundesrat am 9. April 2013 im Rahmen einer



Enquete mit dem Thema „Mehr direkte Demokratie, mehr Chancen für die Bürgerinnen und Bürger in den Ländern und Gemeinden“.

Weitere Enqueten:

1. Oktober 2013: „Der Anteil der älteren Menschen steigt in der österreichischen Gesellschaft stetig an – welche Auswirkungen hat dies auf die verschiedenen Lebensbereiche der älteren Menschen, welche Herausforderungen stellen sich für die österreichische Politik?“

11. Juni 2014: „Erneuerbare Energien: Regionale Potentiale, Forschung und Zukunftsperspektiven“

25. Juni 2014: „Der Bundesrat – Status und Entwicklungspotenziale“

Liste der 25 ÖVP-Mandatare im Bundesrat

Dr. Magnus Brunner LL.M, Ing. Bernhard Ebner MSc, Mag. Klaus Furlinger, Mag. Ernst Gödl, Mag. Harald Himmer, Mag. Christian Jachs, Anneliese Junker, Gottfried Kneifel, Günther Köberl, Ing. Eduard Köck, Dr. Andreas Köll, Sonja Ledl-Rossmann, Edgar Mayer, Peter Oberlehner, Franz Perhab, Christian Poglitsch, Martin Preineder, Ing. Andreas Pum, Friedrich Reisinger, Josef Saller, Gerhard Schöndinger, Angela Stöckl, Walter Temmel, Ferdinand Tiefnig, Sonja Zwazl.

Parlament für Bürger/innen öffnen

Der Tag der offenen Tür am 26. Oktober 2014 im Parlament war nicht nur



Anziehungspunkt für rund 10.000 Besucherinnen und Besucher, das Parlament zu besichtigen. Er war auch Auftakt für die Arbeit an der Demokratiereform, die in einer eigens eingerichteten parlamentarischen Enquetekommission „Stärkung der Demokratie in Österreich“ geleistet wird. Zur Teilnahme an dieser Enquetekommission wurden acht Bürgerinnen und Bürger ausgewählt, die gemeinsam mit den Abgeordneten und mit Experten Vorschläge zur Festigung und Modernisierung des demokratischen Systems erarbeiten sollen. Diese acht Frauen und Männer, die am Tag der offenen Tür der Öffentlichkeit vorgestellt wurden, hatten sich über die Parlaments-Website beworben und wurden mittels Ziehung unter notarieller Aufsicht aus 1.200 Einsendungen ermittelt. Die Enquetekommission startet am 18. Dezember

2014 und wird am 2. Juni 2015 ihre Ergebnisse präsentieren.

ÖVP-Klubobmann Lopatka sieht die Enquetekommission als wichtigen Schritt, um konkrete Antworten auf die Chancen einer offenen Gesellschaft im 21. Jahrhundert zu geben. „Kennzeichen bürgerlicher Politik muss es sein, den Bürger im Fokus zu haben, nicht Institutionen.“

Die Demokratiereform reiht sich in das Aktionsprogramm für bessere und bürgernahe Rechtssetzung, für die sich ÖVP und SPÖ mit der gemeinsamen Initiative „parlament.aktiv“ einsetzen. Auch die in die Wege geleitete Reform des Untersuchungsausschusses, mit dem die repräsentative Demokratie um ein weiteres rechtsstaatliches und wirksames Kontrollinstrument gestärkt wurde, ist ein Ausdruck dieses Anliegens.

ÖVP-Delegation im Europäischen Parlament

Bericht der ÖVP-Delegation im Europäischen Parlament an den Bundesparteitag

Frieden, Freiheit und Stabilität in Europa sind nicht selbstverständlich. Das wird gerade heuer, im Gedenken an den Beginn des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren und an den Beginn des Zweiten Weltkriegs vor 75 Jahren, deutlich. Die Europäische Integration ist zuallererst ein historisch einzigartiges Friedensprojekt. Die Idee, Frieden und Stabilität in Europa durch wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit zu sichern, hat sich bewährt und wird von den Menschen unterstützt.

Heute ist aber eine Neubegründung der EU als Antwort des Kontinents auf die Globalisierung notwendig. Die Legitimierung, die die europäische Einigung aus den Weltkriegen und der Wiedervereinigung Europas nach dem Kalten Krieg bezogen hat, reicht heute nicht mehr aus, um die EU weiterzuentwickeln. Europa muss in zentralen Fragen noch stärker seine Kräfte

bündeln, um nicht zum Verlierer der Globalisierung zu werden. Die EU muss zum Sprecher des Kontinentes in der Welt werden. Das ist das Hauptanliegen der ÖVP im Europäischen Parlament.

Die größten Erfolge

Die größten Erfolge der ÖVP im Europäischen Parlament waren die Maßnahmen zur Bewältigung der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialkrise in Europa, die Wahl von Othmar Karas zum Vizepräsidenten des Parlaments und der große Erfolg bei der Europawahl am 25. Mai 2014.

Othmar Karas' Wahl zum **Vizepräsidenten** des Europäischen Parlaments von 2012 bis 2014 war nicht nur eine große Ehre, sondern vor allem ein Auftrag, für ein starkes Parlament der Bürgerinnen und Bürger zu kämpfen. Dies ist die höchste Funktion, in die je ein Österreicher in



der EU gewählt wurde. Die Wahl war nur möglich, weil sich Othmar Karas in vielen Jahren länder- und parteiübergreifend Anerkennung erarbeitet hat.

Die Bewältigung der größten **Finanz-, Wirtschafts- und Sozialkrise** seit dem 2. Weltkrieg war die Mammutaufgabe des Europäischen Parlaments in den vergangenen drei Jahren. Der speziell eingerichtete Krisenausschuss des Parlaments hat unter der Federführung von Othmar Karas weitreichende Strukturreformen zur Lösung der Krise vorgeschlagen: mehr gemeinsame Budgetpolitik, eine europäische Finanztransaktionssteuer und ein strategischer Einsatz des EU-Budgets als Wachstumsbudget für die EU, neue strengere Regeln für die Banken und neue Mechanismen zur Sanierung der Krisenländer.

Dass die harte Arbeit der ÖVP im EU-Parlament auch von den Wählerinnen und Wählern gewürdigt wird, haben wir bei der **Europawahl** am 25. Mai erlebt. Ohne Populismus, aber mit Sachkenntnis und einem klaren Europabekenntnis konnte die ÖVP als Erste durchs Ziel gehen und die Unterstützung von 27 Prozent der Wählerinnen und Wähler gewinnen. Dieser Zuspruch und vor allem die große Anzahl an persönlichen Vorzugsstimmen sind für uns auch die



Fotos: ÖVP, ÖVP/Classer

Motivation, die Innenpolitik zu europäisieren und gemeinsam für frischen Wind und neue Erfolgserlebnisse zu sorgen.

Die Abgeordneten

Die ÖVP im EU-Parlament hat durch Fachkenntnis, harte Arbeit und langjährige Verlässlichkeit viel durchsetzen können. Nur damit wird man als kleines Land in Europa ernst genommen. Kein anderes österreichisches Team im Europäischen Parlament hat so viel Einfluss.



Othmar Karas
Delegationsleiter

Othmar Karas, Vizepräsident des Europäischen Parlaments von 2012 bis 2014, ist im Wirtschafts- und Währungsausschuss des Parlaments einer der Architekten der neuen europäischen Finanzmarktregulierung und der Bankenunion. Im Auswärtigen Ausschuss, im Verteidigungsausschuss und als Vorsitzender der EU-Russland-Delegation des Parlaments gestaltet er die Außenpolitik der EU mit, die seit der Ukraine-Krise noch mehr in den Fokus rückt. Im Binnenmarktausschuss setzt er sich für den Abbau von Hürden in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen den EU-Mitgliedstaaten ein. Für die Delegation betreut er auch die Freihandelsabkommen und die Vorbereitung der notwendigen Vertragsänderungen.

Elli Köstinger ist die starke Stimme der österreichischen Landwirtschaft in der EU. Die Reform der Landwirtschaft in Europa trägt ihre Handschrift. Bei der umstrittenen Saatgut-Verordnung setzt sie sich vehement für die Sortenvielfalt



Elli Köstinger

ein. Das Parlament hat auf ihr Betreiben hin mit überwältigender Mehrheit gegen die bisherigen Saatgut-Pläne gestimmt. Ebenso hat sie die Initiative gestartet, dass Nachhaltigkeitskriterien in alle Handelsverträge der EU aufgenommen werden. Produkte, die in die EU eingeführt werden, müssen den gleichen Umwelt-, Lebensmittel- und Ethikstandards entsprechen wie vergleichbare Produkte aus der EU, damit heimische Betriebe keinen Wettbewerbsnachteil erleiden.

In der neuen Legislaturperiode ist sie weiterhin im Landwirtschaftsausschuss Agrarsprecherin der ÖVP. Außerdem ist sie nun auch Mitglied des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit. Sie ist Lebensmittelsprecherin der EVP-Fraktion. Darüber hinaus setzt sie sich im Frauen-Ausschuss für die Gleichstellung der Geschlechter ein.



Paul Rübiger

Paul Rübiger ist Österreichs „Mister Roaming“. Er hat vor über 10 Jahren die Idee entwickelt, wie man die völlig überhöhten Auslandszuschläge beim Telefonieren und Internetsurfen in der EU abschaffen kann. Bis heute sind

diese Zuschläge um 70 Prozent gesunken. Ende nächstes Jahr wird die ÖVP es mit seiner Hilfe hoffentlich schaffen, die Roaminggebühren ganz abzuschaffen.

Paul Rübiger bringt seine ganze Erfahrung in den Bereichen Industrie, Forschung, Energie, Haushalt und Entwicklungspolitik in den dafür zuständigen Ausschüssen ein.



Heinz K. Becker

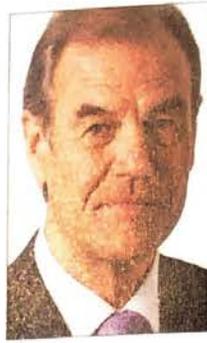
Heinz K. Becker ist der Kämpfer für eine der größten europäischen Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte: Wie unsere Sozialsysteme organisieren, wenn die Menschen immer länger leben? Er schaut darauf, dass jedes EU-Gesetz generationengerecht ist.

In den kommenden Jahren wird er sich darüber hinaus im Justiz- und Innenausschuss für europäische Sicherheits- und Migrationspolitik einsetzen und den Anliegen der Bürgerinnen und Bürger im Petitionsausschuss Nachdruck verleihen. Im Bildungs- und Kulturausschuss setzt er sich dafür ein, dass das österreichische duale Berufsausbildungssystem mehr Nachahmer in Europa findet.

Richard Seeber hat zehn Jahre lang die Klima- und Wasserpolitik der EU mitgeprägt. Nicht zuletzt hat er im Parlament klargemacht, dass es kein EU-Gesetz geben kann, das eine Privatisierung der Wasserversorgung erzwingt. Die ÖVP-Delegation dankt Richard Seeber für viele Jahre harter und erfolgreicher Arbeit, nicht zuletzt als Umweltsprecher



Richard Seeber



Hubert Pirker



Claudia Schmidt

aller europäischen VP-Abgeordneten. Wir danken herzlich für die geleistete Arbeit! Er hat bei der Europawahl 2014 nicht wieder kandidiert.

Dass **Hubert Pirker** für Sicherheitspolitik steht, ist allen bekannt. In diesem Bereich hat er die Arbeit der ÖVP in der EU über Jahrzehnte geprägt. Er hat aber auch die Finanzierung von Brennerbasis-, Semmering- und Koralmtunnel und des neuen Wiener Hauptbahnhofs gesichert. Er hat den neuen EU-Verkehrsinfrastrukturplan mitgeschrieben, der Österreichs Wirtschaftsgeografie verändern wird. Auch er ist zur Europawahl 2014 nicht wieder angetreten. Seine Kompetenz, Teamfähigkeit und Gradlinigkeit werden uns fehlen. Danke Hubert!

Doch auch in der gerade beginnenden Legislaturperiode haben wir, trotz des Ausscheidens von Richard Seeber und Hubert Pirker, mit Claudia Schmidt und Herbert Dorfmann zwei weitere, erfahrene und kompetente Fachpolitiker in unserem Team.

Claudia Schmidt hat bereits als Salzburger Stadträtin für das Baurecht ihre Expertise in diesem Gebiet bewiesen. Als nunmehriges Mitglied des Verkehrsausschusses im EU-Parlament ist sie wieder mit Infrastrukturfragen befasst und hat damit einen großen Startvorteil. Ebenso aktiv wird sie sich in den Ausschüssen für regionale Entwicklung, für Haushaltskontrolle und für Menschenrechte einbringen. Alles Gute!

Mit **Herbert Dorfmann** gibt ein Mitglied der Südtiroler Volkspartei der Arbeit der ÖVP im EU-Parlament eine zusätzliche europäische Dimension. Durch seine Mitgliedschaft im Landwirtschafts- und im Umweltausschuss können wir wirkungsvolle und länderübergreifende Allianzen schmieden, z.B. für nachhaltige Biolandwirtschaft oder erneuerbare Energien. Auch seine Expertise in Fragen von Minderheitenrechten ist in Europa gefragt und die Autonomie Südtirols bleibt ein Modell für die Lösung nicht nur europäischer Konflikte.



Herbert Dorfmann



Fotos: ÖVP/Glaser, EPP-Fraktion

Europäisierung der Innenpolitik

Wenn Österreich in der EU noch mehr mitreden will, müssen wir die Innenpolitik noch weiter europäisieren, denn diese zwei Bereiche können nicht voneinander getrennt werden. Durch eine intensive Zusammenarbeit zwischen dem österreichischen und dem europäischen Parlament können wir uns

einen Startvorteil gegenüber den anderen Ländern sichern. Im September 2014 ist es gelungen, das Rederecht für EU-Abgeordnete auch im Plenum des Nationalrates und des Bundesrates, sowie in deren Ausschüssen zu fixieren. Gerade die ÖVP als Europapartei muss aktiv dafür arbeiten, dass mehr EU-Vorhaben auf die Tagesordnung des Plenums gelangen. Wir müssen

das BürgerInnenservice ausbauen, die EU-Ressourcen im österreichischen Parlament stärken und Live-Schaltungen für gemeinsame Sitzungen der Ausschüsse des Europäischen und des Österreichischen Parlaments möglich machen. Die Freude an Europa wird mit aufrichtiger Information und intensivem Bürgerdialog wachsen.

ÖAAB

Österreichischer Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbund

Die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stehen beim ÖAAB im Mittelpunkt: Arbeit bedeutet Einkommenserwerb und Mitwirkung in der Gesellschaft, daher sind die richtigen Rahmenbedingungen besonders wichtig. Der demographische Wandel verlangt, dass wir uns mit der Bedeutung von Arbeit in unserer Gesellschaft laufend auseinandersetzen.

Von Juni 2009 bis Mai 2011 war Dr. Michael Spindelegger ÖAAB-Bundesobmann. Unter seiner Führung wurde unter anderem der ÖAAB-Think Tank „Zukunftsforum Soziales“ gegründet, die Publikation „Über-Morgen“ herausgegeben, die Rot-Weiß-Rot-Card umgesetzt sowie die Erhaltung des Mehrkindzuschlages durchgesetzt. Nach seiner Wahl zum ÖVP-Bundesparteiohmann, übergab er die Obmannschaft im ÖAAB.

Im Mai 2011 übernahm BM Mag.^a Johanna Mikl-Leitner als geschäftsführende Bundesobfrau den ÖAAB und wurde im darauffolgenden November mit überzeugender Mehrheit als Bundesobfrau bestätigt. Sie ist die erste Frau an der Spitze des ÖAAB. Unter ihrer Leitung konnte der ÖAAB zahlreiche Verbesserungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Familien erzielen. So werden beispielsweise Pendlerinnen und Pendler durch die Reform der Pendlerpauschale noch besser unterstützt. Auch bei der berufsbegleitenden Weiterbildung konnten neben der Einführung der Bildungsteilzeit auch maßgebliche Verbesserungen bei der Bildungskarenz erzielt werden. Des Weiteren blieb Dank

des ÖAAB der arbeitsfreie Sonntag erhalten und auch bei der Volksbefragung zur Beibehaltung der Wehrpflicht und des Zivildienstes konnte ein großer Erfolg gefeiert werden. Im Bereich der Familien ist neben der Erhöhung der Familienbeihilfe und des Ausbaus der Kinderbetreuungseinrichtung besonders die Ausweitung der Pflegefreistellung und die Einführung der Pflegekarenz und Pflegezeit zu nennen.

LABg. Mag. Lukas Mandl war von März 2010 bis August 2012 ÖAAB-Generalsekretär und setzte in seiner Arbeit Akzente im Service für die ÖAAB-Funktionärinnen und -Funktionäre sowie in der Presse und Kommunikationsarbeit, auch die Bereiche Bildung, Demokratie, Medien und Grundsatzprogrammatische waren seine Schwerpunkte.

Im August 2012 übernahm Abg.z.NR August Wöginger, der als Betriebsrat beim Roten Kreuz arbeitet, die Funktion des ÖAAB-Generalsekretärs. Seit Ende 2002 ist er Abgeordneter zum Nationalrat und mittlerweile auch Sozialsprecher der ÖVP, Vorsitzender der ÖAAB Arbeitsgemeinschaft im ÖVP Parlamentsklub sowie Klubobmann-Stellvertreter. In seiner Heimatgemeinde Sigharting ist er Vizebürgermeister und zusätzlich ÖAAB-Bezirksobmann und Bezirksparteiohmann von Schärding sowie stellvertretender ÖAAB-Landesobmann und ÖVP-Landesparteiohmann. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen vor allem im Sozial- und Familienbereich. Unter seiner Mitwirkung konnte unter anderem das „Zukunftsforum Soziales“ fortgesetzt und die Schriftenreihe



Johanna Mikl-Leitner
Bundesobfrau

„Gesellschaftspolitische Informationen“ weitergeführt werden.

Bilanz

Mehr Geld für Pendlerinnen und Pendler

Im Frühjahr 2012 hat der ÖAAB eine bundesweite Kampagne zur Reform der Pendlerpauschale gestartet und bis Ende des Jahres mit der Regierung ein Maßnahmenpaket für die Pendlerinnen und Pendler verhandelt: Dieses Paket bringt jährlich rund 150 Millionen Euro mehr für unsere Pendlerinnen und Pendler. Damit ist dem ÖAAB die größte Reform seit Einführung der Pendlerpauschale durch Alois Mock vor 25 Jahren gelungen. Das bisherige System der kleinen und großen Pendlerpauschale mit Freibeträgen wurde beibehalten, jedoch wurden die Anspruchsvoraussetzungen verbessert und Ungerechtigkeiten beseitigt. Die Neuerungen im Überblick:

- **Mehr mit Pendler-Euro:** Pendlerinnen und Pendler erhalten unabhängig von der Pendlerpauschale zusätzlich 1 Euro pro Arbeitskilometer und Jahr.

- **Mehr Pendlerzuschlag:** Der Pendlerzuschlag für Kleinverdiener wurde von 150 auf 290 Euro netto pro Jahr erhöht.
- **Mehr für Wochenpendler:** Sie sind erstmals aliquot anspruchsberechtigt.
- **Jobticket:** Unternehmen können ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine Netzkarte für öffentliche Verkehrsmittel gratis zur Verfügung stellen – dieses sogenannte Jobticket ist steuerfrei und sozialversicherungsabgabefrei.

Mehr Flexibilität für Familien

Die Bedürfnisse und Anforderungen im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind heutzutage sehr unterschiedlich. Die Politik muss sich an den verschiedenen Lebensrealitäten der einzelnen Familien orientieren und die entsprechenden Rahmenbedingungen anbieten. Familien- und Kinderfreundlichkeit darf kein bloßes Lippenbekenntnis sein, sondern muss in Österreich zur gelebten Selbstverständlichkeit werden. Wir wollen, dass die Familien in unserem Land in stabilen Verhältnissen leben und ihr Miteinander so gestalten können, wie sie es möchten:

- **Mehr Geld für Familien:** Mit Juli 2014 wurde die Familienbeihilfe um 4 Prozent erhöht, im Januar 2016 und 2018 nochmal um jeweils 1,9 Prozent – insgesamt werden bis 2018 830 Millionen Euro in die Erhöhung der Familienbeihilfe investiert. D.h. einer Familie mit zwei Kindern, 8 und 12 Jahre, stehen inklusive Kinderabsetzbetrag und Schulstartgeld 822,60 Euro mehr zu Verfügung.

- **Ausbau des Kinderbetreuungsangebotes:** Neben der Flexibilität beim Kinderbetreuungsgeld ist es vor allem der bedarfsgerechte Ausbau des Kinderbetreuungsangebotes, der maßgeblich zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf beiträgt. Deshalb werden in den nächsten vier Jahren 350 Millionen Euro in den Ausbau der Kindergärten und -krippen investiert und 400 Millionen Euro in den Ausbau der schulischen Tagesbetreuung.
- **Ausweitung der Pflegefreistellung:** Alle Eltern haben nun Anspruch auf Pflegefreistellung, auch wenn sie nicht mit dem Kind im gleichen Haushalt wohnen. Pflegefreistellung kann auch bei Spitalsaufenthalten von Kindern unter zehn Jahren beansprucht werden.
- **Pflegekarenz und Pflegezeit:** Für die Pflege von Kindern und Angehörigen kann eine Pflegekarenz oder Pflegezeit bis zu drei Monaten in Anspruch genommen werden
- **Anrechnung der Karenzzeiten:** Der ÖAAB hat erreicht, dass die Anrechnung von Karenzzeiten in zahlreichen Kollektivverträgen verbessert wurde.

Berufliche Weiterbildung erleichtert

Bildung ist die soziale Frage der Zukunft. Der Zugang zum Arbeitsmarkt wird über das Bildungssystem entschieden – ein erfolgreiches Bildungssystem ist das beste Mittel gegen Arbeitslosigkeit und Armutsgefährdung. Deshalb setzt sich der ÖAAB für die berufsbegleitende Weiterbildung ein. Dadurch entsteht ein



Win-Win-Szenario für Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Bei der Bildungskarenz erhalten Arbeitnehmer bis zu 1.400 Euro und bei der Bildungsteilzeit bis zu 470 Euro pro Monat für Weiterbildung.

Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gestärkt

Die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stehen beim ÖAAB im Mittelpunkt: Arbeit bedeutet Einkommenserwerb und Mitwirkung in der Gesellschaft, daher sind die richtigen Rahmenbedingungen besonders wichtig. Der demographische Wandel verlangt, dass wir uns mit der Bedeutung von Arbeit in unserer Gesellschaft laufend auseinandersetzen.

- **Altersteilzeit neu:** Frauen können ab dem 53. Lebensjahr freiwillig bis zum Regelpensionsalter Altersteilzeit in Anspruch nehmen, Männer ab dem 58. Lebensjahr.
- **Mehr Geld für Überstunden:** Statt fünf sind nunmehr zehn Überstunden steuerfrei. Wer jeden Monat zehn Überstunden macht, erspart sich rund 200 Euro netto im Jahr.
- **Schutz des arbeitsfreien Sonntags:** Die Schlupflöcher in der Gewerbeordnung wurden beseitigt und die Sonntagsruhe gesichert.



Bundestobfrau Johanna Mikl-Leitner im Gespräch mit Lehrlingen



Zukunftsforum Soziales 2012 „Familie, Beruf, Freizeit: Lebensqualität mit Zukunft“ mit der damaligen deutschen Bundesministerin für Arbeit und Soziales Dr.ⁱⁿ Ursula von der Leyen

Österreichischer Bauernbund

Regionen sichern – heimisch kaufen!

1. Statistik und Wahlergebnisse

1.1. Der Bauernbund in Österreich – Mitgliederzahlen

Der Bauernbund zählt zu den stärksten Teilorganisationen innerhalb der ÖVP:

Bundesland	Mitgliederzahl per Mai 2011
Burgenland	4.771
Kärnten	6.079
Niederösterreich	118.517
Oberösterreich	56.000
Salzburg	9.485
Steiermark	47.897
Tirol	18.003
Vorarlberg	2.354
Wien	821
Summe	263.927

1.2. Der Bauernbund in Österreich – Landwirtschaftskammerwahlen

Stimmenanteil des ÖVP-Bauernbundes bei den Landwirtschaftskammerwahlen seit Mai 2011. (siehe Tabelle unten)

Dank seiner konstanten Wahlerfolge stellt der Bauernbund sämtliche Präsidenten der Landwirtschaftskammern Österreichs.

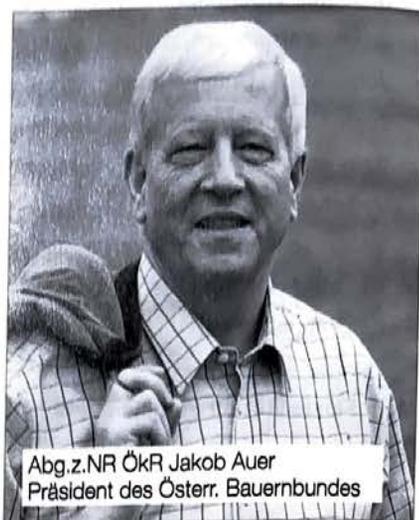
1.3. Der Bauernbund in Österreich – Nationalratswahl 2013

Die Nationalratswahl 2013 war eine Richtungswahl für Österreichs Bäuerinnen und Bauern. Es ging um die Zukunft der Höfe, um die Zukunft der Heimat – um unser Dahoam! Der Österreichische Bauernbund und die ÖVP

erwiesen sich als verlässliche Partner im ländlichen Raum und erhielten die absolute Mehrheit (79 Prozent) der Stimmen unserer österreichischen Bäuerinnen und Bauern.

1.4. Der Bauernbund in Österreich – Wahlen zum Europäischen Parlament 2014

Die Wahlen zum Europäischen Parlament sind von zentraler Bedeutung für den Bauernbund. Vor allem auch deshalb, weil die Agrarpolitik die zentrale Gemeinschaftsmaterie der Europäischen Union ist. Bei den Wahlen zum EU-Parlament konnte die ÖVP mit 27 Prozent (5 Mandate) den ersten Platz verteidigen. Der engagierte Wahlkampf des Bauernbundes hat dazu besonders beigetragen, das beweisen auch die sensationellen 58.893 Vorzugsstimmen der Spitzenkandidatin des Bauernbundes, Elisabeth Köstinger.



Abg.z.NR ÖkR Jakob Auer
Präsident des Österr. Bauernbundes

1.5. Bundesbauernrat: Neuwahl der Bauernbundspitze 2014

Am 25. Jänner 2014 wurde statutengemäß der Bundesbauernrat mit der Wahl der Bundesspitze des Österreichischen Bauernbundes laut Wahlvorschlag des Präsidiums vom 22. Jänner 2014 abgehalten. Bauernbundpräsident Auer wurde eindrucksvoll zum zweiten Mal wiedergewählt.



Bundesminister Dipl.-Ing. Andrä Rupprechter, Präsident Abg.z.NR ÖkR Jakob Auer, EU-Abgeordnete Elisabeth Köstinger und Vizekanzler a.D. Dr. Michael Spindelegger beim Bundesbauernrat 2014 in Alpbach.

2. Politische Schwerpunkte

2.1. Bauernbundbilanz 2011–2013

2.1.1 Einheitswert und Pauschalierung gerettet!

Mit dem Einheitswert und der Pauschalierung konnte die Basis für eine einfache und unbürokratische Steuer- und Abgabeneinhebung für eine Vielzahl unserer Bäuerinnen und Bauern erhalten werden.

2.1.2 EU-Agrargelder in Brüssel erkämpft!

Die EU-Agrargelder wurden mit geringsten Verlusten abgesichert und die nationale Kofinanzierung für die Ländliche Ent-

Bundesland	Wahltermin	% für Bauernbund	Mandate Bauernbund
Kärnten	06.11.2011	51,98%	20 von 36 Mandaten
Burgenland	10.03.2013	73,26%	23 von 31 Mandaten
Wien	10.03.2013	76,52%	16 von 20 Mandaten



ÖkR Gerhard Wlodkowski und Abg.z.NR Dipl.-Ing. Nikolaus Berlakovich beim agrarpolitischen Herbstauftakt 2012 in Wels.

wicklung konnte mit 50 Prozent im Regierungsprogramm festgeschrieben werden. Damit kann auch in Zukunft die regionale Versorgung mit Lebensmitteln erhalten bleiben.

2.1.3 GAP 2014–2020: Starke Land- und Forstwirtschaft abgesichert!

Mit den Neuregelungen in der gemeinsamen Agrarpolitik wurde durch einen sanften Übergang auf das Regionalmodell die Wettbewerbsfähigkeit unserer starken Land- und Forstwirtschaft abgesichert. Die Ländliche Entwicklung als Herzstück der heimischen Agrarpolitik wurde mit zukunftsorientierten Schwerpunkten neu gestaltet.

2.1.4 Nachhaltige Schweineproduktion in Österreich!

Die nachhaltige österreichische Schweineproduktion konnte mit der Neuregelung des Ferkelschutzkorbes gesichert werden.

2.1.5 Das Wochengeld für Bäuerinnen wurde mit 50 Euro täglich fast verdoppelt!

2.1.6 Massive Kostenbelastung bei Hofübergaben verhindert!

Unsere Bauernhöfe werden von Generation zu Generation weitergegeben. Damit dies den Jungübernehmern auch weiterhin möglich ist, wurden verschiedene neue Belastungen abgewehrt.

2.1.7 Absicherung von Basisdienstleistungen am Land!

Im Postgesetz wurde eine qualitativ hochwertige Versorgung der ländlichen Räume festgeschrieben und mit der vorgezogenen Breitbandinitiative wird ein zentraler Infrastrukturausbau für den ländlichen Raum als Regierungsschwerpunkt umgesetzt. In der Gesundheitsreform wurde der Erhalt der Bezirksspitäler als Stationen der Basisversorgung gesichert.

2.1.8 Selbstbestimmungsrecht beim GVO-Anbau!

Mit dem Selbstbestimmungsrecht beim Anbau von genetisch veränderten Organismen nimmt Österreich eine Vorreiterrolle beim gentechnikfreien Anbau ein.

2.1.9 Mehr Einkommen durch verstärkte Nutzung von Biomasse – Ausbau der erneuerbaren Energien!

Förderungen zur Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energie in Österreich mit dem Ausbau der Nahwärmeversorgung mittels Biomasse.

2.1.10 EU/USA-Freihandelsabkommen nicht zu Lasten der heimischen Qualitätsmittel!

Auf Initiative unserer EU-Parlamenta-

lerin Elisabeth Köstinger beschließt das EU-Parlament, dass die Themengentechnisch veränderte Organismen, Hormonfleisch und unterschiedliche Produktionsstandards im Agrarbereich bei den Verhandlungen besonders berücksichtigt werden müssen.

2.2. Arbeitsjahr 2014

- **Beschluss zum neuen Programm Ländliche Entwicklung 2014 bis 2020**, das Rechtssicherheit und Planbarkeit für die Landwirtschaft bringt.
- **Novelle zum Marktordnungsgesetz**, die Direktzahlungen auf Schiene bringt und gleichzeitig die Almproblematik löst – ein Meilenstein unter Landwirtschafts- und Umweltminister Andrä Rupprechter.
- Durch Höchstgericht-Urteil notwendig gewordene **Reparatur der Grunderwerbsteuer**, bei der es gelungen ist, den Einheitswert als Bemessungsgrundlage beizubehalten.
- **Pferdepauschalierungsverordnung**, die eine praxistaugliche Lösung für Pensionspferdehalter brachte.
- Lösung für Photovoltaik-Anlagen mit der **Neuregelung der Elektrizitätsabgabe**.
- **Kampf gegen neue Eigentumssteuern!**



Generalsekretär Dipl.-Ing. August Astl, Präsident Abg.z.NR ÖkR Ing. Hermann Schultes, Präsident Abg.z.NR ÖkR Jakob Auer, Vizekanzler Dr. Reinhold Mitterlehner, Bundesminister Dipl.-Ing. Andrä Rupprechter, Klubobmann Dr. Reinhold Lopatka und Direktor Dr. Johannes Abentung beim agrarpolitischen Herbstauftakt 2014 in Wien.

ÖVP Frauen

Tätigkeitsbericht der ÖVP Frauen Bundesleitung 2011–2014

Die Tätigkeiten der ÖVP Frauen waren in den vergangenen Jahren sehr vielfältig und immer getragen von den Landesorganisationen.

Seit Beginn ihrer Funktion ist die Bundesleiterin der ÖVP Frauen Abg.z.NR Dorothea Schittenhelm im Einsatz in den Bundesländern unterwegs. Unter dem Motto „Bundesländertage“ reiste sie in jedes Bundesland. Alle Besuche hatten einen Schwerpunkt: Firmenbesuche und Sozialeinrichtungen standen unter anderem auf dem Tagesprogramm, um im direkten Gespräch mit den Frauen vor Ort zu sein. Viele Gespräche und Diskussionen folgten mit den Damen bei Seminaren, Klausuren und zahlreichen Veranstaltungen.

Anlässlich der **Nationalratswahl 2013**

tere Veranstaltung war das Symposium über die Friedensnobelpreisträgerin und Europapolitikerin **Bertha von Suttner**, das die Bundesleitung anlässlich des Weltfrauentages 2014 mit Festrednerin Dr. Ursula Plassnik veranstaltete.

Das Veranstaltungsformat „**Starke Frauen – Starke Worte**“, der Talk der **ÖVP Frauen Wien**, etablierte sich seit 2011 sehr gut. Neben den Ministerinnen durften die Wienerinnen auch Elke Winkens, Eva Dichand und Joana Reiterer unter großem Interesse von jeweils rund 150 Besucherinnen begrüßen.

Eine Errungenschaft der **oberösterreichischen Frauen** ist der **Politiklehrgang für Frauen**. Politische Nachwuchsarbeit ist den ÖVP Frauen ein großes Anliegen. So haben bis jetzt



Abg.z.NR Dorothea Schittenhelm
Bundesleiterin

Über 1.000 Frauen konnten die **vorarlberger Frauen** im Rahmen ihrer diesjährigen Veranstaltungsreihe „**frauen.zeit.2014**“ erreichen.

Interessante Persönlichkeiten aus den verschiedensten Lebensbereichen stan-

Partei und im Parlament zu vermitteln und umzusetzen. Mit viel Durchsetzungskraft konnten wir vor allem in den



Einen großen Erfolg konnten die ÖVP Frauen bei der **kostenlosen HPV-**Impfung für Kinder von 9 bis 12 Jahren

JVP

Junge Volkspartei

Das Jahr 2011

- **Mai: YEPP Kongress in Berlin.** Der Internationale Sekretär der Jungen ÖVP Reinhard Bärnthaler wurde beim YEPP Kongress in Rom zum Vizepräsidenten der YEPP (Youth of the European People's Party) gewählt.
- **Juli/August: Sommertour der Jungen ÖVP.** Die Junge ÖVP nutzte den Sommer, um bei den Veranstaltungen, Aktionen und Events der Ortsgruppen in den Bundesländern unterwegs zu sein.
- **September: Generationenscan.** Um künftige Generationen nicht unfair zu belasten, setzte sich die Junge ÖVP für einen Generationenscan ein, der neue Gesetze auf ihre Nachhaltigkeit und Belastung für kommende Generationen überprüft. Mit dieser Forderung hat sich die JVP durchgesetzt.
 - **Oktober: Bundeskonferenz „Zusammen.Leben.Österreich“.** Unter dem Motto „Zusammen Leben“ fanden sich 150 Funktionärinnen und Funktionäre der Jungen ÖVP bei der Bundeskonferenz in Linz ein. In vier inhaltlichen Workshops diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über erfolgreiches Zusammenleben in Österreich.

Das Jahr 2012

- **Jänner: Internationaler Klub.** Über 80 JVP Mitglieder waren zu Gast

beim Internationalen Klub der Jungen ÖVP und diskutierten mit dem Präsidenten der Oesterreichischen Nationalbank Dr. Claus J. Raidl.

- **Jänner: Demokratiepaket.** Bundesobmann Sebastian Kurz wurde von BPO Dr. Michael Spindelegger mit der Ausarbeitung eines Demokratiepaketes zur Stärkung der Demokratie beauftragt.
- **Februar: Stopp ACTA.** Die Junge ÖVP distanzierte sich gemeinsam mit dem ÖAAB unter dem Motto „STOPP-ACTA“ gegen das ACTA-Abkommen und setzte sich so für die Freiheit im Internet ein.
- **März/April: Demokratiepaket.** Mit dem Format der Denkfabriken war die Junge ÖVP in ganz Österreich unterwegs und diskutierte mit den Funktionärinnen und Funktionären zum Thema Demokratie. In Workshops und Diskussionsgruppen wurden Inhalte für das Demokratiepaket der Jungen ÖVP ausgearbeitet.
- **April: Bundestag.** Am 14. April fand der Bundestag der Jungen ÖVP in Graz statt. Sebastian Kurz trat mit einem neuen Team an und wurde als Bundesobmann wiedergewählt. Inhaltlich stand der Bundestag ganz im Zeichen des Themas Demokratie. Das zuvor mit den Funktionärinnen und Funktionären ausgearbeitete Demokratiepaket zur Stärkung der Demokratie in Österreich wurde von den Delegierten einstimmig beschlossen.



Sebastian Kurz
Bundesobmann

- **Juli/August: Sommertour.** Die Junge ÖVP nutzte den Sommer wieder für eine Tour durch die Bundesländer, um Veranstaltungen und Events der Ortsgruppen zu besuchen.
- **September: Einsatz für die tägliche Turnstunde.** Gemeinsam mit dem Wirtschaftsbund setzte sich die Junge ÖVP für die tägliche Turnstunde an Österreichs Schulen ein, um mehr Bewegung und Sport für die Schülerinnen und Schüler zu ermöglichen.
- **Oktober: Movement Campaigning.** Wie bringt man die digitale Masse aus dem Web 2.0 dazu sich auch im echten Leben für eine Idee einzusetzen? Über dieses Thema informierten sich zahlreiche Funktionärinnen und Funktionäre der Jungen ÖVP beim Movement Campaigning Day der Jungen ÖVP.
- **Dezember: Einsatz für die Wehrpflicht und den Zivildienst.** Die Junge



Fotos: JVP, Glaser

ÖVP hat sich im Vorfeld der Volksbefragung über die Wehrpflicht und den Zivildienst für deren Erhalt eingesetzt. Die Initiative „Einsatz für Österreich“ wurde tatkräftig unterstützt und die Junge ÖVP war in ganz Österreich unterwegs, besuchte Kasernen und Zivildiensteinrichtungen und hat sich für die Beibehaltung eingesetzt.

und haben für die Anliegen der Jungen, gekämpft. Bei dieser Bustour hat die Junge ÖVP auch auf die Forderung nach einem Studententicket aufmerksam gemacht. Durch diesen Einsatz konnten über 100 000 Vorzugsstimmen für die Jugendkandidaten der Jungen ÖVP erreicht werden.

Das Jahr 2013

- **März: Wohnen leistbar machen.** Die Junge ÖVP setzte einen Schwerpunkt auf leistbares Wohnen für Junge und forderte eine Steuererleichterung auf das erste Eigenheim, die erste Wohnung von Jungen.
- **April: Österreich>KANN.** Bundesobmann Sebastian Kurz wurde von BPO Dr. Michael Spindelegger beauftragt, Ideen für das künftige Regierungsprogramm zu erarbeiten. In ganz Österreich wurden dazu Denkfabriken, sowie Diskussionsrunden unter dem Motto „Pizza&Politics“ abgehalten, um die Ideen der Jungen ÖVP zu sammeln.
- **Mai: YEPP Kongress in Sofia.** Stefan Schnöll wurde beim YEPP Kongress in Sofia zum Vizepräsidenten der YEPP gewählt.
- **Juni bis September: Nationalratswahlkampf.** Mit dem „Countdown 2013“ startete die Junge ÖVP ihre Kampagne für den Nationalratswahlkampf. Insgesamt 100 Kandidatinnen und Kandidaten der Jungen ÖVP waren unter dem Motto „Mehr Gewicht für die Jungen“ in ganz Österreich mit einer Bustour unterwegs



Das Jahr 2014

- **Jänner: Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres.** Bundesobmann Sebastian Kurz wird als Minister für Europa, Integration und Äußeres angelobt. Damit gibt es weiterhin eine starke Stimme für die Jungen in der Regierung.
- **April/Mai: Junges Europa.** Mit der Kampagne „Für ein junges Europa“ war die Junge ÖVP mit ihren 7 Jugendkandidaten im Wahlkampf für die Europawahlen in ganz Österreich unterwegs. Die Jugendkandidaten holten mit dem Slogan „Da steckt die EU dahinter“ positive Projekte der EU vor den Vorhang. Bei der Veranstaltung Coffee&Politics konnten 150 Gäste mit dem jetzigen Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker über ein Europa für Junge diskutieren.
- **Juni: NEIN zur Festplattenabgabe.** Die Junge ÖVP hat sich gegen die Einführung einer Festplattenabgabe in Österreich stark gemacht. Die Junge ÖVP sprach sich klar gegen eine neue Steuer auf Elektronikgeräte aus, die vor allem Junge stark belasten würde.



- **Juli bis September: Made by JVP.** Unter dem Motto „Made by JVP“ war die Bundesleitung der Jungen ÖVP den ganzen Sommer bei den Orts- und Bezirksgruppen der Jungen ÖVP unterwegs und holte erfolgreiche Projekte vor den Vorhang, die durch den Einsatz der Funktionärinnen und Funktionäre der Jungen ÖVP für Junge vor Ort realisiert werden konnten.
- **September/Oktober: Studententicket JETZT!** Die Junge ÖVP nahm den Unistart zum Anlass, um sich für ein Studententicket für alle unter 26 einzusetzen, mit dem die Studierenden von ihrem Wohnort zum Studienort im öffentlichen Verkehr fahren können. Die Junge ÖVP machte vor Universitäten und Fachhochschulen in ganz Österreich auf diese Forderung aufmerksam.
- **Oktober: Bundeskonferenz.** 200 Funktionärinnen und Funktionäre der Jungen ÖVP nahmen an der Bundeskonferenz unter dem Motto „Die Junge ÖVP. Tickt anders. Denkt weiter.“ in Krems teil. In Workshops zu den Themen Generationengerechtigkeit, Start-ups, Smart Cities und Freiwilligenarbeit wurden neue Ideen und Themen für die Junge ÖVP ausgearbeitet.



Österreichischer Seniorenbund

Österreichischer Seniorenbund

Leistungsprofil, Persönlichkeiten & Mitglieder

Seniorenbund als stabiler Partner der ÖVP-Parteifamilie: Andreas Khol seit 9 Jahren Bundesobmann!

Der Österreichische Seniorenbund (ÖSB) verzeichnet 2014 knapp 305.000 zahlende Mitglieder in ganz Österreich. Beratung und konkrete Lebenshilfe in den mehr als 2.200 Orts- und Bezirksgruppen, dazu umfassende Angebote zu Bildung, Sport, Kultur, Pensions-, Sozial- und Rechtsberatung in den neun Landesorganisationen und umfassende politische sowie gesellschaftliche Interessensvertretung durch die Bundesorganisation machen den ÖSB für seine Mitglieder höchst attraktiv. Dabei werden insbesondere Menschen der „Gewonnenen Generation“ angesprochen. Die „Gewonnene Generation“ ist zwischen 60 und 85 Jahre alt und ist so gesund, mobil, aktiv und produktiv wie keine Senioren-Generation vor ihnen. Sie sind umfassend interessiert – auch an der aktiven Mitgestaltung ihres Lebensumfeldes – und unterstützen ihre hochbetagten Familienmitglieder (ab ca. 85 Jahren). Zugleich unterstützen sie ihre Kinder und Enkel durch Zeit-, Sach- und Geldleistungen (3,18 Mrd. €/Jahr).

Personell ist der ÖSB stabiler Partner in der Familie der ÖVP: Beim 14. o. Bundesparteitag des ÖSB, der im September 2013 unter dem Motto „Nur mit uns Senioren ist ein Staat zu machen!“ in Wien stattfand, wurde NR-Präs.i.R. Univ.-Prof. Dr. Andreas Khol (seit 2005 ÖSB-Bundesobmann), mit 100 Prozent (!) der 300 Delegiertenstimmen als Bundesobmann (BO) bestätigt. Neben den statutarischen

BO-Stv. (d.s. die neun Landesobleute des ÖSB) wurden zu BO-Stellvertretern gewählt: LO LABg. Ingrid Korosec, Abg.z.NR Mag. Gertrude Aubauer und LO LT-Präs.a.D. Bgm.a.D. Herbert Nowohradsky. Als Bundes-Finanzreferent wurde Mag. Franz KARL wiedergewählt. Vom Bundesvorstand wurden bestätigt: Generalsekretär MdEP Heinz K. Becker, sowie seine beiden Stellvertreter Mag. Michael Schleifer und Susanne Walpitscheker.

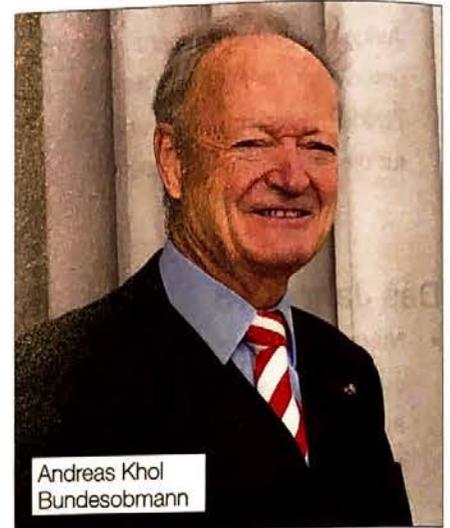
Land	Mitgliederstände 2014
Burgenland	11.426
Kärnten	11.606
Niederösterreich	67.641
Oberösterreich	80.400
Salzburg	28.358
Steiermark	37.915
Tirol	27.380
Vorarlberg	17.424
Wien	22.750
Gesamt	304.900

Statistik & Wahlergebnisse

**„Wer die Jungen hat, hat die Zukunft.
Wer die Alten hat, hat die Mehrheit.
Unsere ÖVP muss beides haben!“**

Mittlerweile stellen Österreichs Seniorinnen und Senioren die größte Wählergruppe. Dies verstärkt sich dadurch, dass die älteren Generationen zu einem größeren Anteil an Wahlen teilnehmen als jüngere Wahlberechtigte. Daher kamen bei den Nationalratswahlen 2013 und bei den Europawahlen 2014 mehr als 40 Prozent aller ÖVP-Stimmen von Menschen im Alter über 60. Das zeigt: Ohne Seniorinnen und Senioren ist heute keine Mehrheit mehr zu machen!

Der Seniorenbund leistet dabei in jeder Wahlbewegung seinen wertvollen



Andreas Khol
Bundesobmann

Beitrag: Kandidatinnen und Kandidaten des ÖSB finden sich auf allen Listenebenen und engagieren sich umfassend in der Wahlwerbung. Zukunftsweisende Programmentwicklung des ÖSB wird in die Wahlprogramme der ÖVP eingearbeitet und regelmäßig legislativ umgesetzt. Im gesamten Betrachtungszeitraum stellte der ÖSB mit BO-Stv. Mag. Gertrude Aubauer die ÖVP-Seniorensprecherin im Nationalrat.

Positionen & Projekte

„Aktivieren statt Pensionieren“ als wichtiger Schlüssel zum Erhalt der sozialen Systeme!

Seit 2011 startete der ÖSB mit einem Arbeitsschwerpunkt zu nötigen Pensions-Reformen. Dabei wurde in Partnerschaft mit anderen Organisationen – u.A. Junge Industrie (2011), alle Teilorganisationen der ÖVP (2012) – ein Weg aufgezeigt, wie Österreichs Pensionssystem zukunftsfit gestaltet werden kann. Bis heute umgesetzt: Vorschläge zur de-facto Abschaffung der sog. „Hacklerregelung“, Umstellung aller seit 1955 Geborenen auf das „Neue Pensions-

konto“ (als Teilerfüllung der Strategie „ASVG für Alle bis 2025“), der Grundsatz „Aktivieren statt Pensionieren“ (bisher befristete Invaliditätspensionen für Menschen unter 50) sowie ein umfassendes AMS-Paket für ältere Arbeitssuchende. Offen geblieben sind: Einführung einer attraktiven Bonuspension für Weiterarbeiten nach 60/65, Abschaffung der Pensionsversicherungsbeiträge für erwerbstätige Pensionisten (nach 60/65), raschere Angleichung des gesetzlichen Frauenpensionsalters an jenes der Männer, Einführung einer fairen „Teilpension“. Viele dieser Punkte finden sich im aktuellen Regierungs-Programm und werden vom ÖSB weiterhin aktiv eingefordert.

Die weitere Arbeit des ÖSB umfasst den Pflegebereich, wo Reformvorschläge zur Effizienzsteigerung bei Pflege-Sachleistungen erarbeitet wurden. Während dieser Punkt bis heute offen ist, wurde der vom ÖSB 2010 entwickelte Pflegefonds per 2011 umgesetzt. Im Zuge dessen gelang beginnend mit 2012 die Reform der Verwaltung der Pflege-Geldleistungen: Von zuvor mehr als 300 zuständigen Stellen konnte auf heute nur noch fünf zuständige Stellen reduziert werden. Damit wurde dem ÖSB-Grundsatz „Geld zu den Menschen, statt in verzapfte Strukturen!“ voll entsprochen.

Einen weiteren Fokus bilden gesellschaftliche Leistungen der Älteren. Im Auftrag des Seniorenbundes werden dazu jährlich von GfK-Austria umfassende Studien mit wechselnden Themen-Schwerpunkten und jeweils mehr als 1.000 Befragten im

Alter über 60 erstellt. Die Ergebnisse werden laufend in Pressekonferenzen, Expertentagungen, über die ÖSB-Homepage www.seniorenbund.at (Relaunch 2013) u.ä. bearbeitet. Daraus ergänzen sich die Arbeitsprogramme des ÖSB: aus dieser Arbeit kommen die „Orientierungskurse zum Pensionsantritt“, Überlegungen zur Stärkung der Freiwilligenarbeit für Ältere und die beliebten Gedächtnisübungen „Kopfnüsse“. Wöchentliche Verbreitung finden diese Inhalte über den „Seniorenbund-Info-Service“ (SIS), der digital an mehr als 10.000 Personen wöchentlich versendet wird und monatlich an mehr als 2.000 nicht online-fähige Personen per Post ergeht. Fest steht: Keine Gesellschaft Europas kann sich heute leisten, die Potenziale der Älteren ungenutzt zu lassen.

Wichtig auch die Programme zum Lebensalltag der Älteren: die Nutzung des „Handwerkerbonus“ auch für



Barrierefrei-Umbauten, die Förderung von neuer Technik für den Verbleib zu Hause (Ambient Assisted Living), Programme zur Mobilitätsförderung und insbesondere die „Seniorenbund-Sparrechnung“, mit der sich Senioren-Haushalte bis zu 900,- €/Jahr sparen können, gehören zu diesen Lebenshilfe-Programmen.

Insgesamt gilt der ÖSB-Grundsatz: „Senioren bestimmen bei jedem Thema mit“. Auf Pensions- und Pflegethemen lässt man sich im ÖSB schon lange nicht mehr begrenzen.

Internationale Aktivitäten

Generalsekretär Heinz K. Becker seit 2011 erfolgreich im Europaparlament (EP)

Den „langen Marsch der Senioren in alle Institutionen“ setzte der ÖSB 2011 mit dem Einzug seines Generalsekretärs, Heinz K. Becker, in das Europaparlament fort. Becker ist auch nach seiner Wiederwahl 2014 Europas einziger Senioren-Vertreter im EP, und gründete als Vizepräsident der Europäischen Seniorenunion (ESU) im Herbst 2014 die MEP-Gruppe „Freunde der ESU“. Er setzt als Sozial- und Sicherheitssprecher der ÖVP im EP erfolgreich wichtige Akzente auf europäischer Ebene. Neben dem Engagement in der ESU erarbeitet der ÖSB im jährlichen „3-Länder-Treffen“ der Senioren gemeinsam mit den Seniorenorganisationen von CDU, CSU und der Südtiroler Volkspartei grenzüberschreitende Senioren-Programme.

Österreichischer Wirtschaftsbund

Hand in Hand mit unserem unternehmerischen Mittelstand

Der unternehmerische Mittelstand trägt unser Land! Die Klein- und Mittelunternehmen sind mit 2 Mio. Mitarbeitern der größte Arbeitgeber Österreichs. Sie bilden 100.000 Lehrlinge aus, tätigen 22 Mrd. Euro an Bruttoinvestitionen und leisten 105 Mrd. Euro an Bruttowertschöpfung. Und es ist der unternehmerische Mittelstand, der mit seinen Steuern und Abgaben den Großteil unseres Sozialsystems finanziert. Wir haben es der Stabilität und dem Verantwortungsbewusstsein unserer Unternehmer, wie auch dem erfolgreichen Mix von kleinen und großen Betrieben, zu verdanken, dass trotz Krise neue Arbeitsplätze geschaffen wurden und Österreich weiterhin ein Land mit Wachstum und Wohlstand ist.

Für diese Leistungen gebührt den heimischen Unternehmern der Respekt und die Anerkennung, die sie verdienen. Damit der unternehmerische Mittelstand auch in Zukunft der Erfolgsgarant unseres Landes sein kann, braucht Österreichs Wirtschaft die besten Rahmenbedingungen für erfolgreiches Wirtschaften, unternehmerische Freiheit und nachhaltiges Wachstum. Der Österreichische Wirtschaftsbund hat sich in den vergangenen Jahren erfolgreich für zahlreiche Verbesserungen eingesetzt: Eigentumssteuern abgewehrt, Unternehmer-Belastungen verhindert (Überstunden-Strafeuro, Arbeitszeitverkürzung, Wertschöpfungsabgabe etc.), Reparatur der Grunderwerbssteuer im Sinne der Übertragung von Unternehmen im Familienverband gesichert, uvm. Auch die soziale Absicherung für Selbstständige konnten wir deutlich verbessern.

Konkrete Unterstützung für österreichische Unternehmen in harten Zeiten

In herausfordernden Zeiten hat der Österreichische Wirtschaftsbund klare Impulse zur Belebung des unternehmerischen Mittelstandes gesetzt: Nach langjährigem Wirtschaftsbund-Einsatz werden die Lohnnebenkosten erstmals nicht erhöht, sondern gesenkt. Auch der AUVA-Beitrag wird seit Juli 2014 um 0,1%-Punkte gesenkt. 2015 erfolgt eine weitere Senkung um 0,1%-Punkte bei den Insolvenzentgeltfonds-Beiträgen. Damit werden die Lohnnebenkosten um insgesamt 200 Millionen Euro gesenkt.

Gleichzeitig haben wir wichtige Konjunktur-Impulse umgesetzt: Die Einführung des Pilotprojekts „Handwerkerbonus“ hat sich als Erfolg bewiesen. Die thermische Sanierung wird fortgesetzt. Und die Schwellenwertverordnung wird wieder verlängert – eine zentrale Maßnahme für die regionale Wirtschaft.

Neugründungen erleichtert und attraktiviert

Unternehmergeist zu fördern, ist ein wichtiges Anliegen für den Österreichischen Wirtschaftsbund. Durch die GmbH-Reform (Herabsenkung des Start-Mindestkapitals auf 10.000 Euro) sind Gründungen erleichtert worden. Gleichzeitig werden Neugründer mit der Lohnkosten-Befreiung für den ersten Mitarbeiter unterstützt. Der Erhalt



des Gewinnfreibetrages garantiert die diesbezügliche Gleichstellung von Arbeitnehmern und Selbstständigen weiterhin.

Innovationsprozess „Create³²“

Innovationen sind unsere Zukunftsvorsorge. Um Österreich als attraktiven Standort weiterhin an der Spitze zu halten und unsere Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, hat der Österreichische Wirtschaftsbund im Jahr 2012 den „Create³²“-Prozess gestartet: 48 Querdenker aus 15 Ländern und den verschiedensten Lebensbereichen (Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Kunst etc. haben gemeinsam die „Vision für den innovativen Wirtschaftsstandort in 20 Jahren“ erarbeitet. Ziel des Create³²-Prozesses ist es, Österreich langfristig und neu zu denken – mit intensiver internationaler Beteiligung. Ergebnis des auf „Open Innovation“ basierenden Prozesses sind 20 Maßnahmen für ein modernes, innovatives Österreich. Höhepunkte im Jahr 2012 waren der

„Future Lab“ in Tirol und die beiden „Policy Labs“.

Initiative Mittelstand

Der unternehmerische Mittelstand ist das Herz und das Rückgrat Österreichs. Der Österreichische Wirtschaftsbund setzt sich dafür ein, dass das auch so bleibt. Darum haben Präsident Christoph Leitl und Generalsekretär Peter Haubner im Herbst 2014 die „Initiative Mittelstand“ gestartet: www.initiative-mittelstand.at. Ziel der Initiative ist aufzuzeigen, was Österreichs Unternehmer für uns alle tagtäglich leisten und was sie brauchen, um auch in Zukunft Arbeitsplätze, Wachstum und Wohlstand schaffen zu können. Höhepunkt der Initiative war der 1. Österreichische Mittelstandskongress Anfang November 2014, wo zahlreiche „Mittel-

standsfighter“ wie auch nationale und internationale Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft gemeinsam Situation und Anliegen des Mittelstandes diskutierten.

ARGE_WB

Wirtschaftsbund-Generalsekretär, Abg.z.NR und ÖVP-KO-Stv. Peter Haubner wurde als Vorsitzender der ARGE_WB bestätigt. Die Arbeitsgemeinschaft Wirtschaftsbund besteht aus den Nationalrats-, Bundesrats- und Europaabgeordneten des Wirtschaftsbundes und ist die starke Vertretung der heimischen Unternehmer im Parlament. Einer der Schwerpunkte in den vergangenen Jahren war unter anderem die weitere Vernetzung auf europäischer Ebene und regelmäßige Arbeitsbesuche im EU-Parlament.

18. Ordentliche Generalversammlung des Österreichischen Wirtschaftsbundes

Christoph Leitl wurde am 10. März 2012 im Rahmen einer Generalversammlung in Salzburg für weitere vier Jahre zum Präsidenten des Österreichischen Wirtschaftsbundes wiedergewählt. Weiters wurden sechs Stellvertreter gewählt: Präsident Jürgen Bodenseer aus Tirol, Präsident Josef Herk aus der Steiermark, Nationalrätin Brigitte Jank aus Wien, Bundesspartenobfrau Bettina Lorentschitsch aus Salzburg, WB-Obmann Franz Pacher aus Kärnten und Präsidentin Sonja Zwanzl aus Niederösterreich.

ÖVP Burgenland

Demokratie braucht Mut.

Demokratie braucht Mut. Unter diesem Motto geht die ÖVP Burgenland neue Wege. Ob in der Kommunikation, bei der innerparteilichen Demokratie, bei der Öffnung der Partei oder in den Verhandlungen um eine neue Landesverfassung – die burgenländische Volkspartei beweist Mut und Kraft zu Veränderungen.

Das neue ÖVP-Haus.

Die ÖVP Burgenland hat in der Ing. Julius Raab-Straße in Eisenstadt eine komplett neue Parteizentrale errichtet und 2012 eröffnet. Es ist ein modernes Bürogebäude für die Mitarbeiter und gleichzeitig ein offenes Servicezentrum für die Bevölkerung und Funktionäre. Uns war besonders wichtig, dass unsere Mitarbeiter von Anfang an in alle Pläne, die Raumnutzung und vor allem die künftigen Arbeitsbedingungen betreffend, eingebunden sind. Auf insgesamt 600m² Nutzfläche haben alle bisherigen Teilorganisationen und Büros wieder eine gemeinsame Heimat gefunden.

Gemeinderatswahl 2012.

Die Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen 2012 waren in Summe sehr erfolgreich für unsere Spitzenkandidaten und damit für die ÖVP Burgenland. Wir haben



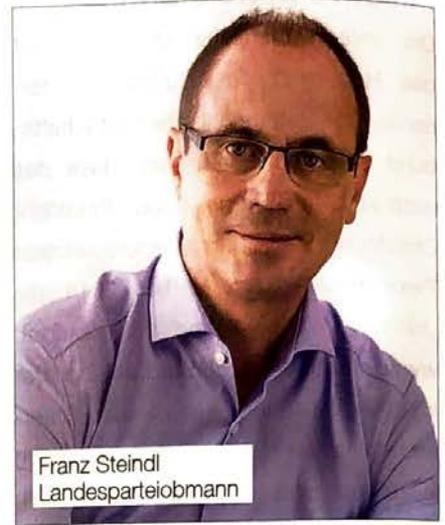
unsere 79 Bürgermeister halten können, uns trennen nur noch acht Bürgermeister von der SPÖ. In der Vorbereitung gab es ein speziell auf Gemeindefunktionäre zugeschnittenes Programm in Kooperation mit der Kommunalakademie Burgenland, inklusive Coachings der Spitzenkandidaten, Vorbereitung auf die Medienarbeit und die Arbeit in den Gemeindeausschüssen. Das perfekte Teamwork war Grundlage für den Erfolg in den Gemeinden.

Ja zur Wehrpflicht.

6 von 10 Österreichern haben am 20. Jänner 2013 für die Wehrpflicht gestimmt. Das ist nicht nur ein klares Bekenntnis zu Wehrpflicht, Zivildienst und Katastrophenschutz – das war auch ein deutliches Zeichen für die Mobilisierungskraft der ÖVP und ihrer Funktionäre. 50,5 Prozent der Burgenländer stimmten für die Beibehaltung der Wehrpflicht. Dieses Ergebnis ist insbesondere bemerkenswert, da der damalige SPÖ-Verteidigungsminister Norbert Darabos somit auch auf heimathem Boden eine Niederlage einfuhr.

Nationalratswahl 2013.

Auch wenn österreichweit das Ergebnis durchwachsen ist, kann im Burgenland ein erfreulicheres Resümee gezogen werden: Die ÖVP Burgenland liegt mit ihrem Ergebnis deutlich über dem Bundesergebnis und hat weniger Stimmen verloren als die SPÖ Burgenland. Die Gründe für dieses relativ gute Ergebnis liegen in der Organisationskraft und bei den engagierten Kandidatinnen und Kandidaten, die bis zuletzt im ganzen Land unterwegs waren. Ein weiterer Grund ist, dass die ÖVP die Partei der Jugend ist: 150 Jugendliche,



unsere „Gelben Engel“, waren in den letzten Wochen des Wahlkampfes unterwegs und haben unsere Kandidaten bei ihren Einsätzen begleitet.

EU-Wahl 2014.

Burgenlands Spitzenkandidat Patrik Fazekas erreichte im Burgenland mehr als 5.500 Vorzugsstimmen. Österreichweit erzielt er mit rund 5.980 Stimmen sogar das viertbeste Vorzugsstimmenergebnis innerhalb der ÖVP. Das Ergebnis des 24-jährigen Neutalers hat alle Erwartungen weit übertroffen. Zum Vergleich: Der burgenländische SPÖ-Spitzenkandidat erreichte weniger als 2.200 Vorzugsstimmen.

Abschaffung des Proporz.

Wer etwas verändern will, braucht Mut – und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Gemeinsam mit allen im Landtag vertretenen Parteien hat die ÖVP Burgenland in den vergangenen Monaten intensiv über eine Modernisierung unserer Verfassung verhandelt. Das Ergebnis ist eine Verfassungsreform, die ihren Namen wirklich verdient: Sie bringt mehr

Demokratie, mehr Kontrolle und mehr Transparenz – eine gute Lösung für das Burgenland. Auch die Abschaffung des Regierungsproporz ist ein Teil des Gesamtpaketes: Für mehr Freiraum im Landtag und bei den Koalitionsverhandlungen, für eine gute sachpolitische Arbeit für alle Burgenländer. Wir konnten bei den Verhandlungen viele unserer Positionen durchsetzen. Das Gesamtpaket ist der gemeinsame Nenner, jede Partei hat sich bewegt. Diese Verfassungsreform ist nicht nur ein mutiger und wichtiger Schritt für das Burgenland. Sie gibt auch uns als ÖVP Burgenland die Chance, unser Profil langfristig zu stärken: Als die Partei, die für die Menschen im Burgenland arbeitet und den Mut hat, etwas zu verändern.



Franz Steindl gibt mit Patrik Fazekas, Christian Sagartz und Christoph Wolf den Startschuss für „frei[raum]volkspartei“, dem größten Programmprozess in der Geschichte der ÖVP Burgenland.

Urabstimmung.

LH-Stv. Franz Steindl hat sich im April 2014 einer parteiinternen Urabstimmung gestellt. Von 27.216 wahlberechtigten ÖVP-Mitgliedern gaben 15.672 (57,58 Prozent) die Stimme ab und konnten entscheiden, wer Spitzenkandidat bei der Landtagswahl 2015 wird. Franz Steindl erhielt 87,06 Prozent, für seinen Herausforderer votierten 12,94 Prozent.



Landesrat Andreas Liegenfeld, Landesrätin Michaela Resetar, LH-Stv. Franz Steindl und Klubobmann Rudolf Strommer.

Die Urabstimmung ist österreichweit einzigartig und ein mutiger Schritt in Richtung mehr innerparteilicher Demokratie. Andere reden von direkter Demokratie, wir in der ÖVP Burgenland leben sie.

frei[raum]volkspartei.

Unter dem Titel „frei[raum]volkspartei“ läuft derzeit der größte Programmprozess in der Geschichte der ÖVP Burgenland. Die Burgenländer sollen mitreden können, wenn es um wichtige Zukunftsfragen für unsere Heimat geht. Nach der österreichweit ersten Urabstimmung einer Partei, bei der alle Mitglieder den Spitzenkandidaten für die Landtagswahl bestimmten, und dem Beschluss eines modernen Vorwahlstatutes, bei dem bereits 20 Mitglieder einen Kandidaten vorschlagen können, geht die burgenländische Volkspartei somit die nächsten Schritte. In vier Schritten ist der Programmprozess aufgebaut: informieren, mitreden, mitdenken und mitschreiben. Unter dem Titel „informieren“ bietet die ÖVP-Homepage www.oevp-burgenland.at künftig noch mehr Möglichkeiten, sich umfassend über aktuelle Themen

und die ÖVP Burgenland selbst zu informieren. Unter „mitreden“ gehen wir den nächsten Schritt in Richtung Aufwertung der Mitgliedschaft: Alle rund 28.000 Mitglieder im Burgenland, deren E-Mail-Adresse wir haben, können an regelmäßigen Umfragen zu aktuellen Themen bei Inhalten und Entscheidungsprozessen innerhalb der ÖVP mitreden. „mitdenken“ ist die bewusste Einladung an alle Burgenländerinnen und Burgenländer, sich in Focusrunden an der Diskussion zu Programnteilen zu beteiligen. Der Schritt „mitschreiben“ ist eine Einladung an alle, die lieber schreiben statt reden. Unser Programm für das Burgenland hat ein Ziel: Das Beste für die Menschen im Burgenland. Deshalb dürfen die Burgenländer bei unserem Programm auch ein Wörtchen mitreden – und mitschreiben. Der Prozess wird ganz bewusst von den Jungen in der ÖVP Burgenland getragen: ÖVP-Landesgeschäftsführer Christian Sagartz trägt die Gesamtverantwortung für den in mehrere Elemente unterteilten Prozess. ÖVP-Jugendsprecher Christoph Wolf und JVP-Landesobmann Patrik Fazekas moderieren und gestalten den Programmprozess, sammeln die Ergebnisse und bringen diese in die Partei ein.

Kärntner Volkspartei

Überzeugung umsetzen

Herausfordernde Zeiten erfordern entschlossenes Handeln und mutige Maßnahmen. Drei besonders ereignisreiche, herausfordernde und arbeitsintensive Jahre liegen hinter der Kärntner Volkspartei.

Die Volkspartei als Reformmotor

Unter dem Motto „Sanieren und Investieren“ ist die Kärntner Volkspartei seit 2009 inhaltlicher Taktgeber in der Kärntner Landesregierung. Oberstes Ziel der Reformarbeit ist die nachhaltige Entschuldung des Landes und die für das Land notwendigen Reformen voranzutreiben. „Sparen in der Struktur und Investition in die Bürger“ lautet die Leitlinie der Reformarbeit. Insbesondere in den Jahren 2011 und 2012 wurden mit klarer Handschrift der Kärntner Volkspartei wichtige Landesreformen – von der Verwaltungs- und Personalreform über die verschlankten Landesgesellschaften bis hin zum modernen Tourismusgesetz, der Stärkung der Gemeinden oder dem gesetzlichen Ziel des Nulldefizits im Landesbudget – umgesetzt, die nur auf Druck der ÖVP eingeleitet wurden. Allein in den von der Kärntner Volkspartei geführten Referaten konnten so mehrere Millionen nachhaltig und sinnvoll in den Strukturen gespart werden, welche wieder für nachhaltige Projekte und somit als Investitionen zum Setzen von wirtschaftlichen Impulsen zur Verfügung stehen.

Durch den konsequenten Sanierungskurs der Kärntner Volkspartei konnte 2011 die Neuverschuldung des Landes drastisch gesenkt werden. Der Abgang gegenüber den Budgetprognosen wurde mehr als halbiert. Um nachhaltige Impulse zu set-

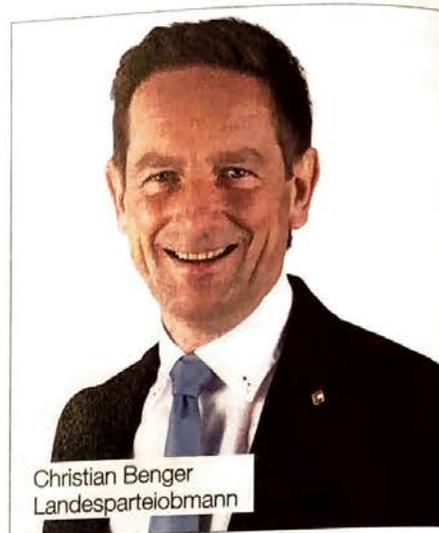
zen, wurde eine gesetzliche Schuldenbremse – das Budgetkonsolidierungsgesetz – durch die Kärntner Volkspartei initiiert und beschlossen.

Die Tourismus-Struktur wurde durch die Schaffung eines neuen, modernen Tourismusgesetzes, welches den Unternehmen die Entscheidungskompetenz und damit die Verantwortung für die künftige Entwicklung des Kärntner Tourismus in die Hand gibt, entpolitisiert. Weniger Bürokratie und mehr unternehmerische Verantwortung zeichnen den Kärntner Tourismus nunmehr aus. Auf Initiative der ÖVP wurde das erste Kärntner Badehaus gebaut – eine wetterunabhängige Alternative als Pilotprojekt für alle anderen Kärntner Seen, so konnte man Angebote für die Nebensaisonen schnüren.

Mit Hilfe der Exportoffensive erreicht Kärnten erstmals einen Außenhandelsüberschuss von 1 Milliarde Euro. Mit Konjunkturpaketen werden Hochbauten und Sanierungen in den Gemeinden forciert. Mit der Kraft der Sonne und der neuen Förderung für Photovoltaikanlagen auf Industriedächern und öffentlichen Gebäuden erzeugen wir selbst Strom. Erstmals wurden Elektrofahrzeuge für Gemeinden gefördert.

Auch die Verwaltungsreform in der Kärntner Landesregierung wurde durch die Volkspartei maßgeblich vorangetrieben. Aus 19 Abteilungen wurden zehn Kompetenzzentren geschaffen, die Pragmatisierung im Landesdienst wurde abgeschafft und die Pensionsreform im Landesdienst beschlossen.

Im Zuge dieser Reformen ist es auf Initiative der Volkspartei gelungen,



Konjunkturpakete für die Gemeinden zu schaffen, den Schulbaufonds finanziell aufzustocken und in den Kommunen in und nach der Wirtschaftskrise zu helfen. Durch die Aufstockung der Mittel im Schulbaufonds entstehen in den Tälern und Gemeinden Bildungszentren. Betreuung vom Kindergarten bis zur Hauptschule unter einem Dach ist sinnvoll, effizient und sichert die Standorte ab. Den größten Reformprozess hat die Kärntner Volkspartei mit dem Gemeindekonvent gestartet. Aus diesem umfangreichen Diskussionsprozess mit moderierter Bürgerbeteiligung werden nun Zug um Zug Anpassungen im Gemeindeorganisationsgesetz vorgenommen.

Die Kärntner Volkspartei geht Richtung Zukunft

Nach über 55 Jahren siedelte die Landesparteileitung Anfang 2012 aus den alten Räumlichkeiten in neue, moderne, helle und kommunikative Räumlichkeiten, in welchen fortan die Kräfte der Volkspartei und unserer Teilorganisationen effizient und kostensparend unter einem Dach gebündelt sind. Das erste Halbjahr der Parteiarbeit 2012 stand ganz im Zeichen



des professionellen Aufbaus und der Stärkung der Gemeindeparteien mit Hinblick auf die Gemeinderatswahlen 2015. Exakte Planung, Zielsetzung und strategische Vorbereitung sind wichtige Eckpfeiler für zukünftige Erfolge. Das Angebot an Strategieklausuren bot ein starkes Fundament für den Neuaufbau, die Statusanalyse oder jährliche Klausurveranstaltungen legen den Grundstein für die Zukunft jeder Gemeindepartei. Mit dem Jugend- und Frauenmentoring setzte die Kärntner Volkspartei ein wichtiges Signal für nachhaltige Nachwuchsarbeit.

Systemwechsel für Kärnten

Nach dem Rücktritt von Dr. Josef Martinz als Landesrat im Jänner 2012 übernahm zwischenzeitlich Mag. Achill Rumpold die Regierungsarbeit der Kärntner Volkspartei. Mit der endgültigen personellen Neuausrichtung wurde Nationalrat Gabriel Obernosterer im Oktober 2012 mit 96,55 Prozent beim außerordentlichen Landesparteitag zum Landesparteiohmann gewählt, nachdem er im Frühsommer nach dem Rücktritt von Josef Martinz die Parteiführung geschäftsführend übernommen hatte. Ebenso wurde Mag. (FH) Josef Anichhofer zum Landesgeschäftsführer bestellt, Ferdinand Hueter übernahm die Führung im Landtagsclub und Dr. Wolfgang Waldner, damals Staatssekretär im Außenminis-

terium, wurde im September 2012 als Regierungsmitglied angelobt.

Die personelle und inhaltliche Neuausrichtung war davon geprägt, einen politischen Systemwechsel in Kärnten herbeizuführen. Das endgültige Ende der Koalition mit den Freiheitlichen, die personelle Erneuerung der Partei und der Weg zurück zur sachlichen Arbeit war der neue klare Kurs unter Parteiohmann Gabriel Obernosterer.

Bei der Landtagswahl 2013 wurden die politischen Machtverhältnisse in Kärnten deutlich geändert: Die Kärntner Volkspartei erreichte 14,4 Prozent der Wählerstimmen (-2,4 Prozent). Auf Initiative der Jungen ÖVP kam erstmals ein parteiinternes Vorzugsstimmensystem zur Anwendung.

In der Folge wurde österreichweit die erste Drei-Parteien-Koalition als Reformpartnerschaft für unser Bundesland gegründet. Als ein Kernpunkt der neuen Koalition gilt die Abschaffung der Proporzregierung im Rahmen einer umfassenden Verfassungsreform, in welcher die Oppositionsrechte im Landtag gestärkt und der Landtag als gesetzgebende Institution eine Aufwertung erfahren müssen.

Unter dem Motto „Klartext. In Kärnten. In Wien“ ging Gabriel Obernosterer mit seinem Team in die Nationalratswahl 2013, bei welcher die Kärntner Volkspartei mit 15,2 Prozent der Wählerstimmen ein

Plus von 0,7 Prozent erreichen konnte. Bei der Wahl zum Europäischen Parlament im Mai 2014 konnte die Volkspartei mit 19,9 Prozent (-0,8 Prozent) ein respektables Ergebnis erzielen. Die Kärntner Spitzenkandidatin und EU-Abgeordnete Elisabeth Köstinger erreichte sensationelle 58.835 Vorzugsstimmen und vertritt damit weiterhin die Interessen des ländlichen Raumes in Brüssel.

Mit frischem Wind in Richtung 2018+

Beim offenen Landesparteitag im Frühsommer 2014 wurde ein Generationenwechsel in der Kärntner Volkspartei eingeläutet. Dipl.Ing. Christian Benger, der Gabriel Obernosterer als Parteiohmann und Wolfgang Waldner als Landesrat nachfolgte, wurde mit 96 Prozent der Stimmen gewählt. Über 1.000 Freunde der Kärntner Volkspartei signalisierten in Anwesenheit von Bundesparteiohmann Dr. Michael Spindelegger, Außenminister Sebastian Kurz und Landwirtschaftsminister Andrä Rupprechter Geschlossenheit und Aufbruchsstimmung.

Neben der Abhaltung eines offenen Parteitages, zu dem jeder Funktionär eingeladen war, setzte Dipl.Ing. Christian Benger mit der Direktwahl von Parteimitgliedern in den Landespartei Vorstand eine erste wichtige Initiative zur Öffnung unserer Kärntner Volkspartei und zur stärkeren Einbindung der Funktionäre im Führungsgremium.

Mit dem klaren Ziel 2018+, d.h. mehr Stimmen, mehr Gewicht, mehr Verantwortung, geht die Kärntner Volkspartei auf Basis ihrer klaren Werte in die Zukunft. „Wir werden uns mutig und energisch für eine positive Entwicklung Kärntens stark machen und unsere Überzeugungen umsetzen“, blickt Christian Benger entschlossen in die nächsten Jahre.

ÖVP Niederösterreich

Volkspartei Niederösterreich

Am 3. März 2013 konnten Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll und das Team der Volkspartei Niederösterreich zum 3. Mal in Folge eine absolute Mehrheit bei Landtagswahlen erreichen. Ein Ergebnis von 50,8 Prozent entgegen allen Prognosen und entgegen dem Motto „Alle gegen einen“. Vor einem Jahr war der 5er für viele eine Sensation, heute ist er ein Solitär, der täglich an Wert gewinnt und weiterhin klare Verhältnisse sowie rasche Entscheidungen möglich macht.

Wir können uns die Zukunft nicht aussuchen, wie wir damit umgehen jedoch sehr wohl. Daher haben wir jene Maßnahmen gesetzt mit denen wir unser Land weiter voran gebracht haben – indem wir stets danach getrachtet haben, voraus zu denken. Denn jeder Schritt, den wir gesetzt haben und den wir weiter setzen werden, muss den Menschen zuliebe und dem Land zugute erfolgen.

Wesentliche Basis und Grundlage für Lebensqualität und Wohlstand sind eine funktionierende Wirtschaft sowie eine vorausschauende Standortpolitik. Im Fokus unserer Anstrengungen stehen einerseits die Klein- und Mittelbetriebe, die 92 Prozent der NÖ Unternehmerlandschaft darstellen, und damit andererseits die Sicherung bzw. das Schaffen von Arbeitsplätzen in den Regionen. Die Exportwirtschaft ist für NÖ ein wesentlicher Konjunktur- und Job-Motor. Mit Schwerpunktsetzungen in Top-Wirtschaftsmärkte mit hohen Wachstumschancen haben wir die Exporte erheblich steigern können.

Wir setzen in unserer Arbeit gezielt auf Wissenschaft, Forschung und Innovati-

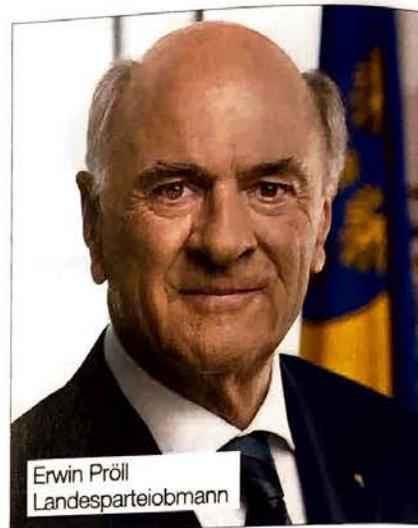
on, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes zu stärken und erstklassige Zukunftschancen für unsere Jugend zu schaffen. Ziel ist, NÖ zur Heimat der Talente und zum Land der Patente zu machen. Im Jahr 2011 wurde eine eigene Wissenschaftsabteilung im Land NÖ eingerichtet, 2014 wurde das „Jahr der Wissenschaft“ ausgerufen.

Das Wohl der Menschen steht im Mittelpunkt unserer Arbeit und Anstrengungen. In NÖ können die Menschen auf soziale Wärme zählen. Rund 50 Prozent des Landesbudgets werden für Soziales und Gesundheit bereitgestellt. Wir sehen uns in NÖ als Partner der Familien und nicht als Vormund der Eltern. Familien erhalten Begleitung und Unterstützung durch maßgeschneiderte Maßnahmen. Die Wahlfreiheit ist für uns ein zentrales Anliegen.

Kunst, Kultur und unsere Geschichte haben in NÖ ebenfalls einen hohen Stellenwert. Wir machen sie in allen Regionen des Landes erlebbar. Kultur schafft Arbeit für viele und Werte für alle. Durch unser breites Kulturangebot können wir jährlich mehr als 12.000 Arbeitsplätze direkt und indirekt schaffen bzw. sichern. Kunst und Kultur sind heute Tourismusmagnet und zugleich auch Ausdruck tiefer Verbundenheit mit unserem Land.

Landesparteitag

Am 12. Mai 2012 wurde unser Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll am 44. Landesparteitag der Volkspartei Niederösterreich in Böheimkirchen mit 98 Prozent der Delegiertenstimmen zum sechsten Mal in Folge zum Landesparteibmann gewählt. Seine Stellvertreterinnen wurden im



Rahmen dieser Wahl Landesrätin Barbara Schwarz und Pöchlarns Vizebürgermeisterin Renate Scheichelbauer-Schuster. Beide Stellvertreterinnen wurden neu in diese Positionen gewählt. Unter dem Motto „Auf neuen Wegen zu unserem Programm“ wurde am Landesparteitag gleichzeitig ein neuer Programmprozess gestartet. Das Ziel war nicht die Erstellung eines Wahlprogrammes im herkömmlichen Sinn, sondern die Erarbeitung einer konkreten Handlungsanleitung für die nächste Legislaturperiode.

Programmarbeit

In Vorbereitung auf die Landtagswahl wurde ein Arbeitsprogramm für die Jahre 2013–2018 erarbeitet. Aus allen 21 Bezirken und von den Teilorganisationen wurden Themenbotschafterinnen und Themenbotschafter zu fünf Programmprozessveranstaltungen entsandt, die sich mit ihrem Fachwissen einbrachten. Unterstützt wurden sie dabei von Expertinnen und Experten aus der Praxis.

Mitgearbeitet haben mehr als 400 Menschen aus dem ganzen Land, die tausende Punkte eingebracht haben.

Im Jänner 2013 wurde dieses Arbeitsprogramm beim Programmkongress in Krems vorgestellt. Ein Programm, das die Handschrift von Menschen aus der Praxis trägt und in einem neuen, modernen Rahmen erarbeitet wurde.

Volksbefragung

Das Super-Wahljahr 2013 begann im Jänner mit der Volksbefragung zur Beibehaltung der Wehrpflicht und des Zivildienstes. Mit der höchsten Wahlbeteiligung aller Bundesländer und einem eindeutigen Ergebnis für die Wehrpflicht und den Zivildienst, stellten die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher ihre demokratische Reife unter Beweis. Durch den unermüdlischen Einsatz unserer Funktionärinnen und Funktionäre konnte ein derart klares Ergebnis erzielt und unsere Mobilisierungskraft unter Beweis gestellt werden.



Wählerinnen und Wähler nach direkter Mitbestimmung gerecht. Alle Abgeordneten der VP NÖ wurden mittels Reihung nach persönlichen Vorzugsstimmen in den NÖ Landtag gewählt. Alleine auf den Landeshauptmann entfielen knapp 268.000 Stimmen, mehr als 54 Prozent aller Stimmen für die Volkspartei wurden mit einer Vorzugsstimme für ihn abgegeben.

Nationalratswahl

Das Ergebnis zur Nationalratswahl ergab auch bei uns leichte Verluste, gleichzeitig konnten wir aber den Vorsprung auf die SPÖ in NÖ deutlich ausbauen und wir brachten mit unserem Ergebnis von 309.422 Stimmen als VP NÖ fast ein Drittel der Stimmen für die Bundes-ÖVP ein – so viele Stimmen wie nie zuvor. Damit waren wir gleichzeitig das einzige Flächenbundesland mit einer ÖVP-Mehrheit.

Europa-Wahl

Die VP NÖ hat einen wesentlichen Beitrag zum klaren Platz 1 für die ÖVP

bei der Europa-Wahl abgeliefert. Mit 33,0 Prozent der Stimmen konnten wir das beste ÖVP-Ergebnis im Vergleich zu den anderen Bundesländern erreichen. Auch die Wahlbeteiligung war so hoch wie in keinem anderen Bundesland und lag klar über dem Bundesschnitt. Das Gesamtergebnis trug eine klare NÖ-Handschrift, fast 30 Prozent der Stimmen kamen aus unserem Bundesland.

Gemeinde-Wahlen

Das Jahr 2014 steht ganz im Zeichen der Vorbereitungen auf die kommenden Gemeinde-Wahlen am 25. Jänner 2015. In 570 Gemeinden werden die Weichen neu gestellt – und dafür werden 570 individuelle Wahlkämpfe vorbereitet. Als zentrale Stärken der Volkspartei in NÖ gelten Bürgernähe, konsequente Arbeit während einer gesamten Periode und schlagkräftige Organisationen vor Ort. Der Wahltermin ist ein klares Zeichen dafür, dass nach einem kurzen und intensiven Wahlkampf rasch für unsere Kommunen weitergearbeitet werden kann.

Das moderne Persönlichkeitswahlrecht, bei dem Namen mehr zählen als Parteien, wurde dem Wunsch der

ÖVP Oberösterreich

OÖVP – die Oberösterreich Partei

„Bereit sein – Vorwärts schauen“ – 39. Landesparteitag der OÖVP

Am 3. Oktober 2014 hat in Linz der 39. Landesparteitag der OÖVP unter dem Motto „Bereit sein. – Vorwärts schauen“ mit mehr als 1.500 Besucherinnen und Besuchern stattgefunden. Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer wurde dabei mit 99,4 Prozent eindrucksvoll als Landesparteiobmann bestätigt. Mit dem Landesparteitag wurde auch die größte Verjüngung in der Geschichte der OÖVP eingeleitet, fünf von sechs Landesparteiobmann-Stellvertretern sind neu. Diese Mischung aus Erfahrung und Erneuerung macht die Stärke der OÖVP aus.



„Bereit sein – Vorwärts schauen“ ist für die OÖVP nicht nur Motto, sondern auch Programm.

Das Motto des Parteitags „Bereit sein – vorwärts schauen“ zeigt auch klar, wie die OÖVP Politik versteht: Bereit sein für die aktuellen Herausforderungen und nach vorne schauen, heute schon an das Morgen und Übermorgen denken, sich fragen, wohin sich Oberösterreich in den nächsten 10, 20 Jahren entwickeln soll. Die OÖVP krempelt die Ärmel hoch, arbeitet hart für Oberösterreich und will mit ihren Arbeitsschwerpunkten Antworten auf das geben, was die Menschen bewegt und das Land braucht. Daher stehen die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen sowie die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Oberösterreich

ganz oben auf der politischen Agenda der OÖVP, denn Oberösterreich soll wieder ein Land der Vollbeschäftigung werden und zu den Top-Regionen Europas aufsteigen.



LH Pühringer wurde am Landesparteitag eindrucksvoll als Landesparteiobmann bestätigt.

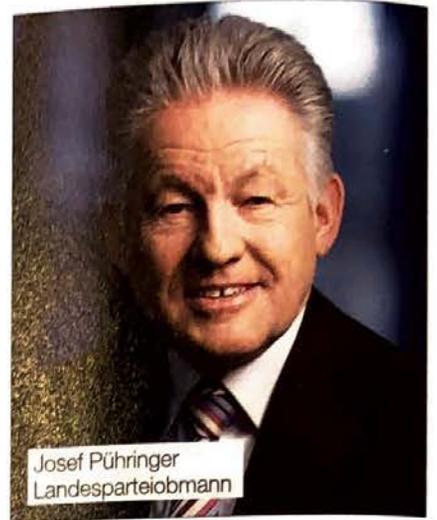
Weitere zentrale politische Leitlinien, die am Landesparteitag beschlossen wurden, sind unter anderem die Absicherung der flächendeckenden medizinischen Versorgung auf Spitzenniveau und der Pflege sowie die bestmögliche Unterstützung und Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung für Familien. Die OÖVP ist auch jene Partei, die flächendeckend und rund um die Uhr für die Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher und ihre Anliegen da ist.



Das neue Team: die OÖVP steht für Erfahrung und Erneuerung.

Projekt Freiraum: Größter Bürgerbeteiligungs- und Zukunftsprozess gestartet

Ende Juni 2014 wurde unter der Leitung von Klubobmann Mag. Thomas Stelzer mit „Projekt Freiraum“ der größte Bürgerbeteiligungs- und Zukunftsprozess in der Geschichte des Landes, gestartet. Alle Oberösterreicherinnen



Josef Pühringer
Landesparteiobmann

und Oberösterreicher sind eingeladen, ihre Ideen und Perspektiven für Oberösterreich einzubringen und so den künftigen Weg des Landes mitzugestalten. Die Möglichkeiten zum Mitmachen sind vielfältig – vom persönlichen Gespräch, bis Ende des Jahres etwa im Rahmen von Zukunfts- und Zielgruppenbrunches oder bei der Anfang Oktober abgeschlossenen Zukunftstour, bis hin zur eigens eingerichteten Online-Plattform www.projekt-freiraum.at. Am Beginn des kommenden Jahres steht dann die Themenverdichtung mittels Bezirks- und Fachkonferenzen auf dem Programm. Das Ergebnis soll im Mai kommenden Jahres präsentiert werden und wird dann maßgeblich in die künftige Arbeit der OÖVP einfließen.



Die OÖVP hat mit dem Projekt Freiraum den größten Zukunfts- und Bürgerbeteiligungsprozess des Landes gestartet.

Fotos: OÖVP

Bereits zu einem Fixpunkt im Jahreskalender der OÖVP entwickelt haben sich die Reichersberger Pfingstgespräche, die im vergangenen Jahr bereits zum 18. Mal stattgefunden haben. Mit hochkarätigen Referenten wird am Pfingstwochenende im Stift Reichersberg abseits der Tagespolitik über grundsätzliche gesellschaftliche Fragen diskutiert.

Kommunalpolitische Offensive

Eine zentrale Aufgabe der Landespartei ist es, die Funktionärinnen und Funktionäre bei ihrer tagtäglichen Arbeit bestmöglich zu unterstützen. Landesgeschäftsführer Dr. Wolfgang Hattmannsdorfer war seit April 2013 im Rahmen von Bezirks- und Wahlkreistouren bereits fünf Mal bei den Funktionärinnen und Funktionären, um vor Ort von ihren Anliegen und Wünschen zu erfahren und ihnen die Angebote der OÖVP zu präsentieren. Das Serviceangebot für Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker wird stetig ausgebaut. Mit der Gründung der Abteilung Gemeindegewalt wurde ein „One-Stop-Shop“ für sämtliche Aktivitäten und Agenden, die in unmittelbarer Verbindung mit den Bürgerinnen und Bürgern, den Mitgliedern und den Funktionärinnen und Funktionären stehen, geschaffen. Zum Aufgabenbereich des OÖVP-Gemeindegewalt gehören unter anderem die Unterstützung und Beratung der Funktionärinnen und Funktionäre sowie Gemeinde- und Ortsparteien in sämtlichen kommunalpolitischen Fragen, aber auch die Aus- und Weiterbildung und Service-Informationen. Anfang 2013 hat die OÖVP Bildungsakademie ihren Betrieb aufgenommen, in der sämtliche Aus- und Weiterbildungsangebote gebündelt sind.

Zu einem jährlichen Fixpunkt im Kalender der Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker aus den Reihen der OÖVP hat sich das „Kommunalpolitische

Forum“ in Bad Schallerbach entwickelt. Dieses dient sowohl dem Erfahrungsaustausch als auch der Weiterbildung. Zwei Tage lang stehen jene Themen im Mittelpunkt der Referate, Diskussionen und Workshops, die den Funktionärinnen und Funktionären unter den Nägeln brennen.



Die OÖVP bietet ihren Funktionärinnen und Funktionären ein umfassendes Serviceangebot.

Erfolgreiche Wahlen 2013 und 2014

Im Zuge der Volksbefragung zu Beginn des Jahres 2013 hat die OÖVP die Kampagne der Wehrpflicht-Befürworter mit zahlreichen Aktionen erfolgreich mitgetragen. Schließlich stimmten in Oberösterreich 62,5 Prozent für die Beibehaltung von Wehrpflicht und Zivildienst. Bei der Nationalratswahl 2013, bei der die ÖVP in Oberösterreich 25,4 Prozent der Stimmen erreichte, unterstützte die OÖVP die Bundespartei mit voller Kraft. Bei der Europawahl im Mai 2014 hat die OÖVP die Kampagne der Bundespartei wieder mit vielen Aktionen mitgetragen und erreichte damit in Oberösterreich 28 Prozent der Stimmen.

Wechsel im Regierungsteam und in der OÖVP-Landesgeschäftsführung

Am 18. April 2013 erfolgte nach fast 12 Jahren ein Wechsel in der OÖVP-Landesgeschäftsführung. Der bisherige Landesgeschäftsführer Dr. Michael Strugl wurde als neuer Landesrat für Wirtschaft und Arbeit, Tourismus, Sport, Raumordnung sowie EU-Fragen angelobt. Als Landes-

geschäftsführer folgte ihm Dr. Wolfgang Hattmannsdorfer nach, der schon seit Oktober 2009 sein Stellvertreter war. Gleichzeitig übernahm der bisherige Wirtschaftslandesrat Viktor Sigl von Friedrich Bernhofer das Amt des Ersten Landtagspräsidenten. Ein besonderer Fokus des neuen Landesgeschäftsführers liegt in der Weiterentwicklung der Parteiarbeit und der Anpassung der Parteistrukturen an aktuelle Trends und Rahmenbedingungen. Deshalb gibt es seit Jahresbeginn 2014 statt acht nur mehr vier Abteilungen: „Planung und Organisation“, „Gemeindegewalt“, „Politik und Kommunikation“ sowie „interne Dienste“. Dazu kommen die 18 Bezirksdienststellen. Gleichzeitig wurde die interne Kommunikation völlig neu aufgestellt und die Kampagnenfähigkeit der OÖVP ausgebaut. Als innovative Partei setzt die OÖVP verstärkt auf die Nutzung moderner Kommunikationsformen, insbesondere im Online-Bereich und im Web 2.0. sowie auf neue Methoden im Politikmarketing. Weiters erfolgt auch eine Neuausrichtung der politischen Arbeit, unter anderem mit dem Start des „Projekt Freiraum“. Weitere wichtige Schwerpunkte unter LGF Hattmannsdorfer sind die Kampagnen- und Zielgruppenarbeit sowie die Freiwilligenarbeit bzw. der Aufbau eines Freiwilligen-Managements. Darüber hinaus nimmt die Vorbereitung der Landtags-, Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen 2015 eine zentrale Rolle in der Parteiarbeit ein.



LGF Strugl, LH Pühringer und LGF Hattmannsdorfer bei der symbolischen Schlüsselübergabe vor dem Heinrich-Gleißner-Haus

Salzburger Volkspartei

Salzburger Volkspartei

1) Jahresschwerpunkte 2011 und 2012

Im Jahr 2011 hat sich die Salzburger Volkspartei den Jahresschwerpunkt Pflege gesetzt. Mit der Veranstaltungsreihe ‚Initiative. Zukunft. Pflege.‘ erreichte und informierte die Salzburger Volkspartei gemeinsam mit ihren Kooperationspartnern der Salzburger Uniqa, der Salzburger Notariatskammer, dem Hilfswerk Salzburg, dem Salzburger Seniorenbund und den ÖVP-Frauen Salzburg in 34 Pflegeinformationsabenden mehr als 3.000 Personen. Im Jahr 2012 setzte die Salzburger Volkspartei voll auf das Thema Energie und informierte in einer Veranstaltungsreihe über die besten Tipps und Tricks zum Stromsparen. Darüber hinaus waren die Jahre 2011 und 2012 geprägt durch vorgezogene Bürgermeisterdirektwahlen. Dabei konnte es den Kandidaten der Salzburger Volkspartei gelingen, fünf von fünf Wahlen für sich zu entscheiden. Damit stellte die Volkspartei 95 von 119 BürgermeisterInnen im Bundesland Salzburg.

2) Landeskongress 2012

Der 37. ordentliche Landeskongress im September 2012 stand unter dem Motto „Bürgernah. Bürgerlich: Der Salzburger Weg – die Salzburg Partei“. Dabei hat sich die Salzburger Volkspartei mit Wilfried Haslauer an der Spitze einen kla-



ren Kurs gesetzt: den Salzburger Weg. Ein Weg, der die Arbeit für das Land und die Zukunft Salzburgs in den Mittelpunkt stellt. Ein Weg der bürgerlichen Werte, der Zukunftsorientiertheit und der Bürgernähe. Dass die Salzburger Volkspartei damit den Nerv der Zeit getroffen hat, zeigt ein Blick auf das Wahlergebnis: unglaubliche 100 Prozent der Delegierten sprachen ÖVP-Landesobmann Dr. Wilfried Haslauer ihr Vertrauen aus. Auch seine Stellvertreter Elisabeth Hölzl, Helmut Mödlhammer und Christian Stöckl fanden hohe Zustimmung. Gleichzeitig definierte Wilfried Haslauer ein klares Ziel: „Heute stellen wir mit dem Salzburger Weg die entscheidenden Weichen für die Landtagswahl in 1 ½ Jahren: Das Ziel ist, 2014 wieder Nummer 1 zu werden und den Landeshauptmann zu stellen. Ich bin bereit!“

3) Landtagswahlen vom 5. Mai 2013

Als erstes Bundesland in der Geschichte der 2. Republik ist es in Salzburg gelungen, die Position des Landeshauptmannes zurück zu gewinnen und wieder Nummer 1 im Bundesland zu werden. Aufgrund des wohl österreichweit bekannten „Salzburger Finanzskandals“, kam es zum Rücktritt des SPÖ-Finanzreferenten und im Landtag zu einem Neuwahlbeschluss, durch den die im März 2014 stattfindenden Landtagswahlen auf den 5. Mai 2013 vorgezogen wurden. In einer unvergleichlichen Bewegung stellten sich alle Bünde, Teilorganisationen und Gemeinden hinter Wilfried Haslauer und sein neues Team. So wurden etwa fast flächendeckend sogenannte Landschaftselemente entworfen und aufgestellt, die mittlerweile



Wilfried Haslauer
Landesparteioobmann

schon im gesamten Bundesgebiet Nachahmer finden. Nur durch das Engagement aller Gemeindeorganisationen, unserer Bünde und Bezirke konnte die Salzburger Volkspartei – trotz schmerzlicher Verluste – wieder die klare Nummer 1 im Bundesland werden.

4) Salzburg neu regieren

Nach den Landtagswahlen war klar, dass Salzburg einen politischen Neuanfang braucht. Nach dem massiven Vertrauensverlust in die Politik war es an der Zeit, Politik neu zu denken. Aus diesem Grund lud Landeshauptmann Wilfried Haslauer die beiden Wahlsieger – die Grünen und das Team Stronach – zu Koalitionsverhandlungen ein, die nach intensiven Verhandlungen zu einem positiven Abschluss gebracht werden



Fotos: Salzburger Volkspartei



konnten. Seit nunmehr fast eineinhalb Jahren arbeitet die neue Landesregierung – zum ersten Mal in der Geschichte Salzburgs in Form einer 3er-Koalition – für das Bundesland. Diese Regierung ist von einem neuen politischen Stil geprägt. Die Zusammenarbeit zwischen ÖVP, Grünen und Team Stronach zeichnet sich durch Toleranz, Diskussionskultur und Ergebnisorientierung aus. Der Grundgedanke, dass eine Regierung miteinander arbeitet, dass man in erster Linie Partner und nicht in erster Linie politischer Konkurrent ist, lebt in dieser Koalition. Das war nicht immer selbstverständlich für Salzburg. Dieser neue politische Stil ist aber kein Selbstzweck, sondern dient dazu, notwendige Reformen gemeinsam anzupacken und umzusetzen – die ersten Erfolge haben sich bereits eingestellt. All dies soll mit maximaler Transparenz und unter Einbindung der Bürgerinnen und Bürger geschehen.

5) Gemeindevertretungs- und Bürgermeisterdirektwahlen vom 9. März 2014

Durch die vorgezogenen Neuwahlen zum Landtag im Jahr 2013 wurden erstmals seit 1994 die Gemeindevertretungen und Bürgermeister wieder getrennt vom Landtag gewählt. Bei den 119 Gemeindevertretungswahlen am 9. März 2014 erreichte die Salzburger Volkspartei im Durchschnitt 42,8 Prozent der Stimmen. Noch nie in der Nachkriegsgeschichte war der Abstand zur zweitplatzierten SPÖ, die das historisch schlechteste

Ergebnis erzielte, größer: 14,3 Prozent. Besonders bemerkenswert: für die Salzburger Volkspartei kandidierten 3.824 KandidatInnen. Die Salzburger Volkspartei stellte somit 46,7 Prozent aller KandidatInnen für die Gemeinderatswahlen. Das Durchschnittsalter betrug 44,6 Jahre und liegt unter jenem von Grünen, FPÖ, SPÖ. Bis 2019 wird jeder zweite Gemeindevertreter und jede zweite Gemeindevertreterin von der Salzburger Volkspartei gestellt. Das, und die fünf Bürgermeister, die wir in den Gemeinden Leogang, Bramberg, Ramingstein, Abtenau und Werfen gewinnen konnten (im Saldo +2 Bürgermeister im Vergleich zu den Wahlen 2009), zeigen eines deutlich: Die Salzburger Volkspartei ist DIE Gemeindepartei.

6) Bundeswahlen (Volksbefragung Wehrpflicht, Nationalratswahl, EU-Wahl)

Die Salzburger Volkspartei hat in allen seit 2011 stattgefundenen bundesweiten Wahlen und Abstimmungen ihren Beitrag geleistet. Die Wahlergebnisse, die immer über dem bundesweiten Durchschnitt lagen, zeigen, dass die Salzburger Volkspartei ihre Sympathisantinnen und Sympathisanten zur Wahl bewegen kann. Darüber hinaus hat die Salzburger Volkspartei ihre regionalen Kandidatinnen und Kandidaten immer unterstützt. Als besondere Erfolge werden das Halten unserer drei Nationalräte (Peter Haubner, Franz Eibl und Asdin El Habbassi) und die erfolgreiche Kandidatur von Claudia Schmidt als Abgeordnete zum Europäischen Parlament gewertet. Als gemeinsame Kandidatin der verstärkt kooperierenden westlichen Bundesländer Salzburg, Tirol und Vorarlberg, wird sie die Themen des Westens erfolgreich in Brüssel und Straßburg vertreten.

7) Vordenken – der Salzburger Weg

Der aktuelle Schwerpunkt in der Arbeit der Salzburger Volkspartei liegt auf der Erarbeitung eines Salzburger Grundsatzprogrammes. Salzburg ist stark im Vordenken. Und dieses Vor- und Nachdenken ist notwendig, da unsere Gesellschaft im ständigen Wandel ist. Die Menschen erwarten sich von einer Volkspartei Orientierung, sie wollen erkennen, wofür sie steht. Unter dem Motto „Vordenken – der Salzburger Weg“ soll unter Einbindung aller bürgerlich denkender Menschen ein Salzburger Zukunftsprogramm erstellt werden. In der ersten Phase, die von März bis Sommer 2014 dauerte, haben sich bereits 4.000 Salzburgerinnen und Salzburger beteiligt – seit 11. Oktober tagen die Arbeitsgruppen und erarbeiten aktiv die Inhalte des Salzburger Programmes. Neben all den genannten Schwerpunk-



ten vernachlässigt die Salzburger Volkspartei auch die Arbeit mit den Funktionärinnen und Mitgliedern nicht. Neben einem umfassenden Schulungsangebot, einem eigenen Mentoring-Programm und unzähligen Veranstaltungen in den Bezirken und Gemeinden, zählen unter anderem zu den Jahresschwerpunkten: Die Bürgermeisterkonferenz, die Schwarze Nacht – der Ball der Salzburger Volkspartei, Oster- und Muttertagaktionen, Dom-Fronleichnam, der Festspielempfang, das Rupertitreffen und das Presse-Eisstockschießen.

Steirische Volkspartei – Zielstrebig. Unbeirrt. Konsequent.

Die Steirische Volkspartei denkt an morgen

Die Steirische Volkspartei ist eine lebendige, diskussionsfreudige Partei, die attraktive Mitwirkungsmöglichkeiten am politischen Meinungsbildungsprozess bietet. Die Arbeit der Steirischen Volkspartei war seit dem 35. ordentlichen Bundesparteitag geprägt von der Reformarbeit auf Landesebene. Mit der Reformpartnerschaft in der Steiermark stellt man die Weichen für eine gesunde Basis für die Zukunft. Strategien, Strukturen und Prozesse in der Steiermark wurden neu ausgerichtet. Ein Kulturwandel auf Basis eines innovationsbereiten Reformgeistes wurde eingeleitet. Die Steiermark „zukunftsfit“ zu machen war und ist unsere Antwort auf eine herausfordernde Zeit.

Intensive Mitgliederbetreuung

Mit regelmäßig stattfindenden Wahlkreis-konferenzen haben wir das Ohr



ganz nahe bei unseren Funktionären. Das macht die Steirische Volkspartei aus: Wir diskutieren offen und ehrlich. Die jüngsten Wahlgänge haben gezeigt, dass die Wähler ihre Entscheidung immer kurzfristiger treffen und auch differenzieren, WAS und WER zur Wahl steht. Gezielte Informationen werden immer wichtiger und die Bedeutung der neuen Medien nimmt weiter zu. Das Internet ist zu einem wichtigen Drehpunkt für die Vermittlung von Inhalten geworden. Daher nutzt die Steirische Volkspartei eine beachtliche Bandbreite der neuen virtuellen Kommunikationselemente. Aber auch das persönliche Gespräch ist unerlässlich: Mittels Konferenzen, Diskussionsveranstaltungen und Besuchen der Bezirke und Ortsgruppen erheben wir laufend die Stimmung an der Basis.

Programmatik am Puls der Zeit

Auf Initiative von Landesparteiobmann LH-Vize Hermann Schützenhöfer wurde das „MODELL STEIERMARK“ bereits im Jahr 2007 neu belebt. Ein mutiges Experiment und ein einmaliges Format ist dabei der DiensTalk. Bei dieser Veranstaltungsreihe treffen sich Menschen aus unterschiedlichsten Lebensbereichen und diskutieren in unserer



Hermann Schützenhöfer
Landesparteiobmann

Parteizentrale über aktuelle und brisante Themen. Unter dem Motto „Mitdenken. Mitreden. Mitgestalten.“ startete die DiensTalk-Serie im Herbst 2014 in der Zentrale der Steirischen Volkspartei neu durch. Erstmals hatten unsere Gäste mittels elektronischer Abstimmungsgeräte die Möglichkeit, die Diskussion von Beginn an mitzubestimmen. Damit zeigen wir einmal mehr, dass wir als Steirische Volkspartei eine moderne und diskussionsfreudige Partei sind.

LAND.RAUM.ZUKUNFT.

Mit der Initiative „Land.Raum.Zukunft.“ hat sich die Steirische Volkspartei zum Ziel gesetzt, Ideen und Strategien für die Stärkung der Regionen zu entwickeln, die als Richtschnur für das politische Handeln sowohl bis zum Wahljahr 2015 als auch darüber hinaus dienen sollen. Die Steiermark soll ein Land mit Zukunft sein, daher beschäftigten sich die Abgeordneten und Funktionäre mit Regionalentwicklung, insbesondere der Schaffung und dem Erhalt von Arbeitsplätzen sowie der Mo-

bilität in den Regionen. Die Regionen sind Heimat und damit unmittelbarer Lebensraum der Steirerinnen und Steirer. Diese zu gestalten und auch eine Balance zwischen dem stark wachsenden Zentralraum und den übrigen Regionen herzustellen, ist das Ziel der Volkspartei. Die Menschen in der Steiermark stehen vor großen Herausforderungen, die insbesondere vor dem ländlichen Raum nicht haltmachen. Die Informationsgesellschaft, der demographische Wandel samt den damit verbundenen Veränderungen sowohl der Bevölkerungs- als auch der Infrastruktur, sowie die Anforderungen eines globalisierten Wirtschaftssystems, nehmen keine Rücksicht auf geographische Grenzen und Gegebenheiten.

Nr. 1 Position in Graz gehalten

Bei der Gemeinderatswahl am 25.11.2012 in Graz konnte die Volkspartei wiederum Platz eins mit 33,74 Prozent der Stimmen erreichen. Damit liegt die Volkspartei mehr als 13 Prozent vor der zweitplatzierten KPÖ und ist somit die klare Nummer eins in der zweitgrößten Stadt Österreichs.

Nationalratswahl: Bundespolitische Themen bestimmten die Wahl

Ein „schmerzliches Ergebnis“ nannte Landesparteiobmann Landeshauptmann-Stv. Hermann Schützenhöfer das Resultat der Steirischen Volkspartei bei der Nationalratswahl am 29.09.2013. Dennoch: Mit 151.438 Stimmen (20,9 Prozent) bleibt die Steirische Volkspartei als Stimmenbringer eine der wichtigsten Landesorganisationen. Die Ursachen für die Verluste der ÖVP in der Steiermark waren vielschichtig. In einer Umfrage

zeigte sich klar, dass das stärkste Motiv die ÖVP nicht zu wählen, in der Unzufriedenheit mit der Bundesregierung lag. Nur 7 Prozent gaben landespolitische Themen als Ursache an.

EU-Wahl: Volkspartei bleibt Nr. 1

Die ÖVP positionierte sich klar als pro europäische Kraft in der Wahlbewegung. Mit 25,3 Prozent konnte schließlich die Volkspartei bei den Wahlen zum Europäischen Parlament die Nr. 1-Position in der Steiermark verteidigen. Dank starker Unterstützung von Beatrix Karl und Othmar Karas konnte dieses Ergebnis erreicht werden.

Landesparteitag

Mehr als 1.000 Delegierte und Gäste gaben am 16. März 2013 beim 22. ordentlichen Landesparteitag ein beeindruckendes Votum ab: Landesparteiobmann Hermann Schützenhöfer wurde eindrucksvoll mit 93,3 Prozent wiedergewählt. Als seine Stellvertreter wurden Daniela Gmeinbauer (96,3 Prozent),



Beatrix Karl (97,9 Prozent), Karl Lackner (97,4 Prozent), Reinhold Lopatka (96,9 Prozent) und Elisabeth Meixner (98,1 Prozent) gewählt. „Das ist ein wichtiger Parteitag für uns, vielleicht mein wichtigster Parteitag und vielleicht mein schwierigster Parteitag. Vieles wurde im Vorfeld dieses Parteitages gesprochen. Wir betreten mit unserer Politik Neuland. Wir ordnen das Land neu. Es darf nicht alles beim alten bleiben, nur dann werden wir das Tor in die Zukunft öffnen können“, so Schützenhöfer am Landesparteitag. Er zeigte sich überzeugt davon, dass der Reformweg in der Steiermark alternativenlos ist. „Wir wollen ein Land hinterlassen, wo nachfolgende Generationen eine Zukunft vor sich haben, wo es sich lohnt zu leben“, so Schützenhöfer und ergänzte: „Wir wagen es! Die Volkspartei in der Steiermark zu allererst. Wir machen eine Politik die enkeltauglich ist!“

Gemeinsam für die Steiermark

Die Steiermark hat sich in den letzten Jahren durch konsequentes Handeln den Ruf des „Reformlandes“ in Österreich hart erarbeitet. Es ist eben das Selbstverständnis der Steirischen Volkspartei eine seriöse Politik für Generationen zu machen. Erstmals seit vielen Jahrzehnten gibt es keine Neuverschuldung mehr. Die tiefgreifenden Reformen waren notwendig, um die Steiermark zukunftsfit zu machen. Mit der Arbeit innerhalb der Reformpartnerschaft hat die Steirische Volkspartei ein solides Fundament für eine gute Zukunft der Steiermark gelegt. Nachfolgenden Generationen haben wir ein gutes Stück Zukunft eröffnet, anstelle einen Schuldenberg zu hinterlassen. Die Erfolge der Reformpartnerschaft können sich sehen lassen.

ÖVP Tirol

Die Kraft für Tirol

Die Tiroler Volkspartei blickt auf bewegte Zeiten zurück. Allein im Superwahljahr 2013 fanden in Tirol mit der Wehrpflicht-Volksbefragung, der Landtagswahl und der Nationalratswahl nicht weniger als drei landesweite Urnengänge statt. Die EU-Wahl im heurigen Mai komplettiert den Tiroler Wahlmarathon, bei dem sich einmal mehr eines deutlich gezeigt hat: Die Tiroler Volkspartei mit Landeshauptmann Günther Platter ist die bestimmende Kraft für Tirol!

Superwahljahr 2013 Teil 1: Wehrpflicht-Volksbefragung

Schon bei der Wehrpflicht-Volksbefragung im Jänner 2013 hat sich gezeigt, dass die ÖVP der überwiegenden Mehrheit der ÖsterreicherInnen wie auch TirolerInnen aus dem Herzen spricht. Das österreichweit eindeutige Endergebnis von 59,7 Prozent für die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht und des Zivildienstes konnte in Tirol mit 62,5 Prozent nochmals getoppt werden.

Superwahljahr 2013 Teil 2: Landtagswahl

Die Landtagswahl in Tirol im April 2013 war nicht zuletzt aufgrund der Fülle der antretenden Parteien eine echte Herausforderung. Elf Listen (!) bedeuteten einen neuen Rekord. Im negativen Sinne hervorzuheben ist dabei das Verwirrspiel der Stronach-Partei, deren Vertreter bei der Wahlbehörde insgesamt drei Stronach-Listen einbrachten. Die schließlich zugelassene Liste wurde von den anderen Stronach-Listen medial und juristisch bekämpft. Der „Höhepunkt“ war dann ein öffentlicher Aufruf an alle Stronach-

WählerInnen, der eigenen Partei die Stimme zu verweigern – ein in Österreich wohl einmaliger Vorgang.

Aufgrund der Fülle der politischen Konkurrenten, die allesamt nur zum Ziel hatten, die Phalanx der Tiroler Volkspartei zu brechen und bis zuletzt nicht ausschlossen, gegen die Tiroler Volkspartei auch mit fünf oder noch mehr Parteien eine Landesregierung zu bilden, warnte die Tiroler Volkspartei im Wahlkampf eindringlich vor italienischen Verhältnissen in Tirol. Die Slogans, um die sich alles drehte: „Tirol muss regierbar bleiben.“, „Keine italienischen Verhältnisse“ und „Volkspartei oder Chaos“.

Trotz publizierter Umfragen, wonach die Tiroler Volkspartei knapp vor dem Wahltermin nur noch bei 30 Prozent lag, belehrte die Volkspartei mit ihrem Spitzenkandidaten Landeshauptmann Günther Platter alle Kritiker und Meinungsforscher eines Besseren und erzielte ein beachtliches Wahlergebnis von knapp 40 Prozent. Gestärkt durch diesen Wahlsieg trat die Tiroler Volkspartei in der Folge rasch in Koalitionsgespräche mit den Tiroler Grünen. Nach Wochen harter, aber fairer Ver-



Günther Platter
Landesparteiobermann

handlungen wurde die erste schwarz-grüne Landesregierung in der Geschichte Tirols unter dem Motto „Verlässlich handeln. Neu denken.“ Realität und geht seitdem neue Wege zum Wohle des Landes Tirol.

Superwahljahr 2013 Teil 3: Nationalratswahl

Nur vier Monate nach der Landtagswahl fand im September 2013 die nächste entscheidende Wahl für die ÖVP statt – die Nationalratswahl. Trotz der Tatsache, dass dies im Superwahljahr 2013 der dritte Urnengang in Tirol innerhalb kurzer Zeit war, konnte eine ansprechende Mobilisierung erreicht werden. Mit 32,3 Prozent konnte die ÖVP in Tirol das stärkste ÖVP-Ergebnis aller Bundesländer erzielen und damit einen wesentlichen Beitrag leisten.

EU-Wahl: Tirol sagt JA zu Othmar Karas

Im Mai 2014 wurde der landesweite Wahlreigen mit der EU-Wahl fortgesetzt. Die TirolerInnen sagten dabei mit 32,4 Prozent JA zur ÖVP und Spitzen-

kandidat Othmar Karas. Die ÖVP in Tirol konnte dabei doppelt so viele Wählerstimmen erzielen wie die zweitstärkste Partei. Zudem gelang Tirol mit einem ÖVP-Ergebnis von 32,4 Prozent beinahe zum zweiten Mal hintereinander das Kunststück, das stärkste ÖVP-Ergebnis aller österreichischen Bundesländer einzufahren. Am Ende landete Tirol knapp hinter Niederösterreich an zweiter Stelle.

Schwerpunktsetzung Energie, Verein und Pflege

Als die bestimmende Kraft im Land Tirol griff die Tiroler Volkspartei zahlreiche Themen auf und formte daraus politische Inhalte. Besonders zu erwähnen sind dabei die Veranstaltungsformate zu den Themen Energie, Verein und Pflege. Zu allen drei Themen trat die Tiroler Volkspartei flächendeckend in allen Bezirken mit Fachexperten und zuständigen politischen Referenten auf. Fragen wie „Was tun, wenn in der Familie ein Pflegefall eintritt?“ oder „Gibt es für mich eine Förderung, wenn ich eine Photovoltaikanlage anschaffen möchte?“ konnten stets vor zahlreichen interessierte Zuhörern zur vollsten Zufriedenheit aufgeklärt werden.

VP vor Ort als Veranstaltungsschlager

Ein absolutes Highlight, das sich in der Form in den letzten Jahren zusehends bewährt hat, war das Veranstaltungs-

format „Volkspartei vor Ort“. Landeshauptmann Günther Platter stellte sich im ganzen Land gemeinsam mit seinem VP-Regierungsteam den Fragen und der anschließenden Diskussion mit unseren Funktionären – wie der Name schon sagt „vor Ort“. Pro Veranstaltung konnten dabei zwischen 100 und weit über 200 Parteimitglieder begrüßt werden. Die Rückkoppelung zur Basis ist dabei besonders wichtig – umso selbstverständlicher ist es auch, dass dieses Format auch in Zukunft ein fixer Bestandteil des Veranstaltungskalenders der Tiroler Volkspartei bleibt.

Kampagnen zu Wohnen, Budget und Bildung

Nicht nur bei Wahlen, sondern auch abseits davon stellte die Tiroler Volkspartei ihre Kampagnenfähigkeit unter Beweis. So setzte die Partei ein Ausrufezeichen beim Thema leistbares Wohnen, informierte mittels Onlinekampagne zu den Möglichkeiten der Wohnbauförderung des Landes Tirol und führte eine innovative Abendveranstaltung in einem Tiroler Möbelhaus durch. In weiteren Kampagnen wurde Tirol als Budget-Musterland Nummer 1 und die Bildungsoffensive „Tiroler wissen mehr“ von Landeshauptmann Günther Platter beworben.

Landesparteitage, Landstage der TOs, Bildungsprogramm & Co

Sowohl vor, als auch nach der Landtagswahl führte die Tiroler Volkspartei



einen Parteitag durch. Bei ersterem wurde Landeshauptmann Günther Platter eindrucksvoll als Landesparteiobmann bestätigt, letzterer wurde als Statutenparteitag veranstaltet. Daneben führten alle Teilorganisationen ordentliche bzw. außerordentliche Landstage durch. Mit einem umfangreichen Bildungsprogramm zu Verhandlungsgeschick, Rhetorik, Raumordnung, Budgeterstellung, etc. stellte die Tiroler Volkspartei ihren Mitgliedern Fortbildungsmöglichkeiten zur Verfügung, die rege angenommen wurden.

Wir sind vorbereitet

Auch wenn die Erfolge der letzten Jahre Genugtuung hervorrufen – die Tiroler Volkspartei macht sich heute bereits Gedanken über morgen. Einer unserer nächsten großen Fixpunkte wird dabei die Gemeinderatswahl 2016 sein. Wir stecken bereits jetzt in den Vorbereitungen, um das sensationelle VP-Ergebnis der letzten Gemeinderatswahl zu verteidigen. Die Vorfreude darauf ist bereits spürbar. Die Vorfreude darauf, wieder das zu tun, was wir von allen Parteien in Tirol am besten können: Wahlkämpfen.



ÖVP Vorarlberg

Vorarlberger Volkspartei

1. Wahlen

a. Volksabstimmung zur Wehrpflicht

Jänner 2013:

Bei der Volksabstimmung Wehrpflicht/Berufsheer gab es in Vorarlberg mit 66,20 Prozent ein klares Bekenntnis für die Wehrpflicht.

b. Nationalratswahl September 2013:

Bei der Nationalratswahl konnte die ÖVP den ersten Platz, wenn auch mit schmerzlichen Verlusten von 5 Prozent, mit 26,34% halten. Zweitstärkste Fraktion wurden die GRÜNEN. Die SPÖ blieb mit 13,14% nur knapp (0,8%) vor den NEOS mit 13,06%. Weiters: FRANK 5,35% und BZÖ 2,39%

c. Arbeiterkammerwahl

Jänner/Februar 2014:

Bei der AK-Wahl 2014 konnte die ÖAAB|FCG-Fraktion die absolute Mehrheit verteidigen und stellt somit auch weiterhin den Präsidenten in Person von Hubert Hämmerle. ÖAAB|FCG: 52,82% (2009: 51,70%), FSG: 29,16% (2009: 26,87%)

d. Wahl zum Europäischen Parlament

Mai 2014:

Bei der EP-Wahl kam die ÖVP auf 28,2%, gefolgt von den Grünen mit 23,3% und der FPÖ mit 17,1%.

e. Landtagswahl September 2014:

Bei der Landtagswahl 2014 wurde die Vorarlberger Volkspartei trotz 9 Prozent Verlust wieder klar stärkste Fraktion. Starke Zugewinne verzeichneten die GRÜNEN. Die SPÖ fiel unter die 10 Prozent-Marke. Neu im Landtag sind die NEOS. Das erste Mal kam auch ein neues Vorzugsstimmen-Wahlrecht zum

Zuge, mit dem die Vorzugsstimmen ein wesentlich höheres Gewicht bekommen. VP: 41,83% (2009: 50,8%), FPÖ: 23,46% (2009: 25,1%), Grüne: 17,08% (2009: 10,6%), SPÖ: 8,79% (2009: 10,0%), NEOS 6,86% (Neu)

2. Parteiorganisation

a. Personelle Änderung in der Landesregierung:

Am 7. Oktober 2011 erklärte Dr. Herbert Sausgruber seinen Rücktritt mit Dezember. In einer Sondersitzung des Vorarlberger Landtages am 7. Dezember 2011, in der Landeshauptmann Dr. Herbert Sausgruber als Landeshauptmann verabschiedet wurde, wurde Mag. Markus Wallner von den Abgeordneten zum Landeshauptmann gewählt. Das Amt des Landesstatthalters (Landeshauptmann-Stellvertreters) übernahm Mag. Karlheinz Rüdissler.

b. Landesparteitag am 17.03.2012:

In der Folge des personellen Wechsels in der Landesregierung übernahm Mag. Markus Wallner am 18. Oktober zunächst geschäftsführend und seit dem Landesparteitag am 17. März 2012 offiziell das



Amt des Landesparteiobmanns der Vorarlberger Volkspartei. LH Mag. Wallner wurde mit 99,37 Prozent der Delegierten-Stimmen gewählt. Dr. Sausgruber war seit 1986 Parteiobmann. Mag. Wallner ist seit 1945 erst der vierte Landesobmann der Vorarlberger Volkspartei.

3. Auslandskontakte

Neben den Auslandskontakten unseres Landeshauptmanns Mag. Markus Wallner, des Regierungsteams und des Landtagsklubs nahm die Vorarlberger Volkspartei auch wieder den Kontakt mit den Nachbarländern bei der Internationalen Boden-seekonferenz christlicher Politiker auf.



4. Politische Schwerpunkte

a. Familie

Wir treten in Sachen Kinderbetreuung für die Wahlfreiheit ein. Das bedeutet, wenn sich die Eltern dafür entscheiden ihr Kind zu Hause zu erziehen, so soll das auch finanziell möglich sein. Hier ist der bewährte Vorarlberger Familienzuschuss eine wesentliche Unterstützung. Wenn der Wunsch nach einer öffentlichen Kinderbetreuung besteht, soll das wohnortnah realisierbar sein, allerdings nicht kostenlos. Denn gute Betreuung darf auch etwas kosten.

Das Motto „Kinder in die Mitte“ bedeutet auch leistbarer Wohnraum für Familien. Deshalb haben wir die Wohnbauförderung noch familienfreundlicher gestaltet und werden in den kommenden fünf Jahren 2.500 neue gemeinnützige Wohnungen errichten.

b. Bildung

Mit dem einzigartigen Vorarlberger Schulpaket mit einem Volumen von 3,4 Millionen Euro setzen wir ein klares Signal zur Stärkung und ständigen Verbesserung der Volksschulen. Direktoren werden administrativ entlastet und können über zusätzliche Stundenkontingente in den Klassen flexibler fördern.

Unser Ziel ist eine Verdoppelung der verschränkten Ganztagsklassen in drei Jahren (derzeit 50).

Das Forschungsprojekt zur Schule der 10- bis 14-Jährigen liefert bis zum Frühjahr 2015 eine Entscheidungsgrundlage, welche Position das Land in dieser Frage einnehmen soll.

c. Verkehr

Der weitere Ausbau der „Öffis“ wird fortgesetzt. Gleichzeitig gibt es ein klares Bekenntnis zum Stadttunnel Feldkirch:

Die Umweltverträglichkeitsprüfung für eine Verkehrsentslastung im Großraum Feldkirch ist am Laufen und wird wie geplant durchgeführt.

Verkehrslösung Unteres Rheintal: Die Weiterverfolgung sowie vertiefende Planungen der zur Diskussion stehenden Alternativen „Variante Z“ (Riedstraße) bzw. „Variante CP“ (Umfahrung Lustenau) zur Verkehrslösung Unteres Rheintal haben oberste Priorität.

d. Integration

Die grundlegende Ausrichtung bei der Umsetzung des Integrationsleitbildes besteht darin, gemeinsam mit verschiedenen Einrichtungen aus den Bereichen Bildung, Arbeitsmarkt, Kultur, Gesundheit, Soziales und den Betroffenen einen regen Austausch zu forcieren, eine enge Vernetzung aller Beteiligten zu erzielen und das Thema nachhaltig in der Gesellschaft zu verankern.

Wir investieren weiter in die Sprachförderung von Kindern und Erwachsenen und fordern, dass sie dieses Angebot als Chance für die Kinder annehmen.

e. Soziales

Das Land Vorarlberg verfolgt seit vielen Jahren eine klare Armutsstrategie bzw. Präventionsstrategie zur Armutsverhinderung: Der Schwerpunkt liegt dabei klar bei präventiven Maßnahmen. Dazu zählen insbesondere die frühe Förderung von Kindern und Familien (Frühe Hilfen, Kinder lieben Lesen, Elternberatung), das Verhindern von Kinderarmut, der weitere Ausbau des Angebots ganztägiger und ganzjähriger Kinder- und Schülerbetreuung.

Die Pflegestrategie mit ihren strategischen Zielen, „aktivierend, hochwertig und ganz nah bei den Menschen zu sein“, ist auch dank des großen ehrenamtlichen

Engagements im Österreichvergleich ein Erfolgsmodell. Das Case- und Caremanagement, mit einer flächendeckenden Versorgung in allen Regionen und der gezielten Begleitung von Pflegebedürftigen, entwickelt diese Philosophie weiter und schafft so die Voraussetzung für ein Altwerden in Würde. Der Vorarlberger Pflegezuschuss ist ein weiterer Baustein in dieser Strategie.

f. Gesundheit

Wir unterstützen die von der Bundesregierung eingeleitete Gesundheitsreform mit dem Ziel einer besseren Steuerung und Koordination der bestehenden Gesundheitsleistungen zwischen Bund, Ländern und Sozialversicherungen. Eine Aufwertung der niedergelassenen Ärzte im Gesundheitssystem verbessert dabei die wohnortnahe, persönliche Versorgung der Patientinnen und Patienten und entlastet die Spitalsambulanzen.

g. Wohnen

Die Bestimmungen der Wohnbauförderung sind nun noch familienfreundlicher, der Zugang zu den Förderungen ist erleichtert sowie das System insgesamt optimiert worden.

Ziel unserer Wohnbauförderungspolitik ist es, möglichst vielen die Schaffung von individuellem Wohnraum zu leistbaren Preisen zu ermöglichen. Diesem Anspruch steht eine Vielzahl von Bauvorschriften entgegen. Gemeinsam mit Experten sind diese Vorschriften zu durchforsten und auf das notwendige Ausmaß zu reduzieren.

In den kommenden Jahren sollen anstelle der bisher laut Bauprogramm möglichen 330 Mietwohnungen etwa 500 integrative Mietwohnungen pro Jahr errichtet werden. Bis 2018 entstehen somit 2.500 neue Wohnungen im integrativen Wohnbau.

ÖVP Wien

Neustart für Wien

1. Aktivitäten

25. Februar 2012 – Landesparteitag der ÖVP Wien

Mag. Manfred Juraczka folgt Christine Marek als Landesparteiohmann und wurde mit 92,9 Prozent der abgegebenen Stimmen der Delegierten gewählt. Ebenfalls mit großer Mehrheit wurden folgende Personen zu seinen Stellvertreter/innen gewählt:

Dr. Alexander Biach, Mag. Wolfgang Gerstl, Ingrid Korosec, Sebastian Kurz, Ing. Isabella Leeb, Mag. Veronika Mickel-Göttfert.

Der einstimmig beschlossene Leitantrag stand unter dem Motto „Neustart für Wien“.



5. Mai bis 26. Juni 2012 –

Parkpickerl-Unterschriftenaktion

Die ÖVP Wien startete am 5. Mai 2012 eine Wien weit angelegte Unterschriftenaktion gegen die Ausdehnung der Parkraumbewirtschaftung. Es wurden insgesamt 120.000 Unterschriften gesammelt und im Wiener Gemeinderat Bürgermeister Häupl übergeben. Die gesamt-



te Logistik der Kampagne lief über das Landesbüro mit seinen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen. 107.000 Unterschriften wurden vom Magistrat insgesamt anerkannt.

7. bis 9. März 2013 –

„Wien will's wissen“ VB in Wien

150.000 Unterschriften und ein mediales Trommelfeuer in den darauf folgenden Wochen und Monaten haben zur Wiener Volksbefragung „Wien will's wissen“ geführt. Die von der rot-grünen Stadtregierung zurechtgezimmerte Befragung der Wienerinnen und Wiener stellte die Frage zur Parkraumbewirtschaftung wie folgt:

- **Frage 1:** „Wie soll die Parkplatzsituation und Lebensqualität für BezirksbewohnerInnen verbessert werden?“

- A) Es sollen für jeden Wiener Bezirk Parkraumregelungen eingeführt werden.
- B) Es soll Lösungen für einzelne Bezirke geben (mit Berücksichtigung der Interessen der Nachbarbezirke)“

- **Gültige Stimmen:** 344.433 (86,11%)
- **Ungültige Stimmen:** 55.548 (13,89%)
- **A:** 125.775 (36,52%)
- **B:** 218.658 (63,48%)

Die Diskussion „Parkraumbewirtschaftung“ ist in Wien immer noch aktuell.

3. bis 5. Mai 2013 – 30. Wiener Stadtfest „In Vielfalt vereint“

Der musikalische Bogen spannte sich von klassischer Musik über das Wienerlied bis zu „Ethnomusik“. Weiters gab es Kabarett, bildende Künste und Talk-Runden zu aktuellen Themen. Die künstlerische Leitung hatte Dr. Alf Krauliz inne. Mehrere hunderttausend Besucher verzeichnete das dreitägige Spektakel.



17. Februar 2014 – „Mahü Befragung im 6. und 7. Bezirk“

Der von der grünen Vizebürgermeisterin Maria Vassilakou forcierte Umbau der Wiener Mariahilfer Straße zur Fußgängerzone hat für Aufregung weit über die Wiener Stadtgrenzen hinaus gesorgt und zu einer Bürger/innen-Befragung geführt. Die ÖVP Wien hat neben der Vernachlässigung von Querungsmöglichkeit für den Autoverkehr vor allem die Tatsache kritisiert, dass die Unternehmer an und um die Mariahilfer Straße an der Befragung nicht teilnehmen konnten und startete eine eigene Befragung bei den Geschäftsleuten. Dabei sprachen sich zwei Drittel der Geschäftsleute (67,7 Prozent) gegen die Verkehrsberuhigung aus.

16./17. Mai 2014 – 31. Wiener Stadtfest „Wien feiert Europa“

Landesparteiohmann Mag. Manfred Juraczka konnte für die künstlerische Leitung Dr. Peter Hofbauer gewinnen. Das hochkarätig besetzte künstlerische Angebot mit Stars aus der heimischen Szene wie: Sandra Pires, Hans Theessink oder die Wahl-Österreicherin Christiana Uikiza endete diesmal mit

dem Konzert des Italo Stars Umberto Tozzi am Michaeler-Platz.

Trotz wechselhaftem Wetter zog das Wiener Stadtfest wieder über 300.000 Besucher an.

25. Mai 2014 – Europawahl

Dank zahlreicher Wahlkreisveranstaltungen und des intensiven Einsatzes unserer Kandidatinnen und Kandidaten konnte die ÖVP Wien angesichts der veränderten Rahmenbedingungen mit 16,6 Prozent ein durchaus erfreuliches Ergebnis erzielen.

30. Mai 2014 – Start

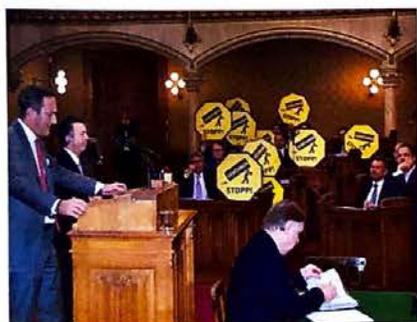
„Bildungsoffensive der ÖVP Wien“

LPO Mag. Manfred Juraczka startet die Kampagne mit den Worten: „Unser erklärtes Ziel ist die optimale, individuelle Potenzialentfaltung jedes einzelnen Kindes!“ Ein Fünf-Punkte-Programm wurde ausgearbeitet und als Erstmaßnahmen zur Umsetzung des formulierten Ziels vorgestellt.

<http://oevp-wien.at/themen/bildung>

5. September 2014 – „ÖVP Wien fordert Gebühren-Stopp“

Überbordende Gebühren in Wien, die durch ein rot-grünes „Valorisierungsgesetz“ legalisiert wurden, werden von der ÖVP Wien massiv ins Kreuzfeuer genommen. Vier Jahre rot-grüne Landesregierung haben das Leben der Wiener Familien um € 400 im Jahr teurer gemacht. Daher unsere Forderung: „Gebührenstopp und Verschwendungsstopp. Jetzt.“



2. Mitgliederentwicklung

Die ÖVP Wien verzeichnet jährlich einen Zuwachs von etwa 1.300 Neumitgliedern.

3. Bericht über die parlamentarische Arbeit der ÖVP Wien im Wiener Landtag und Gemeinderat

Der ÖVP Klub der Bundeshauptstadt Wien hat in der Periode ab 2010 unter Klubobmann Dr. Fritz Aichinger und Stadtrat, Parteiobmann Mag. Manfred Juraczka eine Bilanz vorzuweisen, wenn es darum geht, Missstände in der Stadt Wien aufzuzeigen und politische Visionen im Sinne der Bürgerinnen und Bürger Wiens auf den Weg zu bringen.

24-Stunden-U-Bahn

So ist es etwa gelungen, die 24-Stunden-U-Bahn am Wochenende einzuführen. 2009 wurde Sebastian Kurz und die JVP Wien für die Forderung nach einer Nacht-U-Bahn noch von der Stadt Wien geschmäht. Die Wiener Stadtregierung war dagegen. Heute ist die 24 Stunden-U-Bahn Wirklichkeit und seitens der Fahrgastzahlen ein voller Erfolg.

Gratis WLAN

So verhält es sich auch mit den WLAN-Stationen an öffentlichen Plätzen: Vor der Wahl 2010 haben SPÖ und die Grünen zu dieser Idee noch geschwiegen. Dank des Engagements der ÖVP-Abgeordneten wird das Gratis WLAN-Angebot an öffentlichen Plätzen in Wien nun verstärkt ausgebaut.

Bau der U5

Ein weiterer Erfolg war der Startschuss zum Bau der U5: Bereits am 14. November 2001 präsentierte die ÖVP detaillierte Überlegungen zu einem notwendigen Ausbau des Wiener U-Bahn-Netzes und den Bau der U5. Stadtrat Manfred Juraczka ließ nicht locker und drängte den

Wiener Bürgermeister, endlich zu handeln. Nun wird die U5 teilweise realisiert.

Belebung des Donaukanals

So verhält es sich auch bei der Belebung des Donaukanals: Ein erster Sommerstrand wurde von der ÖVP mit 50 Tonnen Sand errichtet. Die Initiative der ÖVP Wien, den ersten Sommerstrand an der „Kleinen Donau“ zu errichten, läuft bis heute weiter. Ein Erholungsraum, eine abgegrenzte Radwegtrasse, mehr Sauberkeit und ein vielfältiges Gastronomie- und Freizeitangebot sind Forderungen, die jedes Jahr weiter erfüllt wurden.

Gratiskindergärten

Weil die Bildung und Betreuung der Kinder in Wien uns ein großes Anliegen ist, forderte die ÖVP Wien über Jahre hinweg die Einführung des Gratiskindergartens: Der kostenlose Kindergarten ist eine langjährige Forderung der ÖVP Wien und mit 13 Anträgen im Gemeinderat untermauert. Die Stadt nahm diese Idee auf und startete 2009 die Umsetzung.

Stadtrechnungshof

Unter dem Credo „Macht braucht Kontrolle“ wurde der Stadtrechnungshof als echtes Kontrollorgan der rot-grünen Macht realisiert: Seit Jahren gefordert, wurde die Initiative der ÖVP Wien im letzten Jahr erfüllt – Ausweitung der Kontrollrechte und Unabhängigkeit vom rot-grünen Machtapparat. Einmal mehr war die ÖVP Ideengeber.

In der laufenden Periode ab 25.11.2010 stellte die ÖVP Wien 346 Beschlussanträge, 322 schriftliche Anfragen, 146 mündliche Anfragen, 73 schriftliche Anträge, und 5 dringliche Anfragen an die Wiener Stadtregierung. Ein Arbeitsnachweis, der sich sehen lassen kann und zeigt, dass die ÖVP Wien Wort gehalten hat, als konstruktive Opposition Politik für die Bürgerinnen und Bürger Wiens zu betreiben.

Politische Akademie der ÖVP

Die Politische Akademie 2011 – 2014

Partei in Bewegung

„Evolution Volkspartei“ ist die Bewegung zur Weiterentwicklung der Volkspartei. Es geht darum, mit der „Evolution Volkspartei“ die ÖVP als moderne Bewegung des 21. Jahrhunderts zu verankern. Mit erneuertem Programm und zeitgemäßen Strukturen. „Evolution Volkspartei“ wird als Bewegung von der Basis getragen. Alle, denen die Volkspartei am Herzen liegt, können mitmachen und sich mit Ideen und Vorschlägen einbringen. Zum 70. Geburtstag der ÖVP im Jahr 2015 werden die Ergebnisse am Parteitag beschlossen.

Die Politische Akademie war beim Aufbau dieser Bewegung wesentlich beteiligt. Wir werden diese Bewegung selbstverständlich auch weiterhin inhaltlich, organisatorisch und personell unterstützen.

Der „größte Schatz“ der Partei

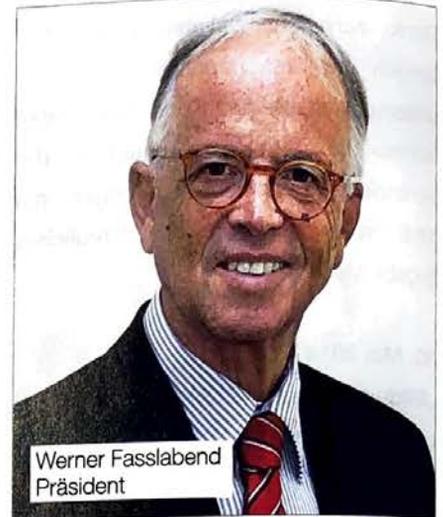
Der „größte Schatz“ der ÖVP sind unsere vielen weiblichen und männlichen Mitarbeiter, Mandatäre und Funktionäre

auf allen Ebenen. Deren Aus- und Weiterbildung ist uns ein besonderes Anliegen und jedes Jahr eine neue Herausforderung.

In Zusammenarbeit mit dem ÖVP-Parlamentsklub bieten wir für Mandatarinnen und Mandatäre ein maßgeschneidertes Aus- und Weiterbildungsprogramm an, das vom Sprachtraining, über Rundfunk- und Fernsehtraining bis zur effizienten Sitzungsführung reicht.

Erstmals ist es auch gelungen, einen zertifizierten Lehrgang für die parlamentarischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durchzuführen, der nicht nur von neuen, sondern auch von langjährigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern besucht wurde. Daneben gibt es regelmäßige Konferenzen für Bezirksgeschäftsführerinnen und -geschäftsführer und regelmäßige Treffen der Landesbildungsreferentinnen und -referenten.

Bei bundesweiten Wahlen (z.B. Nationalrat, Europa) laden wir zu Kandidatinnen- und Kandidatenschulungen ein.



Wir investieren in die Zukunft: Personalentwicklung

In jedem Verein, der nachhaltig arbeitet, ist „Jugendarbeit“ von zentraler Bedeutung. Das gilt natürlich auch für eine politische Partei. Daher führte und führt die Politische Akademie in Kooperation mit der JVP, dem ÖCV, dem Karl Kummer-Institut und in Zukunft mit dem ÖAAB Ausbildungsprogramme für junge, engagierte Menschen durch. Dabei setzen wir auf das Personalentwicklungsinstrument Mentoring.

Kaderschmiede

Ein großer Teil des Programmes der Politischen Akademie ist für alle zugänglich. Bewährtes – wie „Persönlichkeitsentwicklung/Kommunikation/Kommunikationstraining, ... – wird ebenso wie Neues angeboten. Im Sommer 2012 trat das neue Parteiengesetz in Kraft, das zahlreiche Neuerungen mit sich brachte, die Politiker auf allen Ebenen, von der Gemeinde und dem Bezirk bis hin zum Bund, in ihrer täglichen Arbeit betreffen.





In Seminaren, aber auch Publikationen informierten wir darüber. Wir legen Wert darauf, dass unsere Angebote auf den neuesten methodischen, didaktischen und pädagogischen Erkenntnissen beruhen. Im Berichtszeitraum wurde auch die Kooperation mit den Landes- und Teilorganisationen fortgesetzt. Unsere Angebote sind auf die Anforderungen der politischen Basisarbeit zugeschnitten: Als Beispiel seien die „Frauen- und Jugendbildungsoffensive“ angeführt: Frauen- bzw. Jugendgruppen aus den Bundesländern haben die Möglichkeit, einzelne Seminarmodule bei der Politischen Akademie nachzufragen und diese mit unserer Unterstützung direkt vor Ort durchzuführen.

Denkfabrik: Veranstaltungen, Internationales, Publikationen

Unseren Weg, mit Veranstaltungen in die Bundesländer zu gehen, haben wir auch im Berichtszeitraum fortgesetzt: z.B. im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Urbane Lebenswelten“ (in Kooperation mit Julius Raab Stiftung und Kommunalpolitischer Vereinigung) zu den Themen „Bildung und Jugend“ in Bregenz, zum Thema „Energie und Mobilität“ in Innsbruck, zum Thema „Sicherheit“ in Salzburg,

zum Thema „Gesundheit und Pflege“ in Linz und zum Thema „Bürgerbeteiligung und Partizipation“ in Graz.

Internationales

Das Internationale Netzwerk der Politischen Akademie konzentrierte seine Tätigkeit auf folgende Bereiche: Kontaktaufbau bzw. regelmäßige Kontakt mit den ÖVP-Schwesterparteien und deren politischen Stiftungen im EU-Raum sowie in den Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas; Vertretung der Politischen Akademie auf der Ebene der Stiftungs-kooperation der Europäischen Volkspartei sowie anderer relevanter Gremien der Europäischen Union in Brüssel; Einbindung von österreichischen politischen Experten in EVP-Gremien und -Aktivitäten.

Die Politische Akademie setzte im Berichtszeitraum auch ihre internationa-

le Trainings- und Seminarschiene fort. Dazu zählen u. a. die jährlichen Ausbildungskurse mit dem Robert Schuman Institut in Budapest für Nachwuchspolitiker aus Südosteuropa zu Themen wie Wahlkämpfe, Politisches Management oder der Umgang mit Medien.

Hervorheben wollen wir unsere alljährliche „Europa-Matinee“, rund um den Europatag (8. Mai), wo wir in- und ausländischen Politiker/innen und Expert/innen eine Plattform für die Analyse gesamteuropäischer Probleme bieten.

Publikationen

Wir publizieren und produzieren politische Studien und Analysen sowie Handbücher für den politischen Alltag. Im Berichtszeitraum können wir auch auf eine umfangreiche Publikationstätigkeit zurückblicken.

Das Österreichische Jahrbuch für Politik

Das „Österreichische Jahrbuch für Politik“ hat seinen festen Platz in der österreichischen politikwissenschaftlichen Literatur. Der Jahrgangsband 2013 ist bereits der 36. Jahrgangsband.

Edition noir

Unser Verlag „Edition noir“ ist die erste Adresse für christdemokratische Literatur. In der edition noir werden abwechselnd Funktionärshandbücher und





Beiträge zu grundsatzpolitischen Debatten herausgegeben. Im Berichtszeitraum erschienen:

- Die Volkspartei. **REVOLUTION**
- Quergedacht. Perspektiven zu Politik, Sicherheit und Europa.
- Korruption beim Kaffeetrinken? Eine Orientierung zum Korruptionsstrafrecht für politische Amtsträger und Funktionäre
- Praxishandbuch Parteiengesetz. Ein Leitfaden für Funktionäre
- Werte und Grundsätze der ÖVP
- Urbane Lebenswelten. Ideen für die Stadt der Zukunft
- Konservative Korrekturen
- Mitreden. Mitbestimmen. Mitregieren. Politische Bürgerbeteiligung leicht gemacht

Darüber hinaus wurden auch Essays – zu Werten wie Freiheit, Verantwortung, Solidarität, etc. – der Julius Raab Stiftung in dieser Reihe publiziert.

Diverse Publikationen des Verlag noir sind nun auch als E-Book in den gängigsten Formaten erhältlich.

Skriptenreihe „Grundlagen der Politik“

Wir wollen mit diesen Publikationen Funktionäre und Mandatäre vor allem auf Gemeinde- und Bezirksebene in ihrem politischen Alltag bestmöglich begleiten

und optimal unterstützen. In dieser Reihe vermitteln wir grundsatzpolitisches Wissen und handwerkliches Know-how, damit unsere politische Arbeit vor Ort erfolgreich und nachhaltig gestaltet wird. Im Berichtszeitraum erschienen:

- Gemeindezeitung (2013 überarbeitet und neu aufgelegt)
- Flipchartgestaltung leicht gemacht
- Pressefotografie
- Der richtige Presseauftritt
- The Global Mayor. Englisch für Kommunalpolitiker
- Konstruktive Konfliktbearbeitung
- Veranstaltungstipps für ÖVP-Gemeindegruppen
- Sitzungsmanagement und Verhandlungsführung

Sie stehen zum downloaden auf unserer Homepage (Materialien) bereit.

Newsletter

Der wöchentlich erscheinende Newsletter ist zum beliebten Informationsmedium der Politischen Akademie geworden. Mehr als 18.000 Abonnenten werden über Veranstaltungen und Seminare informiert. Dazu gibt es einen Frauen-corner, einen Link der Woche sowie ein Rezensorium, das die wichtigsten politischen Bücher vorstellt.

Abonnierbar unter www.polak.at.

Gesamtübersicht

	2011	2012	2013
Veranstaltungen	63	61	51
Teilnehmer	3.665	3.752	3.175
Seminare	282	354	368
Teilnehmer	5.383	7.229	6.997

Seit 2011 wurde das jährliche Budget der Politischen Akademie in mehreren Etappen um über 20 Prozent gekürzt! Dieser Abgang wurde durch Personalmaßnahmen und sonstige Einsparungen abgefangen. Trotzdem konnte das Team der Politischen Akademie um Präsident Dr. Werner Fasslabend und Direktor Dr. Dietmar Halper das Angebot halten und teilweise sogar noch ausbauen. Die Politische Akademie ist und bleibt ein starker Partner der ÖVP als Denkfabrik und Kaderschmiede.

Institute

Friedrich Funder Institut für Publizistik, Medienforschung und Journalistenausbildung (FFI)

Das Friedrich Funder Institut (FFI) bildet seit 1981 (junge) Journalisten aus und betreibt angewandte Medienforschung. Forschungsfelder sind Kommunikator- und Wirkungsforschung, die Untersuchung des politischen Systems in Österreich, die Funktion der Neuen Medien sowie die Erstellung von Lehrmitteln und Unterrichtsmaterialien. Dabei sieht sich das Friedrich Funder Institut einem unabhängigen und objektiven Qualitätsjournalismus verpflichtet.

Das Ausbildungsprogramm des Friedrich Funder Instituts bietet eine solide Grundausbildung für die Arbeit von Medienarbeiter/innen.

Die zweiteilige Grundausbildung des FFI bietet allen Medieninteressierten eine erste Einführung in den Journalismus durch Profis mit vielen praktischen

Übungen. Zusätzlich bietet das FFI Schreibwerkstätten und berufsbegleitende Weiterbildung an. Mehr Informationen finden Sie unter www.ffi.at

Das Friedrich Funder Institut vergibt seit seiner Gründung 1981 Stipendien für Volontariate bei Tageszeitungen und elektronischen Medien, um begabten Nachwuchsjournalistinnen und -journalisten eine praxisnahe Ausbildung zu ermöglichen.

In weiterbildenden Kursen werden berufsspezifische Kenntnisse und Fertigkeiten für Teilbereiche des Journalismus gelehrt – von Online- über Print- und TV-Journalismus bis hin zu Public Relations und Schreibkursen.

Die seit 2011 durchgeführten Symposien sind Beispiele für die angewandte Medienforschung des Instituts: „Sprache in Wirtschaft und Politik“, „Alles Bilder oder was? Grundlagen unserer visuellen Kultur“ und „Österreich nach den Wahlen. Analysen, Trends und Wahlstrategien im Überblick“.

	2011	2012	2013
Veranstaltungen/ Seminare	32	32	21
Teilnehmer	499	461	325

Präsident: Mag. Gerald Grünberger
Geschäftsführer: Dr. Christian Moser

Karl von Vogelsang-Institut zur Erforschung der Geschichte der Christlichen Demokratie in Österreich (KvVI)

Das Karl von Vogelsang-Institut ist eine wissenschaftliche Institution, die sich mit der historischen Aufarbeitung der jüngeren österreichischen Geschichte unter besonderer Berücksichtigung christdemokratischer Parteien beschäftigt. Dieser Thematik widmen sich wissenschaftliche Veranstaltungen und

Symposien (u.a. „Die Parteien und der erste Weltkrieg“, Zeitzeugengespräch mit Ministerpräsident a.D. Dr. Bernhard Vogel, „75 Jahre Anschluss – 68 Jahre Befreiung. Lernen aus der Vergangenheit“), die vom Institut durchgeführten Forschungsprojekte (z.B. Transnationale Parteienkooperation bürgerlicher und konservativer Parteien in Europa 1965–1979, Wissenschaftspolitik 1960–2013), seine Publikationstätigkeit sowie das Archiv und die Bibliothek.

Im Berichtszeitraum bewährte sich die Vernetzung des Karl von Vogelsang-Instituts innerhalb der Plattform zeithistorischer Archive Österreichs, die sich seit ihrer Gründung vor zwei Jahren als österreichischer Wissenschaftspool etablierte. So stellen gemeinsame Projekte aller in der Plattform erfassten Institute eine Erweiterung des Veranstaltungsangebots dar. (vgl. www.zeithistorische-archive.at, z.B. Publikation: Parteien und Gesellschaft im Ersten Weltkrieg. Das Beispiel Österreich-Ungarn).

Ein wesentlicher Teil der Arbeit des Institutes besteht in seiner Serviceleistung. Die Dokumentationseinrichtungen des Instituts werden von Studentinnen und Studenten, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, politisch Interessierten und politischen Parteien, vorrangig der ÖVP, als „Gedächtnisspeicher“ genützt, „Gedächtnisspeicher“ auch in dem Sinne, dass das Institut auch Archivmaterial bedeutender Personen und Institutionen übernimmt.

	2011	2012	2013
Veranstaltungen/ Seminare	3	4	5
Teilnehmer	410	690	217

Geschäftsführer:
Priv.Do. MR Dr. Helmut Wohnout
Wissenschaftlicher Mitarbeiter:
Dr. Johannes Schöner

Kommunalpolitische Vereinigung (KPV)

Die Kommunalpolitische Vereinigung ist seit ihrer Gründung im Jahr 1976 ein Forum für die Kommunal- und Stadtpolitik innerhalb der Österreichischen Volkspartei. Neben der Interessenabstimmung zwischen den Fraktionen im Gemeinde- und Städtebund beschäftigt sich die KPV insbesondere mit aktuellen Zukunftsfragen der Stadtpolitik wie Bildung, Sicherheit oder Finanzen, der Aus- und Weiterbildung kommunaler Mandatsträger/innen sowie deren Unterstützung im inhaltlichen Bereich.

Die Kommunalpolitische Vereinigung bietet als Kooperationspartner der Kaderschmiede der Politischen Akademie eine Reihe von Aus- und Weiterbildungsseminaren für Kommunalpolitiker/innen an, etwa Zielgruppenarbeit in der Stadt, Bauausschuss und Bauverhandlung, Der Voranschlag einer Gemeinde.

Mit dem Städtedialog bietet die KPV eine spezielle Plattform für den Gedanken- und Informationsaustausch von ÖVP-Stadtpolitiker/innen und die Möglichkeit zur besseren Vernetzung (z.B. zum Thema Bürgerbeteiligung, dazu erschien auch in der edition noir eine Arbeitsbuch unter dem Titel „Politische Bürgerbeteiligung leicht gemacht“).

Die Länderbesuche in für Österreich bzw. Europa strategisch wichtigen Staaten (Ungarn und seine Nachbarn, Österreich und das Baltikum) seitens der KPV haben bereits Tradition, es ist ein Netzwerk von Kooperationen daraus entstanden. Sie bieten eine Fülle von politischen Kontaktmöglichkeiten und Einblicken in Politik, Wirtschaft und Kultur.

	2011	2012	2013
Veranstaltungen/ Seminare	18	30	19
Teilnehmer	329	592	196

Präsident: Bgm. DI Markus Linhart
Geschäftsführer: Mag. Peter Danich

Institut für Umwelt – Friede – Entwicklung (IUFÉ)

Der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen, eine humane, soziale und wirtschaftliche Entwicklung und damit Friedenssicherung sind die großen Herausforderungen unserer Zeit. Dafür braucht es eine echte, auf gegenseitigem Respekt beruhende Partnerschaft, von der lokalen bis zur globalen Ebene.

Das Institut für Umwelt – Friede – Entwicklung (IUFÉ) engagiert sich seit 1998 für die Veränderung der weltwirtschaftlichen und -politischen Rahmenbedingungen in Richtung Nachhaltigkeit und agiert als Triebfeder in der öffentlichen Diskussion um einen Wertewandel. Ziel ist es, einen transdisziplinären, systemischen Zugang zu fördern, zur Vernetzung zwischen Akteur/innen beizutragen und gemeinsam an Lösungsstrategien zu arbeiten.

Mittels Veranstaltungen (Dialogrunden,

Workshops/Seminare, Ausstellungen, Vorträge, Filmabende) werden aktuelle Themen aufgegriffen (Nachhaltigkeitsseminar, Dialogrunden zu „Klimawandel und Migration“, Integration in Österreich, Energiewende, Rio+20-Gipfel, etc.) und via Veranstaltungsberichte auf www.iufe.at sowie kostenlosen Tonaufnahmen von Veranstaltungsbeiträgen zum jederzeitigen Nachhören auf dem IUFÉ-Podcast-Kanal <http://iufe.podspot.de> dokumentiert. Des Weiteren werden Studien und Publikationen, wie zuletzt der interdisziplinäre Sammelband „Grenzen des Hungers. Ernährungssicherung in Zeiten des globalen Wandels“ angefertigt. Durch diese Bildungsarbeit werden globale und lokale Zusammenhänge erörtert, Wissen und Werte vermittelt und Impulse zur gelebten Nachhaltigkeit gegeben. Durch Vernetzung und Austausch mit anderen Organisationen und Institutionen (etwa Universität für Bodenkultur, Centre for European Studies, Österreichische

Klimaallianz, Austrian Development Agency, ...) wird an Umsetzungsmöglichkeiten, Chancen und Hindernissen nachhaltiger Entwicklungen gearbeitet. Social media: Betreuung einer IUFÉ-Facebook-Seite www.facebook.com/IFEPD. Der teils sehr umfangreiche IUFÉ-Newsletter wird in der Regel quartalsmäßig ausgesandt. Sowohl Homepage als auch das Newslettersystem wurden vom Lay out und Design her verbessert (barrierefrei). Eine Registration ist via Homepage oder E-Mail möglich.

	2011	2012	2013
Veranstaltungen/ Seminare	11	7	9
Teilnehmer	323	394	650

Präsident:
KO Abg.z.NR Dr. Reinhold Lopatka
Obmann:
Abg.z.NR Dr. Franz-Joseph Huainigg
Geschäftsführer: Mag. Johannes Steiner



Foto: Politische Akademie